

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 23. August 1983 - D***

Nr. 195 - 34. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Aus: Springer Verlag AG, Post 10 08 94, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)
394-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 34 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Freikabellinien an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 Mrd., Dänemark 6,00 Mrd., Frankreich 6,50 Mrd., Griechenland 90 Mrd.,
Großbritannien 65 Mrd., Italien 130 Mrd., Japan 100 Mrd., Luxemburg 22,00 Mrd.,
Niederlande 2,00 Mrd., Norwegen 7,50 Mrd., Österreich 12 Mrd., Portugal 100 Mrd.,
Schweden 6,50 Mrd., Schweiz 1,90 Mrd., Spanien 125 Mrd., Kanada 150 Mrd.,
USA 240 Mrd.

TAGESSCHAU

POLITIK

Schuldenabbau: Finanzminister Stoltenberg bekräftigt den von der Regierung Kohl eingeschlagenen Kurs der Haushaltskonsolidierung durch schrittweise Rückführung der Netto-Neuerschuldung.

Carstens nicht in „DDR“: Der Bundespräsident wird einer Einladung von SED-Chef Honecker zur Luther-Feier in Ost-Berlin nicht folgen. Für die kirchliche Feier liegt ihm keine Einladung vor. (S. 1)

SPD Hessen mahnt Fraktion: Unzufrieden mit der Wahlkampf-Unterstützung durch die Bundesfraktion ist der stellvertretende SPD-Landvorsitzende Görlach.

Union gegen Anerkennung: Gegen offizielle Kontakte zwischen Bundestag und „DDR“-Volkskammer wendet sich die CDU-Landesgruppe, Böttsch. Im Gegensatz zu allgemeinen Begegnungen würde damit nur ein Legitimationsbedürfnis der „Volkskammer“ befriedigt. Die SPD beharrt auf offiziellen Treffen.

Unruhen in Pakistan: Bei Demonstrationen trotz Kriegsverbot starben 14 Tote und 715 Festgenommen.

Blumenfeld warnt: Der Export deutscher Kriegswaffen Leopard 2 würde die deutsch-israelischen Beziehungen empfindlich schädigen, erklärt der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. (S. 1)

Kirche gegen „Widerstand“: Die badische und die württembergische evangelische Landeskirche wenden sich entschieden gegen den für den 18. November geplanten „Widerstandstag der Kirchen“ gegen die NATO-Nachrüstung. (S. 4)

Israel ärgert: Der Termin für den Rückzug der israelischen Truppen zum Awali-Fluß in Südbanon verzögert sich aufgrund der prekären Lage in Libanon. In Beirut Umgebung wieder heftige Artilleriegefechte. (S. 8)

Flucht über Ungarn: Eine dreiköpfige Familie aus der „DDR“ ist mit Hilfe eines Fluchthelfers aus der Bundesrepublik über Ungarn nach Österreich in die Freiheit geflohen. Ein weiterer Knappe aus der „DDR“ kam über die CSSR-Grenze nach Bayern.

Heute Cuellar verhandelt in Sidakria über Namibia-Lösung. - Schwedischer Ministerpräsident Palme bei Papandreou in Athen.

ZITAT DES TAGES



„Wer den Terminkalender des Doppelbeschlusses verschieben will, macht ein konkretes Verhandlungsergebnis jetzt unmöglich. Er trägt damit zur Fortdauer der sowjetischen Raketenbedrohung bei.“

Außenminister Genscher vor dem FDP-Präsidium zu den von der SPD angegriffenen Vorschlägen Griechenlands: „Die NATO-Nachrüstung um ein halbes Jahr zu verschieben.“
FOTO: POLYRESS

WIRTSCHAFT

China: Günstigere Finanzierung oder Streichung von Aufträgen an deutsche Firmen, warnt Vize-Handelsminister Wei Yuming.

Kernkraft: Die Arbeit in einem Atomkraftwerk ist so ungefährlich wie Schreibtischarbeit (Analyse des Deutschen Atomforums).

Bayer: Weltumsatz im ersten Halbjahr um 1,5 Prozent auf 18,5 Milliarden, Gewinn (bei der AGV vor Steuern um 20,1 Prozent auf 507 Millionen (weltweit auf 960 Millionen) gestiegen. (S. 10)

Entsorgung: Das deutsche Konzept hat sich bewährt, stellt die Bundesregierung im Entsorgungsbericht fest. (S. 9)

Deutschlands „große 500“: Zum 8. Mal veröffentlicht die WELT die „Liste der 500 größten deutschen Unternehmen“, die wieder von der Veba AG mit einem Umsatz von erstmals mehr als 50 Milliarden DM angeführt wird. (S. 12 und 13)

Börse: Bei lustlosem Geschäft gaben die Kurse an den Aktienmärkten durchweg nach. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex: 139,4 (139,6), Dollarmittelkurs: 2,6402 (2,6497), Markt-Goldpreis pro Feinunze: 421,75 (417,75) Dollar.

KULTUR

Edinburgh: Glanzvolle Eröffnung der Festspiele mit Beethovens Neunter Symphonie durch die Londoner Philharmoniker.

Riga: Ein Restaurierungsplan für die mittelalterliche Altstadt vom lettischen Ministerrat genehmigt.

Bibliotheken: 49. Verbandstag, bei dem über tausend Teilnehmer in der Münchner Residenz eröffnet (bis 27. August). (S. 15)

Schule: In Nordrhein-Westfalen durch Pflanztag 119 900 Schüler weniger - Angst nur noch in den Gesamtschulen.

SPORT

Fußball: Der Holländer Rinus Michels hat um seine Entlassung beim 1. FC Köln gebeten. Manager Hannes Lohr wird jetzt auch noch das Traineramt ausüben.

Segeln: Joachim Griesse (Hamburg) und sein Vorschootmann Michael Marcour (München) wurden bei der Weltmeisterschaft der Starboote vor Los Angeles Zweite.

AUS ALLER WELT

Mordserie: In Joliet (US-Staat Illinois) sind in den letzten zwei Monaten 14 Leichen von Mordopfern gefunden worden. (S. 16)

Lastwagen-Mafia: Im letzten Jahr sind 8000 meist ausländische Lastwagen samt Ladung in Italien geraubt worden. (S. 16)

Wetter: Feucht-warme Luft bleibt in ganz Deutschland weiterbestehend. Nach Frühjahrsanfang heiter bis wolbig, 28 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Melungen: Noch immer mehr Datenbürokratie als Datenschutz. - Von B. Michaels. S. 2

Fernsehen: Gängster-Epen, mit spritzigen Dialogen: die Filme um den „Dünen-Mann“. S. 7

Bildende Kunst: Der Kampf ums Brot gehört eben zum Künstlerleben. S. 3

Philippinen: Nach dem Mord an Aquino wächst die Kritik an Marcos. S. 9

Kuba: Für Castro Landeskulte heißt Sieg ein bißchen mehr Konsum. S. 3

OECD: Markt der Industrie-Roboter wächst schnell, kann Beschäftigungsprobleme. S. 9

Kabelfernsehen: Im Ausland hat die Medien-Zukunft schon begonnen. S. 4

Aritha van Herk: Die kanadische Schriftstellerin über Literatur ihrer Heimat. S. 15

Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 5

Medizin: Chirurgen wagen sich mit dem Skalpell jetzt an ein Tabu. S. 16

Stoltenberg: Es geht nicht ohne solide Haushaltspolitik

Lob für die Bundesbank / Sorgen wegen des hohen Etat-Defizits der USA

von DW, Frankfurt

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat gestern die Entschlossenheit der Bundesregierung bekräftigt, an dem eingeschlagenen Kurs der Reduzierung der Netto-Kreditaufnahmen festzuhalten. Stoltenberg sagte in Frankfurt, nur eine solide Haushaltspolitik könne kleine und große Anleger davon überzeugen, daß Befürchtungen, wachsende Haushaltsdefizite würden letztlich durch Geldschöpfung der Notenbank finanziert, unbegründet seien.

Der Finanzminister betonte, mit einem guten Zusammenwirken der Finanz- und Geldpolitik müsse der Wirtschaft wieder ein verlässlicher Rahmen gegeben werden, der Vertrauen schafft und zukunftsorientierte Entscheidungen zuläßt. Die Finanzpolitik leiste ihren entscheidenden Beitrag dafür, mit einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

In der Geldpolitik ist sich der Bundesfinanzminister mit der Bundesbank einig, daß es gegenwärtig auch in der Geldpolitik darauf ankomme, den Aufschwung zu sichern, ohne die bisher erreichte Stabilität

wieder zu gefährden. Das erfordere eine sehr sorgfältige Dosierung der Geldpolitik.

Stoltenberg hält es für wichtig, daß sich die Bundesbank durch die internationalen Zinssteigerungen und durch den Druck auf den Wechselkurs der Mark nicht hat von ihrem Kurs abbringen lassen. Diese Grundausrichtung sei angesichts des günstigen

Sparnis in den USA nahezu entspricht. Es übt einen starken Sog auf die Kapitalmärkte anderer Länder aus“, sagte Stoltenberg. Der Konjunkturaufschwung in den USA habe zwar bereits eine Reduzierung der Defizit-Schätzung für 1984 erlaubt; nachdrückliche Anstrengungen zur Reduzierung des Defizits seien aber weiterhin erforderlich.

Zur Entwicklung des Dollar-Kurses in den letzten Wochen meinte Stoltenberg, es verstärke sich der Eindruck, daß auch die USA selbst jetzt deutlicher die Gefahren des hohen Dollar-Kurses sahen. Es sei eine starke Verschlechterung der US-Leistungsbilanz im Gange, mit entsprechenden Rückwirkungen auf die eigene Konjunktur.

Interventionen von Notenbanken, wie sie in letzter Zeit mehrfach erfolgt sind, könnten, so Stoltenberg, nicht viel mehr als ein Signal sein. Ein stärkerer kursdämpfender Einfluß werde aber, auf etwas längere Sicht, wahrscheinlich von der Verschlechterung der US-Leistungsbilanz ausgehen. Wesentlich bleibe aber die weitere Finanz- und Geldpolitik.

Blumenfeld warnt vor Panzerexport

Deutsch-Israelische Gesellschaft: Verhältnis zu Jerusalem würde Schaden nehmen

von RAPHAEL SELIGMANN, Bonn

Schwere Schlägen für das deutsch-israelische Verhältnis sieht der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Erik Blumenfeld, für den Fall voraus, daß sich die Bundesrepublik Deutschland entscheiden sollte, Panzer nach Saudi-Arabien zu exportieren.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk sagte Blumenfeld gestern: „Es dürfen keine Panzer an arabische Staaten geliefert werden, die sich mit Israel im Zustand des Heiligen Krieges befinden.“ Die Unschuld einer deutschen Politik, die beinahe zwei Generationen lang in einer „restruktiven Politik des Waffenexportes“ bestanden habe, dürfe nicht ausgerechnet in Nahost verlorengehen.

Blumenfeld wies auf die „historische, moralische und politische Verantwortung“ hin, die die Bundesrepublik Deutschland besondere Verpflichtungen im Verhältnis zu Israel auferlege.

Deutsche Panzer von so extrem hoher Qualität (wie der Leopard 2) in

den Händen der Saudis würden deutschen Wahrungspersonal notwendig machen, sagte Blumenfeld. Er frage sich, ob „nach sowjetischen Beratern in Syrien nun auch bundesdeutsche in die Nähe der arabisch-israelischen Grenzregion gerückt und stationiert“ werden sollen. Dies seien auch Fragen, die in Israel gestellt würden. Die Israelis würden darauf hinweisen, daß die Saudis in den bisherigen israelisch-arabischen Kriegen immer wieder, nicht nur mit gewaltigen Geldmitteln, sondern auch mit Waffen und Flugzeugen, ihre arabischen Verbündeten gegen Israel unterstützt hätten. Eine Lieferung deutscher Panzer bedeute aus israelischer Sicht, daß dann diese Panzer im Jordandal aufzuführen kämen und die Israelis bedrohen.“ Dadurch würde das deutsch-israelische Verhältnis zweifelsohne belastet werden.

Blumenfeld, der den Bundeskanzler auf seiner Reise in mehrere Nahoststaaten nach Israel begleitet wird, sprach sich dafür aus, Kohl solle die Frage der Waffenlieferungen in Saudi-Arabien und in Ägypten sehr eingehend erörtern und die deutschen

Beweggründe klarmachen. Kohls Lösung für Zentraleuropa laute: Mit weniger Waffen Frieden schaffen. Dies gelte insbesondere auch für den Nahen Osten, sagte Blumenfeld. Die Frage deutscher Waffenlieferungen in den Nahen Osten müsse „nach Abwägung aller Güter staatsmännisch-politisch entschieden“ werden. Und die Antwort müsse eindeutig sein: „Nie wieder dürfen deutsche Waffen nach all den furchtbaren Ereignissen des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges jüdische Menschen bedrohen, in ihrer neuen Heimat Israel insbesondere nicht.“

Auf die Frage nach den Auswirkungen eines Verzehrs der Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien auf die deutschen Arbeitsplätze sagte Blumenfeld: „Wenn unsere Wirtschaft in einem solchen Maße von den Lieferungen an Rüstungsgütern abhängig würde, dann glaube ich nicht, daß dies sich zum Segen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Zahlungsbilanz auswirken würde.“ Er befürchte keinen Rückgang in der deutschen Industrieproduktion, falls die Panzer nicht geliefert würden.

Weltraumrüstung: Moskaus Absichten

Der Vorschlag der Sowjetunion zielt auf eine inneramerikanische Auseinandersetzung

von RÜDIGER MONICA, Bonn

Nach dem ersten Schritt von Staats- und Parteichef Andropow, seiner Ankündigung, die Sowjetunion werde nicht als erste Waffen im Weltraum stationieren, hat die Sowjetunion nun sofort den zweiten getan, indem sie der bevorstehenden 38. Vollversammlung der Vereinten Nationen einen in Einzelheiten gehenden Entwurf zur Beendigung der Rüstung außerhalb der Erdatmosphäre vorlegte. Der Vorschlag für einen Vertrag wurde von Außenminister Gromyko brieflich UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar erläutert und in großer Breite in den Moskauer Zeitungen angekündigt.

Danach sieht der Vertragsentwurf das Verbot für die Stationierung und den Test jeglicher Waffen im Weltraum vor, die Ziele auf der Erde, auf anderen Planeten oder andere Satelliten treffen können. Der Entwurf möchte, daß sich alle Unterzeichnerstaaten verpflichten, zivile Satelliten anderer Staaten nicht zu zerstören, ebenso ihre normalen Funktionen nicht zu beeinträchtigen. Auch sollen Tests für neue „Killer-Satelliten“ verboten und schon existierende Systeme zerstört werden. Schließlich sollen keine bemannten Weltraumflüge mehr für militärische Zwecke erlaubt sein.

Als entscheidenden Kern enthält der Entwurf aus Moskau in der Frage der Überprüfbarkeit der Verabredungen die Forderung, daß sollten „nationale technische Mittel“ eingesetzt werden, wobei die allgemein anerkannten internationalen Rechtsgrundsätze beachtet werden sollen.

Schon die bisherige Verhandlungsarbeit der beiden potentiellen Weltraumrueste USA und UdSSR beim Ziel, die atomare Rüstung zu begrenzen, hat jedoch gezeigt, daß „nationale technische Mittel“ nicht mehr ausreichen, mit der nötigen Sicherheit festzustellen, ob die jeweilige Gegenseite sich an die Vertragsverabredungen hält.

Deshalb, so steht zu erwarten, wird ein amerikanisch-sowjetischer Vertrag START, der möglicherweise im Laufe der nächsten Monate Gestalt annimmt und die Reduzierung der strategischen Waffen mit interkontinentaler Reichweite zum Ziel hat, von den USA nur dann akzeptiert werden, wenn mit ihm mehr garantiert ist als die Überprüfbarkeit der Vereinbarung mit „nationalen technischen Mitteln“. Hinter dieser Forderung verbirgt sich die Anwendung der Satelliten-Photographie und der Überwachung des Funkverkehrs zwischen der Bodenstation und Flugkörpern im Test.

Die USA denken zur Sicherung der Überprüfungen an „Inspektionen vor Ort“. Wenn sich die Sowjetunion bereit erklärt, die Sowjetunionen Weltraumvertrag mit dieser Verifizierungsmethode nicht einverstanden erklären sollte, sehen Pläneleute vor, daß der Entwurf scheitern wird.

Die sowjetische Initiative bleibe dann auf der Propaganda-Ebene, auf die sie am Montag auch in einem Kommentar des Ostberliner „Neuen Deutschland“ geschoben wurde. Ihre „weitreichende Bedeutung“ und die „einstufige Vorleistung“, in Gestalt des sowjetischen Verzehrs auf die Stationierung von Waffen im Weltraum als erste Maß, wird im „ND“ sogleich den „abenteuerrischen Plänen westlicher Hochrüstung“ gegenübergestellt.

Fortsetzung Seite 1

Pakistans Militärregime in Bedrängnis

Unruhen weiten sich aus / Opposition fordert Wahlen / Präsident will hart durchgreifen

von AP/Tr, Islamabad

Nach sechs Jahren relativer Ruhe sieht sich das pakistanische Militärregime unter Zia ul-Haq jetzt einer ersten Herausforderung gegenüber. Die in der Provinz Sind im Süden des Landes begonnene Unruhen breiten sich allmählich über das gesamte Land aus. Bisher sind mindestens 16 Menschen ums Leben gekommen, mehr als 1000 wurden verletzt.

Die aus acht verboten Parteien bestehende „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie“ (MRD) hatte am 14. August eine Kampagne des zivilen Ungehorsams begonnen, um die Rückkehr zur Demokratie zu erzwingen. Seitdem sind staatliche Banken, Gefängnisse und Einrichtungen der Eisenbahn in Flammen aufgegangen. Die Opposition fordert die Aufhebung des seit

sechs Jahren herrschenden Kriegsrechts und die sofortige Abhaltung allgemeiner Wahlen.

Für den Fall der Fortsetzung regierungsförmiger Aktionen hat die Militärregierung jetzt mit der strikten Anwendung der Kriegsverordnungen gedroht. Jeder Verstoß gegen Recht und Ordnung werde hart bestraft, sagte ein Sprecher.

Am Wochenende hatten sich erstmals Medizin-Studenten in Jamshoro an den Protesten beteiligt. Für heute ist in der Provinz Baluchistan zu einem Generalstreik aufgerufen worden.

Mit der Begründung, in Pakistan gebe es noch zu viele Unruhen, sind die Wahlen, die die Einführung ei-

DER KOMMENTAR

Als Erbe Adenauers

Von AXEL SPRINGER

Es dürfen keine Panzer an arabische Staaten geliefert werden, die sich mit Israel im Zustand des Heiligen Krieges befinden.“ Das ist der Schlüsselsatz in Erik Blumenfelds Interview mit dem Deutschlandfunk. Der Hamburger CDU-Politiker sprach von der „besonderen historischen, moralischen und politischen Verantwortung“ der Deutschen gegenüber Israel.

Es hat deutsche Politiker gegeben, die daran Zweifel äußerten und diese besondere Verpflichtung, die aus den Schatten der Vergangenheit erwuchs, als erledigt betrachteten – so, als hätten rechtsschaffende Söhne nicht für Schuld und Sühne der Väter.

Wenn nun der Bundeskanzler das Heilige Land besucht, das jahrelang vergeblich auf seinen Vorgänger im Amt gewartet hatte, dann begrüßt dem Reisenden das Vertrauen, von dem auch Erik Blumenfeld sprach.

Helmut Kohl reist in dieses unvergleichliche Land als Erbe Konrad Adenauers. Es war der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, der zusammen mit David Ben Gurion das Werk der Aussöhnung begann. Es war Adenauer, der die Wiedergutmachung auf den Weg brachte, die er immer als eine nicht nur materielle, sondern auch ideale Aufgabe verstand. Darin war er konsequent, und

kein Politiker kann für sich in Anspruch nehmen, in seiner Tradition zu handeln, der auch nur erwägt – oder gar empfiehlt –, Saudi-Arabien mit dem „Leopard 2“ auszurüsten, dem technisch wohl besten Panzer der Welt.

Unmoralisch wäre, seine Hände dabei in Unschuld und in Öl waschen zu wollen. Denn Saudi-Arabien gehörte zu den Aggressoren der Kriege, die gegen Israel geführt wurden.

Syrien, das sich in Libanon als Besatzungsmacht aufspielte und von Moskau mit Waffen und militärischen Beratern vollgepumpt wird, ist zum neuen, brisanten Kriegsrisiko im Nahen Osten geworden. Wenn Deutsche durch Waffenlieferungen an einen der Gegner Israels zu diesem Risiko beitrügen, hätten sie historisch versagt und die Chance der Wiedergutmachung verspielt, die der Herr der Geschichte ihnen gab.

Bundeskanzler Kohl erkennt das mit der gebotenen Klarheit. Sein lobenswerter Wille, ein gutes Einvernehmen mit den arabischen Staaten zu fördern, wird ihm nicht dazu verführen, die Lebens-, Freiheits- und Sicherheitsrechte Israels zu mißachten. Er reist in den geschichtlichen Spuren Konrad Adenauers. Die Mehrheit der Deutschen begleitet ihn dabei in gleichem Geiste.

Carstens nicht zur Luther-Feier nach Ost-Berlin

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundespräsident Karl Carstens wird nicht an der staatlichen Feier zum 500. Geburtstag von Martin Luther teilnehmen. Die Einladung zur Teilnahme an diesem Festakt am 9. November in Ost-Berlin hatte SED-Generalsekretär Erich Honecker in einem Brief an Carstens ausgesprochen. Die offizielle Entscheidung von Bundespräsident Carstens soll in den nächsten Tagen erfolgen, doch sie steht intern bereits fest.

Das Staatsoberhaupt hält eine solche Teilnahme an der Feier in Ost-Berlin für nicht vereinbar mit der rechtlichen Situation im geteilten Deutschland. Die Bundesregierung hat, ehe Carstens in Urlaub gegangen war, dem Bundespräsidenten ihre Haltung zu einer eventuellen Reise nach Ost-Berlin dargelegt und dabei die rechtliche und politische Problematik aufgezeigt. Diese kam der Empfehlung an Carstens gleich, nicht nach Ost-Berlin zu fahren. Carstens selbst waren von Anfang an diese Schwierigkeiten bewußt. Schon frühzeitig hieß es im Präsidialamt, Carstens könne in Ost-Berlin nicht als „fremdes Staatsoberhaupt auftreten oder sich als solches behandeln lassen“. Außerdem seien neben prinzipiellen politischen Aspekten auch Statusfragen Berlings aufgeworfen.

Der Wunsch des Bundespräsidenten war es deshalb, an einer der kirchlichen Luther-Feiern teilzunehmen. Die kirchliche Abschiedsfeier findet am 10. November in Eisenstein statt. Dafür liegt Carstens aber keine Einladung vor.

Studie: Im Kriegsfall kann Moskau US-Häfen blockieren

Amerikanern und Briten mangelt es an Minenräumbooten

AP, London

Die Sowjetunion ist nach Angaben britischer Experten in der Lage, die meisten britischen und amerikanischen Häfen im Kriegsfall zu verminern, weil es den NATO-Staaten an Minenräumböten mangelt. In der gegen veröffentlichten jüngsten Ausgabe des Flottenhandbuchs „Jane's Fighting Ships“ heißt es, die drei aktiven und 22 in Reserve gehaltenen amerikanischen Minenräumboote seien lediglich in der Lage, zwei der zwölf strategisch bedeutsamen amerikanischen Großhäfen offenzuhalten. Die britische Kriegsmarine könne mit ihren größtenteils veralteten 32 Minenräumböten bei größter Anstrengung höchstens zwei britische Häfen offenhalten.

Dagegen verfüge die sowjetische Marine über 388 Minenräumer, mit denen die Einfahrten der sowjetischen Häfen gesichert und NATO-Minenfelder zum Schutz vor sowjetischen Landungsunternehmen mit amphibischen Fahrzeugen geräumt werden können. Die Sowjetunion besitze damit ein Drittel mehr Minenräumer als die NATO-Staaten zusammen.

Als Grund für diese Entwicklung führt das Handbuch Kürzungen der westlichen Marine-Etats an.

Überlegen ist die Sowjetunion dem Jahrbuch zufolge auch auf dem Gebiet der Handelsflotte, die in Kriegzeiten wichtige Aufgaben beim Transport von Nachschub und Truppen übernehmen muß. Unter Hinweis auf die Bedeutung requirierter ziviler Schiffe im Falkland-Krieg wird von einer „ernsten Erosion der Marinekapazitäten der Westmächte“ durch die marktbedingte Verkleinerung der Handelsflotten gewarnt. Moskau stelle ständig neue Schiffe in Dienst, die zum Transport von Fahrzeugen geeignet seien und Schutzrichtungen gegen atomare, biologische und chemische Kriegsführung besäßen.

Im Mittelpunkt der Planungen der sowjetischen Kriegsmarine stehe jedoch der Aufbau einer schlagkräftigen Flotte von Unterseebooten und Flugzeugträgern. Es wäre „nicht überraschend“, wenn die UdSSR ein neues, riesiges strategisches Unterseeboot entwickelte, das 3000 Meter tief tauchen könnte.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

An den Beamten sparen

Von Günther Bading

Franz Josef Strauß ist seiner Zeit oftmals voraus. Und so scheint auch sein Brief an den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes (DBB), Alfred Krause, zur Besoldungsanpassung 1984 auf den ersten Blick verfrüht. Allerdings nur auf den ersten Blick. Denn noch ist Zeit, auf die Meinungsbildung bei den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, voran der mächtigen ÖTV, Einfluß zu nehmen. Die Forderungen für die Tarifrunde des kommenden Jahres werden erst im späten Herbst aufgestellt.

Strauß hat den Grundsatz der Gleichbehandlung der Statusgruppen im Staatsdienst - Arbeiter und Angestellte im Tarifbereich und Beamte ohne Tarif- und Streikrecht - hervorgehoben. Er hat damit eigentlich nicht mehr getan als der Kanzler, der sich in seiner Regierungserklärung ausdrücklich zum Gleichbehandlungsprinzip bekannt hat. Allerdings hat Strauß damit gedroht, daß die Bayerische Staatsregierung mit allem Nachdruck dafür eintreten werde, daß auch die Beamtenbesoldung angehoben wird, falls - und wer wollte eigentlich etwas anderes erwarten? - die Gewerkschaften 1984 für den Tarifbereich Lohnhöhungen durchsetzen sollten.

Auch wenn die Inflation auf eine Zwei vor dem Komma gedrückt wird - die ÖTV wird sich mit einer Null-Runde nicht abfinden. Und zu glauben, man könnte eine Art Kompensationsgeschäft mit der Verkürzung der Arbeitszeit machen, ist unrealistisch. Vorreiter bei der 35-Stunden-Woche kann aus dem gewerkschaftlichen Selbstverständnis kaum eine der Organisationen des öffentlichen Dienstes sein.

Viel wichtiger als die Erinnerung des Ministerpräsidenten an die Zusage in der Regierungserklärung ist ein anderer Satz. Strauß schreibt, daß die Grenze des Zumutbaren für den einzelnen Beamten erreicht sei, daß Sparsamkeit in der Einkommenspolitik ergänzt werden müsse durch einen mittelfristigen Stellen- und Aufgabenabbau. Hier liegt der Schlüssel für das Problem der hohen Kosten des öffentlichen Dienstes. Nicht der einzelne der rund fünf Millionen Staatsdiener ist „zu teuer“. Nicht am Gehaltstreifen muß der Rotstift ansetzen, sondern an der Struktur des sich selbst aufläuhenden und durch Reglementierung aller Lebensvorgänge immer neue Aufgaben auf sich ziehenden öffentlichen Dienstes.

Sehr kleiner Grenzverkehr

Von Bernd Hummel

Zehn Jahre nach Inkrafttreten der Vereinbarung über den grenznahen Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“ - von den Sozialliberalen seinerzeit als weiterer Schritt zur Normalisierung gefeiert - läßt sich das Ergebnis im Spott der Grenzbeamten von Lübeck bis Helmstedt, von Herleshausen bis Hof zusammenfassen: „Außen rot und innen leer, das ist der kleine Grenzverkehr.“ Vordringend sind damit freilich die roten Omnibusse der Bundesbahn gemeint, die dünn besetzt zwischen den deutsch-deutschen Grenzübergängen verkehren.

Die Bonner Koalitionäre von 1973 jedenfalls legten Wert auf ein strahlendes Etikett. Ein „kleiner Grenzverkehr“ wurde angekündigt. Doch schon der Start mißriet. Nur 193 000 der insgesamt acht Millionen Bundesbürger, die Anspruch auf ein Visum haben, reisten nach drüben. Vom gegenseitigen Besuchsrecht, wie es die amtliche Bezeichnung suggerierte, keine Spur. In Wahrheit war eine Einbahnregelung von West nach Ost vereinbart worden. So wurde das unattraktive Produkt umgetauft von kleiner Grenzverkehr in grenznaher Reiseverkehr.

Aber das ging auch nur kurze Zeit gut. Bis zu jenem 13. Oktober 1980, an dem Ost-Berlin - im kaufmännischen Rechnen gegenüber den Sozialliberalen im Vorteil - das Eintrittsgeld in die rote Republik auf 25 Mark erhöhte. Prompt sackte im folgenden Jahr die Zahl der Reisenden um dreißig Prozent auf 280 000 ab, der größte Einbruch seit Wirksamwerden des Abkommens.

Und als hätte es noch eines weiteren Beweises für die mangelhaften Rechenkünste der damals Regierenden bedurft: Sie ließen sich auf eine Rechnung ein, die sie ohne die Bürger gemacht hätten. Sie etikettierten das Vertragswerk erneut um und sprachen fortan von Tagesaufenthalten. Das entsprach zwar schon eher dem gesunden Verhältnis von Tara zu Netto, doch der Etikettenschwindel blieb: Weil der Besucher laut Vertrag in jedem Fall die „DDR“ vor null Uhr wieder verlassen muß, kann von einem Tagesaufenthalt nicht die Rede sein. 24 Stunden hat der Tag in Deutschland West wie in Deutschland Ost. Nur: Am Rhein gingen die Uhren anders.

Die anderen dürfen bürgen

Von Reginald Rudolf

Nun wäre es soweit. Mit pazifistischem Pathos und der kommerziellen Perfektion des kapitalistischen Konzertgeschäfts wird in Hamburgs St.-Pauli-Stadion und auf dem benachbarten Heiligengefeld am 3. und 4. September eine Veranstaltung „Künstler für den Frieden“ stattfinden, mit linker Software wie André Heller und strikt kommunistischer Hardware à la Hannes Wader und Franz-Josef Degenhardt. Moskau exportiert erstmals aus diesem Anlaß eine Rockgruppe mit Sowjetstempel namens „Stasnamin“. Soweit, so gewohnt. Aber das Neue ist: Frau Helga Schuchardt, Kultursenatorin der Hansestadt, übernimmt nicht nur die Schirmherrschaft, sondern auch die Ausfallbürgschaft für den Fall, daß der Frieden seinen Trillerkünstlern die Kosten von 750 000 DM nicht einbringt.

Damit setzt die Kulturbehörde „ein kulturpolitisches Signal, daß im SPD-regierten Hamburg die Wende nicht stattfindet“ - so der DKP-Funktionär und Schriftsteller Peter Schütt im DKP-Blatt „Deutsche Volkszeitung“.

Das Geld des Steuerzahlers wird angeboten für ein Festival, das der Unterstützung des DKP-organisierten „Krefelder Appells“ (Oberst Josef Weber) dient. Für die Organisation „Künstler für den Frieden“ ist Frau Irmgard Schleier verantwortlich, bis 1982 Mitglied des Hamburger Landesvorstandes der DKP-beeinflußten Deutschen Friedens-Union. Das „Hamburger Forum“, das für das St.-Pauli-Spektakel ebenfalls zeichnet, wird von Ingrid Kurz geleitet, Mitglied des DFU-Direktoriums.

Das Bundesministerium des Innern dazu: „Auch die früheren Veranstaltungen unter dem Namen „Künstler für den Frieden“ am 11. September 1982 in Bochum und am 7./8. Mai in Kiel und Darmstadt wurden ... weitgehend von orthodoxen Kommunisten und ihren Sympathisanten vorbereitet.“ Und bezahlen dürfen die Demokraten. Lenin hätte nichts dagegen gehabt. Andropow hat nichts dagegen.



Pause vorbei

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHM

Reden ist Gold

Von Enno v. Loewenstern

Kohl ist wieder in Bonn, und so breitet sich in Kreisen der vernünftigen Bürger die Hoffnung aus, er könnte - cancellarius locutus, causa finita - ein Macht- und Schlußwort zu all dem Geplauder des Sommerlochs sprechen: Schluß der Debatte, an die Arbeit. Er kann das natürlich nicht, insofern ist eine gewisse Enttäuschung vorprogrammiert. „Sorge“ oder auch Profilaucht darf sich unabhängig davon äußern, ob die Richtlinien der Politik vom Bonner Kabinettsstisch oder vom Küchentisch am Wolfgangsee ausgehen. Aber Kohl kann dafür sorgen, daß der Eindruck der Geradlinigkeit, unter dem er gewählt worden ist und der sein wichtigstes Kapital darstellt, nicht zerredet wird.

Es ehrt Kohl, wenn er seiner Sache sicher ist, aber die Bürger haben einen Anspruch darauf, daß gewisse Klarstellungen von Amts wegen sie von der Belästigung dauernden Leeresprechens befreien. Gut, es ist schon gesagt worden, daß selbstverständlich kein neues Gesetz für die Nachrüstung nötig ist und daß der Bundestag schon beschlossen hat, so daß ein neuer Beschluß im Herbst nicht in Frage kommt. (Zumal da die Befürworter ja nicht auf zusätzliche Erleichterung hoffen, sondern auf einen Einschüchterungseffekt ähnlich jener „Mobilisierung“ nach dem „Machtwechsel“, als auch etliche Unionsabgeordnete in der Frage der Ostpolitik wankend wurden.)

Dennoch ist es besser, den Stier bei den Hörnern oder, korrekter, die Lemminge bei den Ohren zu packen. Freilich hat die Regierung inzwischen eine Streitschrift zur Aufklärung in der Nachrüstungfrage eingeleitet. Das ist ein guter Anfang, aber nicht genug. Wenn es nämlich mit Lesen und Bereitstellen von Argumenten getan wäre, dann wäre die „Friedensbewegung“ längst auf ihren DKP-Kern zusammengeschrunken. Die Regierung muß ihre Kritiker stellen.

Sie fordert, auch das ist ein guter Anfang, daß an allen einschlägigen

Rundfunk- und Fernsehdebatten kompetente Fachleute von NATO- und Regierungsseite teilnehmen sollen. Prompt gab es Kritik aus der elektronischen Monopol-Ecke: man wolle wohl einen Regierungsfunk herstellen; die Regierung dürfe doch wohl dem Fernsehen zu vertrauen, sich die richtigen Sachverständigen auszusuchen! Das darf sie nun allerdings nicht. Das Monopol hat bisher kaum eine kompetente Auseinandersetzung über diese Frage veranstaltet. Dafür kommen so geistreiche Beiträge vor wie die Frage eines Sportjournalisten an den „Fußballer des Jahres“, Voller, ob er sich wohl der „Friedensbewegung“ anschließen wolle.

Die „Friedensbewegung“ behauptet zwar, Argumente zu haben, aber sie hat nur Schlagworte; und sie weigert sich sehr klug, darüber zu diskutieren. Es ist sehr schade, daß die Regierung ihr bisher auf diesen Leim ging. Oder kann sich jemand erinnern, den einen Fachmann für Militärfragen, den die Bewegung hat, den General Bastian, jemals in Diskussion



Für öffentliche Diskussionen weniger leicht zu haben: Bastian (mit Portefeuille und Kelly). FOTO: WOLFGANG SCHÖNING

mit wirklichen Fachleuten am Fernsehschirm gesehen zu haben? Wohl nahm er vor einigen Monaten an einer militärwissenschaftlichen Tagung teil, aber nur, um sein Manuskript herunterzulesen und zu verschwinden, ehe die anwesenden Fachleute ihn ins Gebet nehmen konnten.

Daran kann man erkennen, wie ernst es den angeblichen Lebensverteidigern ist. Jeder normale Mensch, der sich oder sein Kind von einer tödlichen Krankheit bedroht glaubt, würde die besten Ärzte hören. Wenn man „besorgte“ Leute hören, das nicht „nur“ sie, sondern die alle Menschen in Gefahr seien - müßten sie nicht darauf drängen, daß ihre Alarmisten sich in öffentlicher Diskussion der anderen Seite stellen, damit man aus Rede und Gegende die Wahrheit herausfinden kann?

Nicht immer; jeder Arzt kennt Leute, die ungehalten werden, wenn man ihnen nachweist, daß ihre Todeskrankheit in Wahrheit ein hochgeplantes Wehwechen ist. Man nennt sie Hypochonder; manche Ärzte leben recht gut von ihnen. Wenn aber die Hypochondrie ganze Straßen füllt und Steine wirkt, ist es Zeit für nachdrückliche öffentliche Aufklärung.

Man stelle sich einmal vor, der Nation würde der Fachmann Bastian am Fernsehschirm vorgeführt, wie seine Behauptungen Stück für Stück von Fachleuten als ein Gemisch von technischem Unfug und privaten Einbildungen (der Herr hält nun mal die UdSSR für „defensiv“) nachgewiesen werden. Ein paar solche Veranstaltungen würden mehr für den inneren Frieden tun als selbst das Vermummungsverbot. Und es würde noch stärkeren Eindruck machen, wenn er, wie zu erwarten, knifft. „Die“ Jugend kann in Teilen fürchterlich naiv sein. Aber sie erkennt ihre Bärenführer, wenn man sie ihr vorführt. Und sie wäre von Herzen dankbar für einen Kanzler in der Offensive.

IM GESPRÄCH Jesse Jackson

Die Negerstimme aufbieten

Von Rafael Seligmann

Der nächste Präsident der Vereinigten Staaten wird kein Neger sein. Es ist jedoch durchaus möglich, daß ein Schwarzer, Jesse Jackson, der Joker im Rennen um die Kandidatur für den demokratischen Präsidentschaftsbewerber sein wird. Denn, wer im kommenden Jahr für die Demokraten um den Einzug ins Weiße Haus kämpfen wird, muß zuvor in ethischen Vorwahlen seine Popularität beweisen. Die Wählerklientel der Demokraten aber setzt sich neben dem liberalen Bürgertum und den Gewerkschaften traditionell auch aus Negern und Hispano-Amerikanern zusammen.

Hier nun tritt Reverend Jesse Louis Jackson auf die Bildfläche - und dies nicht mit leeren Händen. Der wortgewaltige Prediger gilt, ohne daß er sich je einer Wahl gestellt hätte, als der populärste unter den farbigen Führern der USA. Jacksons Wort verspricht also Millionen schwarzer Wähler. Jackson weiß auch, wie sich dieses Stimmenpotential erheblich erweitern läßt: durch Registrierung. In den USA wird das Wahlrecht erst durch eine Einschreibung in der Heimatgemeinde erworben. Von den 18 Millionen volljährigen schwarzen Amerikanern hatten sich bei der letzten Wahl lediglich zehn Prozent einschreiben lassen und somit das Wahlrecht erworben.

Wie kein anderer treibt Jackson die Neger seit Jahren unentwegt dazu, sich registrieren zu lassen. Sechs Millionen zusätzlicher farbiger Wähler sind sein Ziel für 1984. Sein Mittel: das Locken mit „einem geeigneten schwarzen Präsidentschaftskandidaten“. Daß das Publikum seine Botschaft versteht, beweisen die frenetischen Rufe auf seinen zahllosen Versammlungen: „Run, Jesse, run!“

Nun weiß Jackson im Gegensatz zu vielen seiner Anhänger, daß ein schwarzer Kandidat und besonders er selbst keine ernst zu nehmenden Aussichten als Präsidentschaftskandidat hätte. Aber ebenso gewiß weiß er, daß die demokratischen Präsi-



Chance für die Kandidatur als Vizepräsident: Jackson. FOTO: DPA

denchaftsbewerber für seine Unterstützung einen hohen Preis zu bezahlen bereit sind, unter Umständen sogar eine Vizepräsidentschaft. Jacksons Programmatische fordert er bereits jetzt eine Politik für „progressive Weiße, Latinos, Frauen, Jugendliche, Friedensaktivisten, Umweltschützer sowie alle, die sich eine humanere und zivilisiertere Innen- und Außenpolitik wünschen.“

Zyniker behaupten, daß der prominenteste „Anhänger“ Jacksons daher ein Weißer ist: Ronald Reagan. Denn ein Demokrat, der Jackson zu seinem Vize erklärt, wäre für viele Amerikaner nicht wählbar.

Der vor 41 Jahren in South Carolina geborene Aktivist wurde einer breiten Öffentlichkeit erstmals 1968 bekannt, als er behauptete, Martin Luther King sei in seinen Armen gestorben. Eine Unwahrheit, wie bald bekannt wurde. Es gab auch Streit um angeblich verschwundene staatliche Zuschüsse für die von ihm gegründete „Bürgerrechtsbewegung PUSH“ in Höhe von einer Million Dollar und um recht unkonventionelle Methoden Jacksons bei der Spendenbeschaffung. Aber er war der Mann, der entscheidend zu Carters Wahlsieg beitrug. ... und zu Carters wirrer Außenpolitik.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Münchener Merkur

Die Gedankenexperimente über eine große Koalition haben es nicht:

Als Strauß 1980, kurz nach seiner Niederlage als Kanzlerkandidat, um sie zu werben begann, erntete er Un- dank. Man zeigte ihm die kalte Schulter. Und selbst als 1982 die sozialliberale Koalition zerbrach und die FDP nur noch wählen konnte zwischen dem Exitus, der Opposition oder dem Bündnis, verkündeten ein paar Superliberale hoheitsvoll: Aber bitte nicht mit Strauß! Der CSU-Vorsitzende hat also ein paar Rechnungen mit der FDP zu begleichen. Es kommt hinzu, daß er nicht ohne Vergütungen an die große Koalition in Bonn zurückkehrt. Damals war er wieder rehabilitiert, leistete als Finanzminister vorzügliche Arbeit, was auch vom politischen Gegner öffentlich anerkannt wurde. Im Zusammenspiel mit dem Sozialdemokraten Schiller erwies er sich recht lange als flexibler, sachbezogener, souveräner Technokrat. Wiederherstellen läßt sich das aber heute nicht. Die SPD von damals, die gibt's nämlich nicht mehr.

Frankfurter Allgemeine

Die Koalition zerbricht über das Ende des Sommerlochs:

Bundeskanzler Kohl findet nach der Rückkehr aus den Ferien nichts vor, was zu explodieren droht; aber immerhin einiges, was er sorgsam im Blick behalten muß. Da ist zunächst die Finanzpolitik. Die Koalition war im vorigen Herbst mit dem Schwur

angehen, die Staatsfinanzen mit Sparen wieder in Ordnung zu bringen. Sie hat, ziemlich schnell, energische Schritte getan. Aber dann allmählich vererbte die Spargenei... Der Bundeskanzler wird sich zunehmend mit Forderungen konfrontiert finden - hier eine Kürzung rückgängig zu machen, dort noch etwas dazuliefern, anderswo eine Leistung neu einzuführen. Da hilft nur Festigkeit. Am gemeinsamen Willen Kohls und des Finanzministers Stollberg, bei der Finanzpolitik der Stabilisierung zu bleiben, müßten sich die Anspruchsrollen brechen.

NEUE RUHR ZEITUNG

Über die Lage der Lehrer befindet sich die SPD:

So herausragend positiv international gesehen die Situation der in der Bundesrepublik aktiven Lehrer ist, so deprimierend ist die Lage der zur Passivität verurteilten. Sie kann sich nur ändern, wenn endlich einmal ernsthaft über die Höhe des Einkommens, der Bezüge und Pensionen nachgedacht wird und nicht nur für die Lehrer. Denksteine in dieser Richtung hat es genug gegeben, zum Beispiel von Johannes Rau: mehr Lehrer für nur etwas weniger Geld. Nicht anders ist es bei der jetzt immer intensiver werdenden Diskussion über die Verkürzung der Arbeitszeit. Den - vollen Lohnausgleich - an der Spitze aller Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung zu stellen, ist ebenso verantwortungslos wie das absolute Festhalten an den Statusprinzipien und Privilegien der Lehrer.

Wende? Jedenfalls nicht in Zimmermanns unteren Etagen

Noch immer mehr Datenbürokratie als Datenschutz / Von Benjamin Michaels

Die Wende wurde versprochen. Die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen wird wieder stärker betont, der Einfluß staatlicher Bürokratien soll zurückgedrängt werden. Doch in einigen Bereichen scheinen sich überwunden geglaubte Strukturen erhalten zu haben. So beispielsweise beim Datenschutz.

Vor kurzem erreichte interessierte Verbände und Organisationen aus dem Bundesinnenministerium ein neuer Entwurf für die Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes, der - mit einigen nicht sehr wichtigen Veränderungen - das gleiche bot, was noch vor einem Jahr nahezu einhellig abgelehnt wurde. Abgelehnt insbesondere deshalb, weil unter dem Deckmantel des Datenschutzes offensichtlich gesellschafts- und wirtschaftspolitische Eingriffe in das marktwirtschaftliche System eingeleitet werden sollten.

Soll dies nun unter der neuen

Bundesregierung fortgesetzt werden? Oder muß die Tatsache, daß das Innenministerium nur zu einer Besprechung - ohne Protokoll und damit ohne sachlichen Nutzen! - statt zu einer förmlichen Anhörung einlädt, dahingehend verstanden werden, daß hier ohne Wissen der Politiker die Aufmerksamkeit der wichtigsten Berufsverbände geteilt werden soll? Zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen:

Ein wichtiger Teilbereich der elektronischen Datenverarbeitung, nämlich der unmittelbare Zugriff auf elektronische Archive (online) soll, ginge es nach dem Willen der Verfasser, künftig de facto von einer staatlichen Genehmigung abhängig werden.

Auf deutsch statt amtsdeutsch heißt das: Wenn jemand mit einem Archiv für Informationen zusammenarbeitet, so kann er bei diesem Archiv um schriftliche Beantwortung einer Anfrage nachsuchen. Das dauert Tage. Er kann auch anrufen, seinen Wunsch nennen

und bitten, man möge nachschauen und ihn sofort zurückrufen. Das dauert immerhin auch seine Zeit. Aber er darf nicht direkt („On-line-Verfahren“) aus dem Archiv seine Auskunft abrufen, es sei denn, die Bürokraten hielten dieses schnelle Abrufen für notwendig. Bei dem bekannten bürokratischen Verständnis für Schnelligkeit und Wirtschaftlichkeit eine recht problematische Hoffnung.

Welchen Nutzen bringt die Verzögerung, welchen Schutz gewährleistet sie? Niemand weiß es. Es könnte ja mißbräuchliche Direktankündigungen geben, wird dumm angedeutet. Wie denn? Als ob jemand, der sein Archiv zur Verfügung stellt (und das volle Risiko trägt), nicht von sich aus dafür Sorge tragen würde, daß Mißbräuche ausgeschaltet werden.

Ein anderer Punkt des Entwurfs ist eine längst totegelebte Regelung des Kreditverkehrs im datenschutzrechtlichen Mantelchen. Sie besagt, läßt man den juristischen

Fachjargon einmal beiseite, daß Kreditverweigerung gegenüber den Kreditsuchenden begründet wird und daß die Informationen, auf die sich die Entscheidung stützt, samt ihren Quellen offengelegt werden müssen. Kreditentscheidungen sind aber nicht nur solche, die von Banken getroffen werden. Auch die Entscheidung, ob eine Ware gegen Rechnung, also auf Kredit, geliefert werden soll oder nicht, ist eine Kreditentscheidung.

Will man unter dem Deckmantel des Datenschutzes den Lieferanten künftig zwingen, seine Entscheidung, an wen er liefert, zu begründen? Mit der Folge, daß er seine eigene Ware auf sein eigenes Risiko immer dann liefern muß, wenn er dem Geschäftspartner nicht beweisen kann, daß der nicht ganz kocher ist? Wissen die Datenschützer nicht, daß durch ein derartiges Verfahren der Warenkredit auf Dauer gefährdet wird? Daß Lieferanten, um den Unsinnigkeit

ten des mit der Kreditvergabe verbundenen bürokratischen Aufwandes zu entgehen, nur noch gegen Vorkasse liefern würden und daß damit all diejenigen, die mit großem Aufwand und staatlicher Unterstützung zur Gründung von Unternehmen motiviert werden sollen, der notwendige Lieferantenkredit von vornherein abgeschnitten wird, daß also der angeblich datengeschützte nur Schaden, aber keinen Nutzen hat? Daß die immer noch ungebrochene Insolvenzenwelle neu angepeitscht wird, wenn man gefährdeten Unternehmen den Bezug von Lieferanten- und Geldkrediten weiter erschwert, angeblich um sie vor den Gefahren der Datenverarbeitung zu schützen? Oder - ist das alles vielleicht genau so gewollt?

Es scheint, daß die verantwortlichen Politiker dieser Koalition sich erst einmal Klarheit, mit oder ohne Daten, über ihre eigenen Mitarbeiter verschaffen müssen.

e Jackson
aufbieten



Der Kampf ums Brot gehört zum Künstlerleben

Sind die Lebensbedingungen für bildende Künstler wirklich so schlecht, wie es der Report „Künstler in Not“ feststellt? Ja, sagen die einen, und rufen nach Ankaufgarantien. Nein, sagen die anderen; sie befürchten bei Einkommensgarantien eine Lähmung des künstlerischen Schaffens.

Von GISELA SCHÜTTE

Es ist das Deutschland Dürers und Nolde's zur Künstlerfreundlichkeit Provinz verkommen? Für etwa 6000 deutsche Maler, Bildhauer und Zeichner jedenfalls bleibt die Kunst brotlos. Sie müssen monatlich mit 1000 Mark und weniger auskommen. Den Lebensunterhalt bestreiten sie allzuoft mit Gelegenheitsarbeiten.

Desinteresse für die zeitgenössische Kunst bei Sammlern und Ausstellungsbesuchern, mangelndes finanzielles Engagement bei Firmen, Behörden und Ministerien für die Kunstschaffenden und ein zu grobmächtig soziales Netz – das sind die Beschwerden von manchen, die auch heute noch mit dem Lebensstandard des armen Poeten auskommen müssen.

Ihnen gilt das Nachbarland Holland als künstlerfreundliches Musterland, weil dort staatliche Ankaufgarantien für Brot und Lohn der zeitgenössischen Meister sorgen.

Staatlich subventionierte Kunstschaffende, das fordern die einen, einen freien Markt, der auch in Sachen Kunst Angebot und Nachfrage regelt, verlangen die anderen.

Die jüngste Diskussion über die Lage der bildenden Künstler in Deutschland wurde durch eine Schreckensmeldung aus Niedersachsen ausgelöst: Der Minister für Wissenschaft und Kunst, Johann Tönnjes Cassens, hatte festgestellt, daß in seinem Bundesland 65 Prozent der Künstler am Rande des Existenzminimums leben müssen.

Der Ministerialrat Hartmut Vogel, Kulturexperte im Bonner Innenministerium, meint sogar, daß diese Einschätzung die soziale Lage der Künstler sogar noch zu rosig male. Dabei arbeiten etwa 10 000 bis 12 000 bildende Künstler in Deutschland. Genaue Zahlen gibt es nicht, da sich Eigenbewertung und Realität nicht immer decken.

Sind die Lebensbedingungen für Künstler in Deutschland wirklich so schlecht? Ein Meilenstein in der sozialen Sicherung der Maler und Bildhauer, der Prozeß und Performance-Künstler, der Grafiker und Designer wird sechsen acht Monate alt. Seit dem 1. Januar 1983 ist die Künstlersozialkasse mit Kranken- und Altersversicherung auch für die bildenden Künstler zuständig. Allerdings hat dieses soziale Aufgabelnetz noch Lücken, stellen die Kulturwissenschaftler Karla Fohrbeck und Andreas Wiesand in ihrem jüngsten Report „Künstler in Not“ fest. Es wird bis zur Jahrtausendwende dauern, bis dieses Sicherungssystem nachhaltig greift. Bis dahin fallen die älteren Künstler durch die Maschen, die gar nicht oder nur unzureichend in die Kasse zahlen, und diejenigen, die mit geringen Einkommen unter 5000

Mark pro Jahr von der Künstler-Rentenanstalt nicht erfasst werden. Darüber hinaus stellt eine bunte Vielfalt von Stiftungen, Stipendien und Fonds einen „Flickenteppich“ für Unterstützungen und Hilfen.

Im Bereich der bildenden Kunst schütten vier Unterstützungsfonds jährlich rund 500 000 Mark für laufende oder einmalige Zuwendungen aus. Der allgemeine Markt, den der Kunsthandel und die Sammler darstellen, wird nicht allein durch öffentliche Sammlungen und private Mäzene erweitert, sondern durch eine Vielzahl von Kunstpreisen und Stipendien, die für ganz Deutschland ein Buch mit 800 Seiten füllen. Unter den größten Mäzonen sind Bund und Länder mit Stipendien und Auslandsaufenthalten, mit Kunst-am-Bau-Programmen oder mit Sonderfonds, die etwa mit 800 000 Mark jährlich die Ausstellung von mindestens vier Millionen Mark jährlich werden Baumaßnahmen des Bundes künstlerisch veredelt – über die Länderprogramme hinaus.

Eine Art künstlerische Entwicklungshilfe nach sozialen Gesichtspunkten hat das Land Bremen ins Leben gerufen und mit jährlich 300 000 Mark bestückt. Etwa zwei Dutzend Künstler dürfen, allerdings nach Leistungsprinzipien, daran teilhaben.

Das holländische Vorbild, das in Bremen mit dem hanesstischen Rechenstift zusammengefaßt wurde, gilt bei vielen unterdessen als gescheitert – immer mehr Künstler haben es sich an dem „Futtertrog“ bequem gemacht, immer mehr Werke wandern in die Magazine, ohne je vor das Auge eines Kunstbetrachters gekommen zu sein.

Trotz staatlichen und privaten Mäzenatentums, trotz sozialer Aufgabennetze – der Berufsverbände, trotz Künstlersozialkasse bleibt unter den deutschen Künstlern eine breite Schicht, die von ihren Werken knapp oder gar nicht existieren können. Die Hamburger Kunsthalle klassifiziert drei Gruppen bildender Künstler:

● Die Crème, die ausschließlich und dazu gut von ihrer Arbeit lebt. Für Grafiken und Zeichnungen der Hamburger Horst Janssen und Paul Wunderlich werden vier- und fünfstelligen Summen erzielt. Künstlerische Millonäre wie Salvador Dalí oder Andy Warhol bleiben aber rar.

● Eine breite Schicht sichert den Lebensunterhalt durch einen im Kunstbereich angesiedelten Brotberuf – etwa als Dozenten oder Kunstzeiger.

● Und schließlich folgt die große Zahl derer, die von Jahr zu Jahr mit ihren Finanzen jonglieren, die mit Jobs ihre künstlerische Tätigkeit mehr oder weniger finanzieren. In dieser bedrängten Lage befinden sich vor allem sehr junge und alte Künstler.

Doch auch innerhalb der Sparten der bildenden Kunst sind die Verdienstkarten ungleich gemischt. Die besten Chancen haben Maler, Zeichner und Grafiker, die mit kleineren Arbeiten und Druckgrafik einen ver-



Tetjus Tügel: „Man muß kein Stillleben malen, um durchzukommen.“

gleichsweise großen Markt beschicken und auch an Sammler mit kleinem Geldbeutel verkaufen können.

Probleme haben vor allem die Bildhauer, die ihre großformatigen Werke fast ausschließlich an Museen oder im Rahmen der „Kunst am Bau“ anbringen können und die zudem bedeutende finanzielle Vorleistungen für Material aufbringen müssen. Zu kämpfen haben auch all jene, die experimentell nach neuen Seh- und Darstellungsweisen suchen, wie die Prozeß- und Performance-Künstler, die nichts produzieren, was sich verkaufen läßt.

Ein Beispiel ist die Hamburgerin Margret Kahl, die zusammen mit zwei Kollegen – noch – die „Galerie vor Ort“ betreibt. Hier stellen die Gleichgesinnten, „die nicht marktorientiert arbeiten wollen“, ihre Arbeiten aus. Das Geld zum Leben verdient sich Margret Kahl mit Gelegenheitsarbeit. Jobs wie ein Hilfsposten bei den Stadtarchivologen (für neun Mark die Stunde) sind noch Glücksfälle. Die Künstlerin hatte zuletzt erfolgreich gegen das Arbeitsamt geklagt, weil man sie zum Aktenabheben einstellen wollte. „Eine wirklich berufsspezifische Vermittlung für Künstler in Verbindung mit Kulturbehörden und -ministerien wäre eine große Hilfe.“

Dabei sieht die Künstlerin, die zum Beispiel mit Bewegungszeichnungen experimentiert, ihre unsichere soziale Lage nicht als Hemmschuh an. Sie meint, die Bequemlichkeit der Einkommensgarantie durch einen Brotberuf könne auch lähmend auf das künstlerische Weiterkommen wirken. Tetjus Tügel (33), aus einer Hamburger Künstlerfamilie, hat sich dem Expressionismus verschrieben. Obwohl er mit den Einkünften aus Bilderverkäufen „jonglieren“ muß, will er keine Kompromisse eingehen: „Man muß keine Blumenstillleben malen, um durchzukommen.“ Den Kampf ums Brot sieht er als zum

Beruf gehörig. Zusammen mit ein paar Weggefährten („Bei uns wird wieder gemalt“) hat er die Künstlergruppe „Vollblut“ gegründet. Die Mitglieder schützen ihre Chancen optimistisch ein. Der Geldmangel und die sich sparsam einstellenden Erfolge werden nach dem Vorbild der Künstlergruppen vor und nach der Jahrhundertwende geteilt.

Der bekannte Hamburger Realist Harald Duwe (57) erteilt allen, die nach mehr staatlicher Kunstförderung jammern, eine kategorische Absage. „Jede Art der bildenden Kunst, die derzeit bei uns produziert wird, findet auf dem Markt Aufnahme. Die Situation für Künstler war noch nie so gut wie heute.“

Duwe lehnt eine allzu starke staatliche Kunstförderung ab. „Institutionen und Behörden, die Kunststrichungen nach ihrem Geschmack fördern, greifen damit manipulierend in den Markt ein, wobei die zuständigen Personen wechseln.“ Dem Geschick des Künstlers obliege es, sich auf dem Markt den Bereich zu suchen, für den er arbeiten könne. Dabei kommen nach Duwe Überzeugungen meist jene Gruppen, die dem „Innovationsfetischismus“ anhängen, in den Genuss staatlicher Förderung – „eine Art Kunststiktat.“

Abgesehen davon meint der Maler, der auch als Dozent arbeitet und sich selbst seit seinem 40. Lebensjahr als „Fetthaus“ auf der sozialen Künstlergruppe bezeichnet, daß jeder, der sich und seine Kunststrichungen konsequent behauptet, seine Arbeit auf dem Markt unterbringen wird. „Die Käuferschicht ist so groß wie nie, für Biedermeierisches wie für Experimentelles.“

Diese Überzeugung hat sich unterdessen im Hause Duwe vervielfältigt: Tochter Katharina (30) malt und verdient bei der Volkshochschule hinzu, Sohn Johannes hat erste – auch finanzielle – Ausstellungserfolge gesammelt, und Sohn Tobias (22) studiert noch an der Kunstakademie.

Für die Kubaner heißt Sieg ein bißchen mehr Konsum

Zwangsumtausch, Intershops, Westfernsehen – dies gibt es nicht nur in der „DDR“, sondern auch auf Kuba. Die Menschen dort zeigen ein besonderes Talent, die Strenge des Regimes zu unterlaufen.

Von GITTA BAUER

Weißer Sandstrand, sengende Sonne. In der Brandung tummeln sich Kinder aller Hautfarben. Dazu laut kreischende Radios mit dem letzten heißen Rock. Dann die Werbung: „Delta is ready – when youuuu aaare.“ Die Teenager fallen, mehr oder weniger falsch, in die Werbemelodie der Fluggesellschaft ein. Jones Beach, Long Island, USA? Nein – Santa Maria del Mar, vierzig Kilometer östlich von Havanna. Im 24. Jahr der Revolution hören die Nachkommen von Castros „Compañeros“ Radio Key West oder Miami, singen sie mit spanischem Akzent die Botschaft des Kapitalismus.

Die Transistorradios am Strand, die Walkmen, die Kassetten-Recorder mögen Geschenke von „gusanos de seda“ sein, von Seidenwürmern, wie hier die Besucher aus dem Westen heißen. Seit Fidel Castro den meiste in und um Miami lebenden Exil-Kubaner wieder die Grenzen öffnete, ist mit ihnen ein Hauch von dem, was sich junge Kubaner unter Luxus vorstellen, auf das spartanisch gehaltene rote Bild in der karibischen Meer gedrungen. Mit den Hunderttausenden beimwehkranken Besuchern kam auch ein Begriff von freierem Leben.

Dies nehmen die kubanischen Behörden in Kauf. Wichtiger sind ihnen die harten Dollar, die die Besucher mitbringen. Und sie werden zur Ader gelassen, die Verwandten aus dem goldenen Westen. 800 Dollar beträgt der Zwangsumtausch, den ihnen das Regime für einen Zwei-Wochen-Besuch abverlangt. Die an chronischen Mängeln laborierende kubanische Wirtschaft sieht sich überdies von unerwünschter Nachfrage entlastet, da die stolzen Gäste wertvolle Geschenke wie Digitaluhren und Farbfernseher mitbringen oder an Ort und Stelle in Intershops Waschmaschinen, Kühlschränke, selbst Autos für ihre Verwandten kaufen.

Erinnerung an eine Dresdener HO-Filiale

Der deutsche Besucher, der morgens an den Schlängen von Hausfrauen vorbeikommt, die mit leerer Tasche und resigniertem Blick auf die mögliche Ankunft von Fleisch in der Metzgerei warten, fühlt sich an eine HO-Filiale in Dresden erinnert. Er muß nicht erst im Fahrstuhl des Hotels „Habana Libre“ hören, wie ein in blendendes Weiß gekleideter Herr in bestem Sächsisch einen Einheimischen herunterputzt, weil „wieder einmal nicht alles so gelaufen ist wie bei uns. Bei uns, da geht eben alles zack, zack.“ Die Genossen Compañeros aus „Alemania Democratica“ haben hier etwas zu sagen, in dieser „DDR“ unter Palmen.

Die Ähnlichkeiten sind verblüffend. So wenn man hört, daß ein Mann, der eine legale Ausreise beantragt, seinen Job verliert. Daß seine Kinder von der Universität fliegen. Daß er und seine Familie Ausgestoßene sind.

Auch die Distanz – in der „DDR“ heißt es Korrektheit – die jeder Besamte oder gar Uniformierte zwischen sich und das gewöhnliche Volk legt, ist ähnlich. Wenn sie in Kuba auch besondere Formen annimmt. Typisch ist die „kubanische Geste“, die zur Abwehr erhobene Hand, wenn etwa ein Polizist befragt wird, die Hand, die besagt: „Stör mich nicht, laß mich in Ruhe.“ Auch Kellnern scheint die Geste angeboren.

Da ist die Ausweis-Besessenheit. Kostbarstes Besitztum eines in Kuba akkreditierten Journalisten ist nicht etwa sein Paß. Es ist die Pressekarte, die ihn als „prensa extranjera“ ausweist. Ein amerikanischer Kollege, der sie verlor, wurde 24 Stunden lang zur Unpersone. Man schmuggelte ihn ins Hotel, das ihm ohne diese Karte verschlossen war, nahm ihn als Gast in das Restaurant mit, das ebenfalls nur Kartenbesitzern zugänglich war.

Da ist die Zeichensprache. Wenn sich bei einem vertraulichen Gespräch jemand einfand, dem man nicht traut, gibt es Warnzeichen. Die Hand leicht auf die Schulter gelegt, heißt „Achtung, Offizier“. Gekreuzte Hände auf die Frage, hast du Sonntag frei, heißt: „Muß freiwillig arbeiten.“

Kein Hunger, aber vieles ist rationiert

Trotz des Parteiorgans „Granma“, das ein rosa Bild zeichnet, ist auch dem letzten der neun Millionen Kubaner klar, daß nicht alles gut bestellt ist um die kommunistische Planwirtschaft, die die private Initiative in eine Zwangsjacke steckt. Es gibt keinen Hunger auf der Insel. Die Kinder sehen wohlgenährt und in ihren Schuluniformen selbst aus. Volksschüler in Dunkelrot, Fach- und Mittelschüler in Blau, Oberschüler in Gelb. Aber auf der Zuckerinsel ist der Zucker rationiert. Der hervorragende kubanische Kaffee, den ausländische Gäste genüsslich schlürfen dürfen, wird exportiert und billiger kolumbianischer eingeführt. Nicht nur Fleisch und Öl, auch die Grundnahrungsmittel jedes lateinamerikanischen Volkes, Bohnen und Reis, sind rationiert.

Zugelutet sind auch Schuhe, ein Paar pro Jahr, Handtücher, eines jährlich, Bettlicher, ebenfalls eines pro Person, Hosen und Kleider, je eins im Jahr. Von den köstlichen rotfleischigen Papayas, den Riesemangos, die der Fremde im Restaurant vorgesetzt bekommt, sieht er nichts im Supermarkt, dafür Obst und Gemüse in Büchsen – aus den osteuropäischen Bruderländern. Auch in den Dollarläden ist das Angebot so dürftig, daß sogar die Passagiere einer Chartermaschine der „Interflug“, die Nase rümpfen – da sind sie zu Haus schon Besseres gewöhnt. Auf dem schwarzen Markt gar kosten ein Paar „Levi's“-Jeans (garantiert USA) 150 Dollar, für einen Peso muß man nach einem völlig irrealen Kurs drei Deutsche Mark oder 1,25 Dollar hinblättern.

Nach Überwindung vieler ideologischer Bauchschmerzen ließ Castro vor zwei Jahren die Schrauben ein wenig lockern. Die Bauern durften, nach Ablieferung ihres Solis, Erzeugnisse ihres Hoflandes auf freie Märkte bringen. Plötzlich waren sie da, die Papayas, die Hühner. Auf dem Platz vor der Kathedrale im alten Havanna gab es die schönsten Lederwaren, handgearbeitete Taschen, Sandalen. Die Preise waren allerdings gepfeffert. Das Einkommen eines Bauern, der mit 150 Pesos am unteren Ende der Lohnskala liegt, konnte auf 10 000 Pesos im Monat steigen, die er

allerdings mit seinem Zwischenhändler teilen mußte. Die Städter waren zwar froh, die raren Waren zu bekommen, schimpften aber auf die „schmarotzenden“ Campesinos.

Es war sehr rasch deutlich, daß das nicht gutgehen konnte. Der „Maximo Lider“ sprach in einer dreieinhalbstündigen Grundsatzzrede zur sozialistischen Moral im vorigen April von einer „Fehlentwicklung in kleinbürgerlichen Verhaltensweisen“. Der Kampf gegen die zaghaft sprießende Marktwirtschaft begann. Die Zwischenhändler, im kommunistischen Sprachgebrauch „banditos“ genannt, waren jedoch für die Bauern unerlässlich. In ihrem gedrängten Arbeitstag hatten die Fahrt zum Markt und der Verkauf ihrer Produkte keinen Platz. Jetzt, da der Zwischenhändler verstaatlicht worden ist und die Bauern überdies Steuern auf ihre Einkünfte zahlen müssen, hat sich die Zahl der freien Märkte und ihr Angebot drastisch verringert.

Die Kubaner sind besonders findig, wenn es darum geht, die strenge Disziplin des Regimes zu unterlaufen. Da gibt es die Zunft der „colectores“, der berufsmäßigen Schlangehalter. Für 30 bis 60 Pesos, je nach Wert der zu erstehenden Ware, kann man sich einen colector kaufen, der zum Beispiel nach dem begehrten Ventilator ansteht. Schwunghafter Handel wird mit Milchcoupons, mit Lebensmittelmarken betrieben, hauptsächlich von Kantinenarbeitern.

Im Vergleich zum nur hundert Kilometer entfernten Haiti ist Kuba ein reiches Land. Sicher gehört Haiti zu den ärmsten der Armen. Sicher lebt Kuba von direkten sowjetischen Subventionen, deren Höhe unterschiedlich geschätzt wird. Mindestens eine, möglicherweise drei Milliarden Dollar im Jahr läßt sich Moskau diesen Fuß im amerikanischen Vorgarten kosten.

Das Analphabetentum ist verschwunden

Es gibt auch Erfolge, die sich Castro an den Hut stecken kann – die Beseitigung des Analphabetentums zum Beispiel. Daß der Lesestoff fast ausschließlich marxistisch ist, steht auf einem anderen Blatt. Es gibt keinen Arbeitslosen. Dafür stecken zehn Prozent der männlichen arbeitsfähigen Bevölkerung in Uniform. Und am Schalter von „Cubana Airlines“ wird jeder einzelne Passagier in einer langen Schlange von drei Damen gemeinsam abgefertigt: eine schreibt, eine telefoniert, die dritte hat die Aufsicht.

Wie ein Maltau hat sich der Kommunismus auf die paradiesische Insel zwischen der karibischen See, dem Golf von Mexiko und dem Atlantik gelegt. Er hat jedoch die angeborene lateinische Lebensfreude, die Lebenswürdigkeit dieses Volkes nicht ersticken können. Man muß einmal den Karneval miterleben haben, der in Kuba nicht vor der Fastenzeit, sondern im August nach der Zuckerernte gefeiert wird, um den Frohsinn dieser Menschen, beflügelt von Rock und Rum, überschäumen zu sehen.

„Patria o muerte“, schließt Castro jede seiner Reden. „Venceremos.“ Das Vaterland liebt jeder Kubaner, den Tod weniger. Und unter dem Sieg versteht er ein kleines Glück, zu dem ein Fernseher und – vielleicht in der Zukunft – ein Auto gehören.

(SAD)

DER ANDERE

NEUE RUHR ZEITUNG

n Etagen

Gleichgewicht?

Für manche Unternehmen ist es ein täglicher Balanceakt auf dem Drahtseil: Absatz- und Ertrags-einbußen – hohe kurzfristige Kredite – wechselhafte Zinsbelastungen...

Überlegen Sie doch einmal, ob Sie nicht gerade jetzt Ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten in einen Langfristkredit umwandeln sollten, damit Ihre Finanzierung ins Gleichgewicht kommt.

Konsolidierung zu einem annehmbaren festen Zinssatz ist das Gebot der Stunde. Wann sprechen Sie mit uns über Ihr neues Finanzierungskonzept?

Industriekreditbank AG
Deutsche Industriebank



Die Unternehmerbank

Düsseldorf Berlin Frankfurt Hamburg München Stuttgart

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar \$65,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Aus Luxemburg strahlt RTL ab Januar 1984 ein deutschsprachiges Fernsehprogramm in die Bundesrepublik. Drahtlos empfangbar ist das Programm für maximal 1,2 Mill. Zuschauer. RTL will jedoch erreichen, daß die Deutsche Bundespost dieses Programm mittels Richtfunk an die Kabelnetze heranführt und einspeist. Die Europäische Rundfunkunion (ERU) plant ein europaweites „Früh-

Siе tragen ab 1. 7. 1983 für alle Teilnehmende der Mark. Sobald in Berlin zusätzliche Programme in das örtliche Breitbandnetz eingespeist werden, erhöht sich auch hier die monatliche Gebühr auf insgesamt neun Mark. Die Gebührensätze für die Pilotprojekte werden unter den allgemeinen Anschluß- und Monatsgebühren in der Bundesrepublik liegen.

In Bayern hat die Staatsregierung am 12. Juli beschlossen, den gesamten Freitakt zu verkaufen. Rudolf Mühlhaff, Chef der Münchner Pilotgesellschaft für Kabelkommunikation (MPK): „Damit ist das Pilotprojekt nicht rückholbar.“

Zu den Forderungen der 17 Delegierten, die Falcke vortrug, gehörten auch eine „Umkehr von der Abschreckungsdeologie, die Arbeit an einem gerechten Frieden und die Erprobung einer friedlichen Konfliktlösung.“ - Das zunehmende Gewicht der Vorschläge und Überlegungen führender Christen aus dem anderen Teil Deutschlands kam in Vancouver schließlich darin zum Ausdruck, daß der Vorsitzende des Kirchenbundes, Landesbischof Johannes Hempel (Dresden), zu einem der bis 1980 amtierenden Präsidenten des Weltkirchenrats gewählt wurde. Diese unge-

Stolpe war es auch, der beim Kirchentreffen in Dresden eines der beherrschenden Themen von Jugendlichen in der „DDR“ aufgriff und die Verweigerung des Wehrdienstes als ein „berechtigtes Friedenszeugnis der Christen“ bezeichnete.

Beamte dürfen nicht auf einem von Gewerkschaften bestreitenen Arbeitsplatz eingesetzt werden. Das hat das Arbeitsgericht Bonn jetzt in einem von der Deutschen Postgewerkschaft angestrenzten Verfahren entschieden. Die Gewerkschaft hatte ihre Klage damit begründet, daß ein Einsatz von Beamten als Streikbrecher das grundgesetzlich geschützte Existenzrecht der Gewerkschaft in seinem Kern bedrohe. Das Urteil des Bonner Arbeitsgerichtes wurde von der Postgewerkschaft (DPG) veröffentlicht.

DW, Berlin
Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat sich „entsetzt“ über die Ausstrahlung des Films „Mit dem Stempel des Zensors – Palästina mit dem Stempel des Zensors“. Galinski erklärte, er habe „selten einen Film von derartiger Einseitigkeit“ gesehen; die kommentierten Texte seien „von Haß erfüllt“ gewesen. „Wenn Filme dieser Art gezeigt werden, die geeignet sind, das Zusammenleben untereinander zu stören und neue Ressentiments hervorzurufen, dann ist man auf den Plan gerufen, dann muß man sich dagegen wehren“, sagte Galinski.

Weitere politische Beiträge auf den Seiten 7 und 8

Grüner Wahlkampf mit dem losgelassenen Löwen - das ist mehr Unterhaltung als Politik, mehr Stimmungsmache als Argumentation. Als die „Crackers“, eine Wiesbadener Band, in blutrotes Licht getaucht, aufspielen, kommt sofort Bewegung in das Publikum, das den Rhythmus mitstampft und sich zu den schrillen Klängen dreht und rollt. Die grünen

gen Themen des „Sexismus“ und der Lebensritzerrei – das junge Publikum antwortet mit bravem Klatschen. Ein bißchen Spott für die Spitzenkandidaten von CDU und SPD, die sich plötzlich als „wahre Grüne“ aufzuführen, und noch ein Hinweis auf 15 naturzerstörerische Straßen, die allerdings um Usingen gebaut werden sollen – dann ist, nach kaum fünf Minuten, die Rede schon vorbei. Der Beifall verebbt rasch, man will den Liedermacher Walter Mossmann hören.

Noch durch 20 Städte Hessens soll sich dieser Löwe turnen, mit jeweils wechselnder Besetzung. Einmal ist auch Liedermacher Wolf Biermann dabei. Die ehemalige Landtagsgruppe der Grünen plant eine „alternative Grenzlandfahrt“ und einen Besuch in der Region um das Kernkraftwerk Biblis. Hinzu kommen Aktionen im Rahmen der „Friedensbewegung“. den Abschluß bildet ein „Fest auf dem Frankfurter Römerberg“, genau eine Woche vor der Wahl.

Internationale Funkausstellung Berlin 2.-11.Sept.1983

Video-TV-HiFi

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 20 08 66, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28 / 30 41, Telex 885 714

Ursachen der Schwarzarbeit

„Zeit des Tages“: WELT vom 6. August
Sehr geehrte Damen und Herren, die von Minister Blum empfohlenen Bemühungen, wir müssen die Schwarzarbeit mit einer Welle der Verachtung überziehen, wird das Problem keinesfalls lösen.

Einst sagte Ludwig Erhard: „Der Schwarzmarktpreis ist der richtige Marktpreis.“ Dieses Gesetz herrscht heute wie vor 30 Jahren.

Wenn es nicht gelingt, die Ursachen des Schwarzmarktes zu beseitigen, werden noch so viele Gewissensappelle, noch so teure administrative Maßnahmen dieses unterirdischen, entmenschten Wirtschaftssystems unseres Landes nicht beseitigen.

Für Bauunternehmer wird das Problem beim Ein- und Zweifamilienhausbau zur Existenzfrage, weil für sie der Schwarzmarktpreis unterdessen zum Marktpreis wurde, trotzdem sie enorme Transferleistungen (tariflicher und gesetzlicher Sozialkosten) zu entrichten haben. 1945 betrugen die lohngebundenen Kosten etwa je Facharbeiterstunde 32 Prozent, 1983 sind die lohngebundenen Kosten tariflicher und gesetzlicher Forderungen auf ca. 95 Prozent gestiegen.

Es ist dann verwunderlich, daß Kunden zwar Sozialleistungen gerne von ihren Arbeitgebern fordern, die Kosten jedoch bei den von ihnen erteilten Aufträgen wenn möglich zu umgehen versuchen. Rockefeller: „Reich wird man von dem Geld, das man nicht aus gibt.“

Ich kenne Ortschaften in denen in den letzten zehn Jahren von 100 Häusern 98 als Schwarzbaumaßnahmen errichtet wurden.

Warum hat man nicht den Mut, wie in anderen Ländern, z.B. der Schweiz, marktwirtschaftliche Gesetze zur Beseitigung dieses Übels des wuchernden Schwarzmarktes anzuwenden?

Unsere Sozialgesetze sind über 100 Jahre alt. Eine Reform in der unterdessen veränderten Welt wäre dringend erforderlich. Für die damaligen Verhältnisse mögen sie vorbildlich

gewesen sein, als die Mitarbeiter noch geringe Schreib- und Lesekenntnisse hatten und auch das Bank- und Versicherungswesen noch nicht die heutigen Dienste anbieten konnte.

Warum ist es nicht möglich, gesetzliche Sozialleistungen des Arbeitgebers an die Beschäftigten als Brutto-lohn auszubehalten und es dem Versicherten zu überlassen, bei welcher Kranken- und Rentenversicherung er seine Sicherungen vornimmt? Zur Kontrolle, daß er versichert ist, genügt Bestätigung, welche der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber vorzulegen hat.

Wenn dies gelänge, wüßte der Arbeitnehmer, daß für seine Lohnkosten nicht 14,50 DM, sondern um den aufgestockten Lohn zur Abdeckung seiner Versicherungen 13,78 DM zusätzlich aufgewendet werden müssen, um alle seine Versicherungen zu bezahlen.

Kein Arbeitnehmer wird unter seinem notwendigen Lohn seine Leistungen anbieten. Der Schwarzarbeiterlohn wird von 14,50 DM auf 28,28 DM klettern, dafür wird es aber dem Kunden uninteressant, für die geringe Differenz zum Unternehmerverrechnungslohn all die ihm auferlegten hohen Risiken, Unfall, Gewährleistungswegfall, Bereitstellung von Kleingeräten, fachmännische verbindliche Beratung zu übernehmen.

Dem Staat würden enorme Geldmittel über Steuern und Sozialleistungen zufließen. Krankenkassenbeitragsätze könnten um 2 bis 3 Prozent gesenkt werden. Aus den zufließenden Mitteln könnten Rentenversicherungsdefizite gemildert werden. Auch die Gewerkschaftskassen hätten höhere Einnahmen zu erwarten, und unsere Welt wäre wieder gerechter und in Ordnung.

Ich bin mir zwar sicher, daß die Ministerialbürokratie Minister Blum diesen Vorschlag aus verständlichen Gründen ausreden wird, aber Erhard und Adenauer hatten zu ihrer Zeit auch sehr viel Mut aufzubringen, um die soziale Marktwirtschaft durchzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen
H. Irlich,
Obermeister der Bauinnung
Schweinfurt

Markt und Sport

„Kleiner Rundfunk-Problem-Melhor“: WELT vom 17. August

Sehr geehrte Herren, die Vereine der Fußballbundesliga beklagen seit geraumer Zeit den Zuschauerschwund und suchen die Ursachen überall, nur nicht dort, wo sie m.E. wirklich liegen – nämlich bei den Akteuren!

Die Spieler leben vom Geld der Zuschauer (das haben diese „Herren“ offensichtlich nicht begriffen) und sie leben – noch – nicht schlecht dabei. Allerdings will dieser Zuschauer für sein Geld nicht auch noch beleidigt werden. Man stelle sich einmal vor, Show-Stars wie Udo Jürgens, Peter Alexander, Anneliese Rothenberger u.a. würden anlässlich einer Show ihrem Publikum den Vogel, den blauen Hintern o.ä. zeigen. Wo wären sie geblieben? Wer würde, fühle er sich den verbalen Kränkungen dieser Leute ausgesetzt, diese Veranstaltungen noch besuchen?

So lange die Vereine und der DFB das Benehmen dieser „Herren“ nicht entsprechend ändern, werden die Stadien mit Sicherheit nicht voller.

Und noch etwas verschreckt die Zuschauer: Sinn des Fußballspiels ist doch wohl, dieses Spiel zu gewinnen. Dafür werden die Spieler bezahlt, oder? Was soll dann eigentlich der Quatsch, dann noch Siegräumen zu zahlen? Oder müssen die Spieler bei einer Niederlage einen Teil ihres Gehaltes an die Vereine zurückzahlen? Das wäre doch wohl die logische Konsequenz!

Mit freundlichen Grüßen
Herbert Götzens,
Dülmen

Grenzen von 1937

„Kein Stand auf Rädern“: WELT vom 28. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren, leider las ich den Kommentar von Professor Dr. Dieter Blumenwitz wegen einer Ferienreise erst jetzt.

Der Beitrag von Professor Dr. Blumenwitz bedarf in einem wichtigen Punkt der Korrektur: Es ist objektiv unrichtig, daß das Bundesverfassungsgericht in seinem Grundlagenurteil vom 31. Juli 1973 den Fortbestand Deutschlands „in seinen Grenzen vom 31. Juli 1937“ betont habe.

Aus gutem Grund hat das Gericht weder etwas über die Grenzen des nach Auffassung aller relevanten demokratischen Kräfte in diesem Land fortbestehenden und 1987 (als „Norddeutscher Bund“) gegründeten deutschen Staates ausgesagt, noch das Datum des 31. Juli 1937 in seinem Urteil überhaupt erwähnt. In weiser Zurückhaltung ist es hier dem Grundgesetz gefolgt, das ebenfalls keine Grenzfestlegung enthält. Es hat sich somit keiner der gegenwärtig vertretenen juristischen oder politischen Theorien angeschlossen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Claus Arndt, Hamburg 80,
Berichterstatler des Bundestags-Rechtsausschusses für fast sämtliche Ostverträge von 1970/1975

„Hupka: Nicht Grenzen von 1937 in Frage stellen“: WELT vom 18. August

Der Abgeordnete Dr. Hupka hat (endlich) einmal ausgesprochen, was zu sagen längst fällig war. Ein Dankeschön an die WELT, daß sie darüber berichtet hat.

Die Selbstentfremdung bundesdeutscher Politik in Fragen der deutschen Grenzen ist beispiellos, in der ganzen Welt. Dieselben Leute, die – natürlich nur verbal – für das Heimatrecht aller Völker dieser Erde und besonders der Palästinenser tagtäglich auf die Barrikaden steigen, scheuen sich einen Teufel um Pommern und Schlesien.

Dr. Ernst-Heinrich Stahl,
Dudenhofen

Verleugnung

„Der Deutsche Rundfunk“: WELT vom 12. August

Sehr geehrte Damen und Herren, der Glosse von Herrn Ephraim Lavay möchte ich meinen lebhaften Beifall bezugeben. Die Nahost-Erklärung des Weltkirchenrates von Vancouver ist einseitig und alles andere als christlich. Uns Christen sollte sie aber zum Nachdenken bewegen, wie wir den Weltkirchenrat zu einer gemäßigteren Haltung veranlassen können. Eine deutliche Absage an den weltweit wiedererwachenden Antisemitismus wäre dem christlichen Auftrag dienlicher gewesen. Eine Verleugnung unserer geistigen Verwandtschaft mit dem Judentum kommt einer Verleugnung Jesu Christi gleich.

Mit freundlichen Grüßen
Johann H. Lerche,
Bad Oeynhausen 11

Fernseh-Müll

„Klagliche Verunsicherung“: WELT vom 6. August

Sehr geehrte Redaktion,

endlich sagt Herr Polcuch den Medien-Verantwortlichen unsere allgemeine Meinung. In diesem Falle werden die ständigen Wiederholungen und im besonderen der jeweils Sonntags abends zur besten Sendezeit um 20.15 Uhr im ZDF gesendete „Wunsch“-Film aus Filmen angesprochen, die alle der Vergangenheit angehören und zwischenzeitlich sowieso oft schon mehrmals gebracht worden sind. Wenn es nichts Neues mehr an Filmen bzw. an guten alten, noch nicht gesendeten gibt, kann der Angestellte-Stab in der obersten Spitze dieser Medien-Monopole doch eigentlich wesentlich verringert werden. Oder wollen die Medien-Gewaltigen bewußt, daß wir viele fernsehtreue Abende einlegen?

Besonders aber muß noch etwas zu dem ständigen Konkurrenzkampf der Sender des ersten und zweiten Programms gesagt werden, wo es weder die Intendanten noch die Programmredaktionen usw. nötig haben, auf die zu oft schon ausgesprochene Bitte der Zuschauer und -hörner einzugehen, endlich mal rechtzeitig ihre Programme untereinander abzustimmen. Im Gegenteil, es scheint den zuständigen Herren bei beiden Sendern beinahe eine besondere Freude zu bereiten, wenn von Zeit zu Zeit wirklich mal wieder in einem Programm ein ansprechender Film erscheint, am gleichen Abend zur selben Zeit auch im anderen Programm ein neuer, guter und unterhaltsamer Film gezeigt wird, während wir Bürger an vielen anderen Abenden den Fernsehapparat aus Mangel an Güteprogrammen überhaupt nicht anzustellen brauchen.

Ich erinnere mich hierbei noch sehr gut daran, daß Herr Polcuch „schon im August 1977“ in einem Artikel zu Recht davon sprach, daß den Wochenend-Deutschen „Sperrmüll aus dem TV-Keller“ angeboten wird, was m.E. inzwischen aber auch an anderen Tagen der Fall ist. Wann werden endlich die richtigen Leute auf den richtigen Platz gesetzt und die gewünschten Änderungen herbeigeführt.

Mit freundlichen Grüßen
H. Spindler,
Lübbeck

Provokation

„Der Bundesratsentscheid stürzte Ansbach-Struktur durch“: WELT vom 8. August

Es ist nahezu unglaublich, daß das bisher auch von mir geschätzte Kieler Institut für Weltwirtschaft zur Konsolidierung der Staatsfinanzen u.a. eine ersatzlose Streichung der regionalen Wirtschaftsförderung empfiehlt. Die Arroganz dieses Vorschlages an sich und offenkundige Ignoranz fundamentaler volkswirtschaftlicher Zusammenhänge bieten durchaus Anhaltspunkte dafür, die wissenschaftliche Seriosität des Instituts in Frage zu stellen. Der genannte Vorschlag kommt außerdem einer Provokation aller für die Wirtschaftsförderung Verantwortlichen – hierzu zählen u.a. Banken, Wirtschaftsberater, staatliche und kommunale Wirtschaftsförderer – gleich.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Sicherlich gibt es aufgrund methodischer und politischer Mängel auch Effizienzverluste beim Vollzug der regionalen Wirtschaftsförderung. Es gibt aber keine sachlichen Gründe, das Instrumentarium als solches in Frage zu stellen.

Dr. Heinz Puls,
Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Regionalplanung
beim Landkreis Uelzen

Wort des Tages

„Der Humor hat einen Blick für das Menschliche in seiner Kleinheit wie in seiner Größe. Er findet auch da Anlaß zu Scherz und Lächeln, wo alltägliche Augen nur ein langweiliges Grau in Grau oder steife Feierlichkeit sehen. Auch für das Komische und Verdrehte hat der Humor ein herzliches Verständnis. Gelächter und Scherz können uns peinlich die Wahrheit sagen...“

Nathan Söderblom, schwed. Theologe (1866-1931)

Personalien

GEBURTSTAGE

Prof. Dr. Eberhard Laux, Vizepräsident der Wibera-Wirtschaftsberatung AG in Düsseldorf, wird am 24. August 60 Jahre alt. Der frühere Landrat des holsteinischen Kreises Plön leitete seit 1968 bei der Wibera den Bereich „Verwaltungsberatung“. Seit 1970 lehrt er als Honorarprofessor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Er ist Vizepräsident der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft.

Prof. Dr. Hans Grebe, Präsident der Ärztekommision des Amateur-Box-Verbandes AIBA, wird am Donnerstag 70 Jahre alt. Der Sportarzt aus dem hessischen Frankenberg/Elde fand als Präsident des Deutschen Sportärztebunds zum Boxsport und war von 1980 bis 1972 Präsident der Ärztekommision des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV). Grebe war „Chefarzt“ bei den Olympischen Spielen 1972, 1976 und 1980 sowie bei mehreren Europa- und Weltmeisterschaften.

Rechtsanwalt Dr. Otto Wuttke, Bonn/Bad Honnef, vollendete am 21. August sein 80. Lebensjahr. Dr. Wuttke war dreißig Jahre lang Vorsitzender des Verbandes Deutscher Mineralbrunnen und ist Mitbegründer der Europäischen Vereinigung der Mineralbrunnenindustrie.

EHRUNG

Für sein erfolgreiches Wirken bei der Bekämpfung von Hautkrankheiten hat Bundespräsident Karl Carstens dem Unternehmer und Wissenschaftler Kurt Herrmann das Große Bundesverdienstkreuz verliehen. Ministerpräsident Uwe Barschel überreichte die hohe Auszeichnung gestern im Rathaus der Sachsenwaldstadt Reinbek. Hier hat der aus Ostpreußen stammende Herrmann die Firma „Hermal-Chemie“ angesiedelt, die dermatologische Präparate herstellt und in mehr als 30 Ländern vertreibt.

Barschel erinnerte an das vielseitige ehrenamtliche Engagement des Unternehmers, dem bereits von den Universitäten Hamburg und Frankfurt die Ehrendoktorwürde verliehen worden ist. Herrmann ist Vizepräsident der Handelskammer Lübeck, Vorsitzender des Verbands der südholsteinischen Wirtschaft und Gründer der „Alfred Manchioni-Stiftung“ zur Fortbildung von Dermatologen.

Lohnt sich hier ein Auslieferungslager?



Nicht immer sind die naheliegenden Möglichkeiten für Ihr Unternehmen die günstigsten. Rentabilitätsberechnungen und Standortanalysen sind allemal eine gute Grundlage für eine Entscheidung. Ähnlich ist es bei der Finanzierung.

Kreditmodell ist nicht gleich Kreditmodell. Wir können Ihnen eine ganze Palette verschiedener Kredite anbieten. Gleichbleibende Raten über die gesamte Laufzeit, einmalige Tilgung durch den Abschluß einer Kapital-Lebensversicherung,

zwei tilgungsfreie Anlaufjahre – das sind nur einige Stichworte. Es gibt auch zahlreiche Förderungsprogramme der öffentlichen Hand.

Sie finden uns in allen größeren Städten. Ob in

Flensburg oder Passau, immer reden Sie mit einer Bank, die auch bei größeren Projekten rasch entscheiden kann. Seit Jahren arbeiten wir mit dem Mittelstand zusammen und haben daher gute Branchenkenntnisse.

Fordern Sie uns.

BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.

NACHRICHTEN

Heute: Fußball-Bundesliga

Bonn (DW). - Heute werden vier Spiele des dritten Spieltages der Fußball-Bundesliga ausgetragen. Jeweils um 20 Uhr werden die Spiele Nürnberg - Bielefeld, München - Düsseldorf, Bochum - Braunschweig und Stuttgart - Mannheim angetroffen.

Carey schwamm Weltrekord

Caracas (dpa) - Rick Carey (USA) stellte am vorletzten Tag der Schwimm-Weltmeisterschaften in Caracas den zweiten Weltrekord auf. Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr verbesserte der Amerikaner die Bestzeit über 100 m Rücken auf nunmehr 55,19 Sekunden. Sein alter Weltrekord lag bei 55,38 Sekunden.

Sieg für Junioren

Palma de Mallorca (dpa) - Die deutsche Auswahl kam bei der Basketball-Weltmeisterschaft der Junioren in Palma de Mallorca in der Finalrunde zu einem 69:65-Sieg über Jugoslawien.

Tor von Beckenbauer

New York (sid) - Franz Beckenbauer steuerte zum 5:3-Sieg seiner Mannschaft Cosmos New York über die Chicago Stings einen Treffer bei. Mit diesem Erfolg sicherte sich Cosmos vorzeitig den Gruppensieg in der Eastern Division der nordamerikanischen Fußball-Profiliga und steht als erster Teilnehmer der Play-Off-Runde fest.

Wunderlich bester Werfer

Doboj (sid) - Der frühere Gummersbacher Erhard Wunderlich war im letzten Spiel beim internationalen Handball-Turnier in Doboj bester Werfer seines neuen Klubs FC Barcelona. Wunderlich erzielte bei der 30:35-Niederlage im Spiel um Platz sechs gegen Roter Stern Belgrad sechs Tore. Turniersieger wurde Metaloplastica Sabac (Jugoslawien).

Zahlen

TENNIS
Bundesliga, Herren, 4. Spieltag, Gruppe 1: Stuttgart - Hamburg 5:4, Karlsruhe - Ruppurt - Neuss 5:4, Leverkusen - Essen 1:8 - Tabellenplätze: 1. Neuss 3:1 Pkte., 2. Essen 3:1 - Gruppe 2: Weiden - Berlin 2:7, Amberg - Großh. München 7:2, Mannheim - Iphig. München 3:5 - Tabellenplätze: 1. Berlin 4:0, 2. Amberg 4:0.
WCZ-Turnier in Oslo, Finale: Wlad. (Schweden) - McEnroe (USA) 6:4, 6:3 - Demonstrations in Toronto, Finale: Navratilova - Evert-Lloyd (beide USA) 6:4, 4:6, 6:1.

SCHWIMMEN
Europameisterschaft in Rom, Damen, Turnierspiele: 1. Lobankina (UdSSR) 45:52 Pkte., 10. Helrich 34:54, 12. Spudis (beide Deutschland) 31:30.

SEGELN
Weltmeisterschaft der Starboote vor Los Angeles, 6. Wettspiel: 1. Gausch/Ferstl (Österreich), 2. Buchan/Buchan (USA), 3. Cassinari/Dalvit (Italien), ... 34. Gorostegui/Doreste (Spanien), 11. Hagen/Hösch, ... 27. Schwarz/Moehl, ... 30. Wrede/Borowy, ... 34. Roelkenberg/Seeburger (alle Deutschland). - Endstand: 1. Gorostegui/Doreste, 2. Griesse/Marcour (Deutschland), 48. Buchan/Buchan 51:7, ... 5. von Below/Wehofisch 52:1, ... 7. Hagen/Hösch (alle Deutschland).

REITEN
CHIO in Rotterdam, Großer Preis von Rotterdam, im Stechen: 1. Gebathuler (Schweiz) Beethoven 0 Fehler/38,80 Sek., 2. Frühmann (Österreich) Bandit 4/37,65, 3. Schockemöhle (Deutschland) Deister 4/38,46.

MOTORSPORT
Europameisterschaft Formel 2, erster Lauf in Zolder: 1. Palmer (England) Ralt-Honda 1:06:12,03 Std. (177,88 km/Std.), 2. Thackwell (Neuseeland) Ralt-Honda 1:06:22,86, 3. Streiff (Frankreich) AGS-BMW 1:06:35,98, 4. Danner March-BMW 1:06:37,41, 7. Bellot (beide Deutschland) Mauer-BMW 1:07:38,36. - EM-Stand: 1. Palmer 66 Pkte. (Europameister), 2. Thackwell 45, 3. Gabiani (Italien) March-BMW 39, 4. Danner und Streiff je 21.

GEWINNZAHLEN
- 6 aus 45: 13, 19, 30, 31, 34, 39, Zusatzzahl: 23. - Rennquittung: Rennen A: 15, 8, 14, Rennen B: 33, 34, 28 (ohne Gewähr).

FUSSBALL / Nach langen Streitereien hat der Trainer des 1. FC Köln um seine Entlassung gebeten - Manager Hannes Löh ist der Nachfolger

Michels wollte es nicht glauben, aber „Kölscher Klüngel“ schaffte auch ihn

MARCUS BERG, Köln
Gestern mittag packte der Fußball-Lehrer Rinus Michels in der Trainer-Kabine des „Geißbockheims“ seine sieben Sachen. Dann verabschiedete er sich im schmucken Klubhaus des 1. FC Köln, dessen Idylle im Grüngürtel, den noch Konrad Adenauer als Kölner Oberbürgermeister hatte anlegen lassen, schon seit Monaten trotz, von der Mannschaft, die es zuletzt nicht mehr mit ihm konnte und wollte. Die Krise um den Klub, der sich immer noch als eine der besten Adressen im deutschen Fußball sieht, hatte ihr erstes Opfer gefordert.

Der Entschluß zur Trennung war freilich schon während der Kurzreise der FC-Profis zu einem Turnier im spanischen Gijon am Wochenende gefallen. Am Sonntagabend informierte dann Präsident Peter Weand (63), Chef des Westlotos, mit einem Fernschreiben aus seinem Haus über die Entwicklung und alarmierte damit zu später Stunde die Sportredaktionen der Lokalblätter, die Montag-Ausgabe umzukrempeln.

Herr Michels hat den Vorstand des 1. FC Köln gebeten, das Vertragsverhältnis zu lösen, da er unter den gegebenen Umständen nicht mehr in der Lage ist, so zu arbeiten, wie es für erforderlich hält, um in dieser Situation erfolgreich zu sein. Der

Vorstand hat seinem Wunsch entsprochen.

Der Schritt des 55-jährigen Holländers, der sich bei Dienstantritt vor genau 35 Monaten noch furchtlos vor den bekannt verwickelten Kölner Verhältnissen gegeben hatte („Klüngel gibt es überall auf der Welt“), war erwartet worden und kam gleichwohl überraschend schnell schon nach dem zweiten Spieltag. Der Spiegel den Druck wider, unter dem sich das Präsidium fühlte, nachdem man noch vor Tagen selbst nach der Niederlage in Düsseldorf erklärt hatte, Michels werde seinen Vertrag bis zum 30. Juni 1984 erfüllen (Manager Johannes Löh).

Doch ausgerechnet in Gijon, genau dort, wo sich die deutsche Nationalelf vor Jahr und Tag zu Beginn der WM so schlimme Dinge geleistet hatte, kam es zum Ende. Erstmals nach langen Wochen des Haderns, ja der Grabenkämpfe habe im Mannschaftskreis und im Umfeld eine lokale Stimmung geherrscht, berichtete Michels: „Die Verhältnisse waren bei weitem nicht mehr so verkrampft, da kann man leichter einen solchen Gedanken fassen, wobei der Entschluß natürlich nicht von heute auf morgen gefallen ist.“

Beim Bier in der Bar des Hotels „Principe de Asturias“ wurden sich



Neben dem Managerposten auch noch Trainer: Hannes Löh (links) an der Seite seines Vorgängers Rinus Michels.

Weand und Michels dann einig. Ein erneuter Vorstoß mehrerer Spieler auf den Rückflug von Madrid nach Düsseldorf mit dem Hinweis an ihren Chef, daß die prekäre Situation der Mannschaft sowie die Probleme des Trainers mit der Öffentlichkeit zum Handeln zwingen, erwies sich als überflüssig, weil die Sache gelaufen war.

Noch am Sonntagabend unterrichtete Spielführer Pierre Littbarski seine Kollegen mit einem telefonischen Rundruf vom Vollzug.

Michels, der in Köln monatlich über 30 000 Mark verdiente und nun wohl mit einer Abfindung von gut und gerne 300 000 Mark rechnen darf, möchte fürs erste die Gedanken in seinem Haus in Barcelona ordnen.

um dann in seiner niederländischen Heimat wieder an die Arbeit zu gehen. Bevor er im März dieses Jahres seinen Vertrag beim 1. FC Köln auf Drängen des Vorstandes verlängert hatte, lagen ihm mehrere Angebote holländischer Spitzenklubs vor.

„Sicher habe ich Fehler gemacht“, sagte er in einer Stellungnahme, „aber ich wehre mich, der einzige Sündenbock für die Fehler zu sein.“

Wie wahr. Michels-Vorgänger Karl-Heinz Heddergott, der die Spieler zur Klampfe singen ließ, war angeblich zu weich. Sein Nachfolger galt schnell als zu hart. „Unmenschliches Training“ hielten ihn Littbarski und Klaus Fischer vor, als sie fern der Heimat mit der Nationalmannschaft in Oslo waren. Sie mußten dafür 2000 Mark Strafe zahlen. „Der Trainer, der zu uns paßt, muß wohl erst noch gebacken werden“, erkannte Torwart Harald Schumacher die besonderen Umstände gerade im Schatten des Doms.

Schumacher, der sich vor zwei Jahren ausdrücklich auf die Qualitäten des Trainers Michels berief, als er sich für fünf Jahre an den Klub band, war es, der die Trennung einleitete. Die Pläne des enttäuschten Publikums nach dem blamablen Kölscher Pokalfinale noch im Ohr,

diktierte er vom Krankenbett aus Reportern des heimischen Boulevard-Blatts „Express“ in den Stenoblock: „Michels lebt wie in einer Wasserburg. Ich war der einzige Steg zu ihm. Aber auch der ist eingebrochen. Es muß ein anderer Trainer her. Michels sagt selbst, daß er kein Trainer ist, der junge Leute einbauen kann.“

Der 28-jährige Nationaltorhüter forderte zudem, es müßten „noch andere Köpfe rollen“. Die Attacken blieben für ihn weitgehend ohne Folgen. Michels setzte auf schnelle Erfolge in der Meisterschaft und zeigte sich ratlos, als die ausblieben, und sein verprengtes Häuflein ein Bild des Elends bot. Die Mannschaft war in sich zerstritten. Michels-Kollegen äußerten übereinstimmend die Ansicht, der Holländer habe den entscheidenden Fehler gemacht, als er zuließ, daß Schumacher nach seiner Genesung sofort wieder ins Tor durfte, ohne daß der Kicker sich entschuldigen mußte.

Gestern tagte der Vorstand des Bundesligaklubs in Dauer Sitzung hinter den verschlossenen Türen des Lott-Hauses. Ein Lotteriespiel soll's nicht geben, um aus Krise und Klüngel herauszukommen. Fürs erste soll Manager Löh (41), der vor Jahren als Assistent von Hannes Weisweiler auf der Bank saß, die Mannschaft betreuen.

GOLF

Langer wieder in Form

G. A. B. York/Bad Ems
Dem deutschen Golf-Profi Bernhard Langer gelang wieder einmal ein bedeutender internationaler Erfolg. Bei der mit rund 440 000 Mark dotierten „Benson & Hedges Open“ im Fulford Golfclub in York war der 25 Jahre alte Anhauser nur um einen Schlag schlechter als der Gewinner John Bland (Südafrika).

Langer benötigte bei Par 72 274 Schläge (68+69+71+67). Für den zweiten Platz kassierte Langer umgerechnet rund 48 000 Mark und hat damit in diesem Jahr schon über eine halbe Million Mark an Preisgeldern gewonnen. In der Verdienstrangliste der europäischen Profi-Golfer belegt Bernhard Langer jetzt den dritten Rang.

Die Entscheidung im englischen York fiel erst in der letzten Runde. Mit 67 Schlägen spielte Langer das beste Ergebnis, doch Bland war nur um einen Schlag schlechter. Dritter wurden der German-Open-Sieger Corey Pavin (USA) und Jeff Wall (Wales) mit je 276 Schlägen.

Als neuer Deutscher Mannschaftsmeister gewannen die Düsseldorfer Golfamateure des Hubbelrather GC erstmals den seit 30 Jahren ausgeschlagenen „Clubpokal“ von Deutschland. Sie feierten in Bad Ems einen überlegenen Endspielsieg von 9,3 Punkten (Vier 1,5:2,5/ Einzel 7:5,0,5) gegen den GLC Kronberg, der damit schon im dritten Finale hintereinander sieglos blieb.

Dritter wurde der Stuttgarter GC Solitude mit 6,5:5,5 (2:2/4,5:3,5) gegen den GLC Berlin-Wannsee.

Titelverteidiger Hamburg-Falkenstein, mit 13 Erfolgen Rekordmeister, davon die letzten sechs Jahre hintereinander, traf durch das unglückliche Los diesmal gleich im ersten Spiel auf die Hubbelrather und unterlag ersatzgeschwächt knapp mit 5,5:6,5 (3:1/2,5:5,5). In den letzten vier Jahren hatten die Falkensteiner stets erst im zweiten Spiel in der Vorschulrunde knapp gegen die Hubbelrather gewonnen.

Absteiger aus der Klasse I sind die Braunschweiger und Hannover.

SEGELN

Die Taktik geändert: Nur Zweiter

sid/dpa, Los Angeles
Zwei Wochen nach ihrem Sieg bei den vorolympischen Segel-Wettbewerben mußten sich Joachim Griesse (Hamburg) und Vorschootmann Michael Marcour (Möhnesee) bei der Weltmeisterschaft der Starboote mit dem zweiten Platz begnügen. Mit einem zehnten Platz in der sechsten und letzten Wettfahrt verteidigten die beiden Spanier Antonio Gorostegui und Jose Luis Doreste ihren Titel.

Nach drei Tagesjahren hintereinander war Griesse/Marcour die Silbermedaille schon vor dem Start zur Schlusswettfahrt sicher. Um den beiden Spaniern noch den Titel zu nehmen, stellte die deutsche Crew, die zuvor immer vorweggesegelt war, ihre Taktik um. „Wir wollten uns direkt hinter Gorostegui legen, um ihn unter Kontrolle zu halten und eventuell zum Fehlstart treiben“, erklärte Griesse seinen Plan. Statt dessen schoben sich aber zwei andere Boote dazwischen, und die Deutschen gerieten in den Windschatten. Bei der Wende an der zweiten Tonne waren Griesse und Marcour schon so weit zurückgefallen, daß sie sich zur Aufgabe entschlossen. Statt über die Ziellinie segelten sie in den Hafen des California Yacht Club. Die letzte Wettfahrt gewannen die Österreicher Rendsch und Ferstl.

Während sich Bundes-Honorartrainer Franz Untersberger über den verpaten Titel ärgerte („Immer diese Spanier! Ausgerechnet bei der WM schnappen sie uns das Gold vor der Nase weg“, sind die Spanier für Joachim Griesse zu Recht Weltmeister. „Keine Frage, sie haben Platz eins verdient.“ Deshalb stellt der Hamburger sein Licht aber nicht unter den Scheffel: „Wenn wir bedenken, daß wir erst seit Saisonbeginn zusammen segeln, dann sieht die Bilanz 1983 doch nicht schlecht aus.“

Mit Uwe von Below/Franz Wehofisch (Hamburg/Möhnesee) als Finft- und den Europameistern Alexander Hagen/Vicent Hösch (München/Rimsting) als Siebten platzierten sich insgesamt drei deutsche Boote unter den ersten zehn.

SCHWIMMEN

Michael Groß: „Niederlage formt mich“

dpa, Rom
Vor dem 200-m-Freistil-Finale bei den Schwimm-Europameisterschaften in Rom führte die Deutsche Presse-Agentur (dpa) ein Interview mit Weltmeister Michael Groß.

Frage: Was bedeutet Ihnen das Schwimmen als Leistungssport? Groß: Das ist für mich ein Hobby wie für andere „Briefmarkensammeln“. Das Schwimmen ist für mich praktisch die Schule des Lebens. Deshalb wäre es für meine Persönlichkeit vielleicht auch ganz gut, wenn ich einmal so richtig eins auf die Hose bekommen würde.

Frage: Und die Erfolge? Groß: Erfolge sind nicht zwangsläufig oder bloß ein Abfallprodukt, sondern eine schöne Nebensache.

Frage: Ohne Erfolge aber könnten Sie diese Ergebnisse gar nicht erst sammeln.

Groß: Der Erfolg ist praktisch die Ausnahme von der Niederlage. Wenn ich einmal nicht Erster bin, ist das für die Öffentlichkeit schon eine Niederlage. Ich sehe das nicht so.

Frage: Halten Sie diese Öffentlichkeit deshalb für ungerecht und unfair?

Groß: Sie setzt immer voraus, daß man übermenschliche Qualitäten entwickelt und keine Fehler macht. Aber ich bin auch nur ein Mensch.

Frage: Ist der Spaß am Schwimmen mit den Erfolgen und den großen Erwartungen weniger geworden?

Groß: Eigentlich überhaupt nicht. Wenn ich mich als Herzeleidfigur verewaltigen hätte lassen, dann wäre der Spaß verlorengegangen. Hinterher besteht die Gefahr des Nicht-sagen-Könnens. Ich sage nie ja, deshalb kann ich auch immer nein sagen.

Frage: Könnten Sie sich vorstellen, für Geld zu schwimmen?

Groß: Erstens gibt es im Schwimmsport keine Profis. Und - nee, das ist nicht drin.

Frage: Und wie betrachten Sie das Thema Werbung?

Groß: Ich würde nicht für Dinge werben, mit denen ich mich nicht identifizieren könnte.

Tamara träumt von einem Sprung über 2,10 m - Wissenschaftler aber haben 2,18 m errechnet

Es waren ja nicht nur die beiden Sprünge über 2,03 Meter, mit denen Ulrike Meyfarth und Tamara Bykowa in den Weltrekordhimmel schwebten. Es waren vor allem die (vorerst noch) mißglückten Versuche über 2,05 Meter, die kühne Prognosen veranlaßten. Beide Springerinnen schwebten hoch über der Latte, um dann mit der Unterseite des Oberschenkels oder mit den Hacken zu reißen. Was hätten Lichtschranken-Messungen ergeben? Flüge über 2,08 Meter?

2,05 Meter sei für sie ein sehr konkretes Ziel, hatte die sowjetische Weltmeisterin Tamara Bykowa schon im Frühjahr in Budapest gesagt, als sie zum ersten Mal in der Halle 2,03 Meter überunden hatte. Und: „Ich träume von einem Sprung über 2,10 Meter.“ Sind das wirklich nur Träume oder doch schon realistische Zielvorstellungen? Wohin entwickelt sich der

ausgeklügelte Rekordmögklichkeit erreicht.

Vor 22 Jahren übersprang die Rumänin Jolanda Balas im Schersprung bereits die damalige Weltrekordhöhe von 1,91 Meter. Die Sprungkraft der langbeinigen Bukaresterin war gewaltig, die Technik hausbauern. Heute sagt die Balas: „Es wird zwar immer spekulativ bleiben, aber irgendwie glaube ich, daß mir mit der Flop-Technik die damals noch in weiter Ferne thronende Traumhöhe von 2 Metern gelingen wäre.“ Doch das Rückwärts-über-die-Latte-Segeln, in den späten sechziger Jahren erfinden von dem amerikanischen Olympiasieger Dick Fosbury, kannte man damals noch nicht.

Geschwindigkeit von 11,6 Sekunden die Höhe von 2,10 Meter. Es gibt Weltklasse-Hochspringerinnen, die ebenfalls diese Anfangsgeschwindigkeit entwickeln, doch zahn bis 15 Zentimeter niedriger als 2,10 Meter sind.

Noch eine These: Dietmar Möggenburg hat seine Körpergröße um 33 Zentimeter übersprungen, der Amerikaner Jacobs - nur 1,70 Meter groß - sogar um 51 Zentimeter. Ulrike Meyfarth ist 1,88 Meter groß, sie läuft über 100 Meter 12,4 Sekunden. Biomechaniker trauen ihr bei diesen Werten einen Sprung bis zu 30 Zentimeter über ihrer Körpergröße zu. Damit wäre der Grenzbereich von 2,18 Meter erreicht.



Im Wettkampf Kopfkollisionen, aber privat verstehen sie sich ganz gut: Tamara Bykowa (links) und Ulrike Meyfarth.

STANDPUNKT

Frauen-Hochsprung? Müßen wir uns künftig an Höhen von 2,08 Meter oder 2,10 Meter gewöhnen?

Als die Italienerin Sara Simeoni 1978 mit 2,01 Meter einen neuen Weltrekord aufstellte, schufen Sportwissenschaftler in Leipzig und Moskau dies als einen überaus mittelmäßige Leistung. Ein Mehr noch: Der in der Öffentlichkeit überschweiglich gefeierte Höhenflug der Simeoni galt den Wissenschaftlern sogar als schlechterer Frauen-Weltrekord. Zugrunde lag für diese Berechnung der damalige Männer-Weltrekord des Sowjetrusen Jaschtschenko von 2,34 Meter. Daran gemessen hätten die Frauen noch einen großen Nachholbedarf, denn der Grenzbereich im Frauen-Hochsprung liege immerhin bei beachtlichen 2,18 Meter.

2,03 Meter heißt nun die neue Marke bei den Frauen, und 2,37 Meter stehen bei den Männern als Weltrekord zu Buche. Viel hat sich also seit 1978 nicht geändert: Die Männer befinden sich bereits im Grenzbereich, die Frauen haben etwa 86 Prozent der wissenschaftlich

Zwei Meter hätte sich Jolanda Balas schon vor 22 Jahren zugebraut, inzwischen gibt es einschließliche der Hallenleistungen 13 Sprünge über 2 Meter und mehr. Erziel wurden sie von nur sechs Athletinnen: Rosi Ackermann („DDR“), Sara Simeoni, Coleen Sommer, Louise Ritter (beide USA), Ulrike Meyfarth und Tamara Bykowa. Von Leistungsexplosion also keine Spur.

2,18 Meter sei in etwa der Grenzbereich bei den Frauen, das haben die Wissenschaftler hochgerechnet. Für diese These steht folgendes: Ein 16-jähriger jugendlicher Hochspringer schafft bei einer 100-m-

Der Frauen-Hochsprung, international derzeit von vier Damen beherrscht, ist trotz der Rekordsprünge der letzten Jahre stets überschätzt worden. Es liegt wohl vor allem an der Naivität der Trainer, den Frauen nicht allzuviel zuzutrauen. Sonst würde es schneller aufwärts gehen. Die sowjetische Weltmeisterin Tamara Bykowa zum Beispiel verfügt über eine hervorragende Körperbeherrschung. Schon deshalb sollte sie, ebenso wie Ulrike Meyfarth, nicht nur von den ganz großen Sprüngen träumen - sie sollte sie wagen.

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.“

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe - ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft.

Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung bewiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.

Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“.

Heft 16 der „Orientierungen“ enthält eine Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft 1982, setzt sich auseinander mit gesellschaftspolitischen Leitbildern der Gegenwart und der Notwendigkeit neuer Maßstäbe. Sonderbeiträge befassen

sich mit Karl Marx und dem Marxismus sowie den Verhältnissen im Steuerstaat, im Verkehrswesen und in der Gesundheitspolitik.

Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? - Bitte, schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.

Gangster-Epen mit spritzigen Dialogen: Die „Dünner Mann“-Filme Eine Ehe, die beiden Spaß macht

Vom Inhalt her sind sie den Gangster-Epen zuzurechnen, den Dialogen jedoch nicht. Die „Dünner Mann“-Filme sind die Filme um den „Dünner Mann“ hergestellt. Die Melange war so erfolgreich, daß der dünne Mann sechs Mal für einen Titel erhalten mußte, obwohl sein Erfinder, der ehemalige Pinkerton-Detective, nachmalige Kriminalschriftsteller und jüngst, von Wim Wenders, zum Protagonisten eines Films ernannte Dashiell Hammett nur ein einziges Buch dieses Titels veröffentlichte: „The Thin Man“ erschien 1934 und wurde noch im selben Jahr von MGM verfilmt.

Ein kongeniales Paar konnte man für die Filme (von denen, wie nicht anders zu erwarten, die letzten immer fader wurden) gewinnen: William Powell spielte den ehemaligen Detektiv Nick Charles, der sich seit der Heirat mit seiner vermögenden Frau Nora vornehmlich um die Verwaltung ihres Vermögens kümmert. Diese wurde, hübsch, spritzig und mit einer gehörigen Portion Ironie, von der fabelhaften Myrna Loy gespielt. Nicht zu vergessen Mr. (und später Mrs.) Asta, ein Foxterrier, der beim Versteckspielen nur ein bißchen schummelt, dafür mitunter entscheidend in die Handlung eingreift.

Während Nick und Nora vor der

Kamera das ideale Paar spielten, waren sich Powell und Loy nach Dreh- schluß ganz und gar nicht grün. Davon merkt man in den Filmen jedoch nichts; zwischen dem Knallen von Champagnerkorken und Revolverknallen knistert eine Menge Erotik, wenn auch mit der entsprechenden Distanz, für die die Lichtspiele der dreißiger Jahre nun einmal berühmt sind.

Eine recht schillernde Gestalt ist dieser Nick Charles, ein Lebenskünstler und Playboy (jedoch stets die Grenzen der Ehe respektierend).

Die „Dünner Mann“-Filme – ZDF, 19.30 Uhr

der wegen seines ehemaligen Berufes immer noch intensive und freundschaftliche Kontakte zur Halb- und Unterwelt pflegt. Auch Nora, aus äußerem Hause stammend, fühlt sich sichtlich wohl in der Gesellschaft schwerer Jungen und leichter Mädchen. Perfide mischen die Drehbuchautoren die unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten durcheinander – wollen sie etwa boshafterweise andeuten, daß im Grunde alle aus dem gleichen Holz geschnitten sind? Vermutlich ist einiges von Hammetts Charakter und Persönlichkeit in die Figur des Nick Charles eingeflossen, so wie Nora ihr Vorbild hat in der Bühnenschriftstellerin Lilian

Hellman, die mit Hammett zusammenlebte. In ihrer Biographie bemerkt sie dazu: „Es war schön, Nora zu sein, die mit Nick Charles verheiratet war – vielleicht eine der wenigen Eben in der modernen Literatur, in der sich der Mann und die Frau lieben und ihr gemeinsames Leben genießen.“

Anders als in den Komödien, die gewöhnlich endeten, wenn die Liebenden sich in die Arme fielen, anders auch als in den Melodramen, die die Ehe als saure Verpflichtung zur Opferbereitschaft (meistens der Frau) darstellen, zeigen die „Dünner Mann“-Filme eine Gemeinschaft, die den Partnern Spaß macht. Hauptsache, es ist immer genügend Eis im Kühlschrank für die allzeit fälligen Cocktails.

Eine Konzeption an die traditionelle Familie konnten sich die Autoren aber doch nicht verkneifen: Am Ende des zweiten Films („After the Thin Man“), den das ZDF am kommenden Freitag zeigt, strickt Nora Babykleidung. Und schon in der vierten Folge („Shadow of the Thin Man“) tritt Nick Jr., mittlerweile sechs Jahre alt, eifrig in Daddys Fußstapfen. Dafür hatte man Mr. und Mrs. Asta auf Anteilnahme geschickt. Denn welcher Schauspieler tritt freiwillig gegen Hunde und Kinder an?

RAINER NOLDEN

KRITIK

Aber Anouilh ist mehr

Auch um 1910 ist es etwas schwer vorstellbar, daß sich eine Achtzehnjährige sage und schreibe 17 Jahre lang allein mit den Briefen begnügt, die ihr der geliebte Mann schreibt, seit sie gemeinsam den „Walzer der Törere“ tanzten. Doch Jean Anouilh will es so in seinem gleichnamigen Stück. Und was man an keinem deutschen Theater erlebt, war jetzt im ZDF zu sehen: Die Dramaturgen des ORF kennen den französischen Meister des finkend geschnittenen Dialogs noch.

Allerdings nur die Dramaturgen. Alle anderen, Regisseure, Herbert Fuchs einbezogen, setzen auf das, was in den Programmzeitschriften „turbulente Unterhaltung“ heißt. Quirlend lebendig, um nicht zu sagen hektisch, muß es also zugehen, alle Auftritte müssen blitzschnell erfolgen. Nur so entsteht garantiert eine Aufführung nach jenen Strickmuster, nach dem eine jede Rückseite auf stilistische Eleganz aller Spiel- von Schritts bis Girouard, Max Frisch und Harold Pinter. Am Ende

sieht alles aus, als wäre ein Stück von Feydeau oder sonst irgend etwas vom Boulevard.

Nichts gegen diesen, aber Anouilh ist mehr. Sein Witz, der ebenso wie seine Dramaturgie immer ein wenig an Molière erinnert, sein Verfahren, einen Charakter weniger durch Situationen denn durch sein Sprechen dingelegt zu machen, kommen dann zwangsläufig gar nicht in Sicht. Bei einem des Deutschen nicht immer ganz mächtigen Schauspielerensemble, in dem die weibliche Hauptrolle an die – fraglos attraktive – Sprechmarionette Ulli Philipp fiel und in dem in ihren kurzen Auftritten Brigitte Neumeister als Schneiderin und Walter Langer als Fährer noch die besten waren, ist das auch gar nicht möglich.

KATHERIN BERGMANN

Die Bedrohung aus der „Dose“

Vor drei Jahren noch lächelten die Telebetreiber bei uns über den „Bankrott Video“. Schon nannten sie es im vergangenen Jahr aber verging den Fernseh-Machern das Lächeln: Die Einschalt-Quoten rutschten, Grund: Video. Man reagierte und lan-

cierte 1982 drei pointierte Filme gegen Video auf den Bildschirm, die vorgeben, über Video zu informieren, es aber als Porno-TV herunterputzen.

Denn WDR bliesbevorbehalten, eine Kurzkurze nach außen durchschimmern zu lassen; der Beitrag „Video contra Fernsehen“ brachte eine Fülle richtiger Informationen über das Vordringen von Video. Erstmalig bestimmte sich ein Autorenteam um seriöse Berichterstattung über „Vierde Programm“. Heute sind zehn Prozent der Haushalte hierzulande mit Recordern ausgestattet. 1990 sollen es 50 Prozent sein. Die Videofirmen kassieren 500 000 Mark, das Fernsehen darf keine 100 000 Mark ausgeben. Der Beitrag zeigte vor allem eins: Die Öffentlich-Rechtlichen werden Video nicht nur am Zuschauerschwund zu spüren bekommen. Denn auch die werbende Wirtschaft wird umdenken.

Der Bericht hatte auch Schattenseiten: Es kam außer Bayerns Unterhaltungs-Christoph Schmid keine kompetenten Fernseh-Männer zu Wort. (Peter Gersch von ZDF bei spielsweise hätte sagen können, wie das Fernsehen auf Video reagieren wird.) Und Schmid machte einen wichtigen Hinweis: Livestreams könnten der Videokassette aus der Dose Paroli bieten. REGINALD RUDOLF

US-Parteien wissen: Stimmen der „Hispanics“ können die Präsidentschaftswahl entscheiden

18 Millionen in vier Schlüsselstaaten / Eine Minderheit mit Sonderinteressen / Reagan unwirbt sie

THOMAS KIELINGER, Santa Fe
Die Hände, die in diesem Land den Salat und die Baumwolle pflücken, sind die Hände, die den nächsten Präsidenten dieses Landes bestimmen könnten. Der Mann, der dies sagt, ist Gouverneur Toney Anaya von New Mexico. Mit seinen Worten verbindet er Stolz und Drohung: Stolz, daß er zu einer in den USA immer wichtiger werdenden Minderheit, den „Hispanics“, den Latino-Amerikanern, gehört, noch dazu an führender Stelle als Gouverneur seines Bundesstaates; Drohung, weil er mit diesen und anderen Anführern der beiden großen Parteien, Republikaner und Demokraten, wissen läßt: Die „Hispanics“ könnten ihr nur noch unter Gefahr für unser eigenes politisches Überleben ignorieren.

Es bedurfte nicht dieser Warnung Anayas, um das politische Establishment wachzurütteln. Spätestens seit der Volkszählung von 1980 weiß man es: Die Latino-Amerikaner gehören zu der am raschesten wachsenden Minderheitsgruppe in den USA. Sie zählt heute etwa noch 14 Millionen Menschen, dürfte aber bis Ende des Jahrhunderts die 40-Millionen-Grenze überschreiten. Damit hätte sie die bisher größte ethnische Minderheit, die Farbigen (zur Zeit 26 Millionen), überflügelt.

Tatsächlich zählen die „Hispanics“ heute schon – grob geschätzt – mindestens vier Millionen mehr als die 1980 festgestellten 14 Millionen. Eine nicht auslaßbare Grunderfrage: Illegaler Einwanderer aus den spanischsprachigen südlichen Ländern Amerikas wohnt, oder besser: haust im Bannkreis der großen Städte mit aufzählendem spanischem Gepräge: Miami, Los Angeles, El Paso, Phoenix, Houston, San Antonio. Sie vermischen

sich mit dem Bodensatz legal Einwanderter, nehmen schlechte Jobs an, die ebenso schlecht bezahlt werden und gehen – aus Furcht vor Deportation – allen bürokratischen Erfassungen aus dem Wege.

Als eine Minderheit mit solch explosivem Bevölkerungspotential reklamieren die „Hispanics“ immer mehr vom „Platz an der Sonne“ in der amerikanischen Gesellschaft. Wie auch die Farbigen der USA entdecken sie, daß die Stimmabgabe der sicherste Weg zu mehr Einfluß und Macht darstellt. Traditionell aber haften es da besonders. Nicht mehr als 30 Prozent aller stimmberechtigten „Hispanics“ fanden beispielsweise bei der Präsidentschaftswahl des Jahres 1980 den Weg zur Wahlurne. Insgesamt waren es nach Hochrechnungen nicht mehr als 3,4 Millionen, die ihr Wahlrecht ausübten.

Furcht vor „Entdeckung“

Um wählen zu dürfen, muß man sich in den USA erst registrieren lassen. In einem Land, das keinen Ausweisung kennt, ist der Wohnnachweis die Grundvoraussetzung zur Wahlberechtigung. In Kreisen der „Hispanics“, die auch bei legalen Status noch zu Tausenden mit der Einwanderungs- und Steuerbehörde auf Kriegsfuß leben, ging mit der Registrierung immer die Furcht um, „entdeckt“ zu werden, mit irgendeiner illegalen Aktivität aufzufallen, etwa wenn man einem nicht registrierten Familienmitglied Unterschlupf gewährte. Hinzu kam eine unter den Latinos besonders große politische Apathie. Die wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen sie leben, waren nicht geeignet, bürgerliches Selbstvertrauen zu wecken. Gegen Apathie und Registrierungs-

angst versuchen jetzt etliche Bürgerinitiativen unter den „Hispanics“ zu Felde zu ziehen. Mindestens eine Million mehr Wähler will man im nächsten Jahr zur Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen bewegen. Aber auch vor 4,4 Millionen spanischsprachiger Wähler brauchen die Partein Spitzen von Republikanern und Demokraten noch keine Angst zu haben, wäre da nicht der Umstand, daß sich dieses Wählerpotential in vier Schlüsselstaaten des Westens und Südwestens zusammenballt: in Kalifornien, Arizona, New Mexico und Texas.

In New Mexico machen Latinos bereits 33,1 Prozent aller Wahlberechtigten aus; in Kalifornien und Texas den zwei (mit New York) bevölkerungsreichsten US-Bundesstaaten, kommen sie immerhin auf 16 bis 17 Prozent. Die genannten Bundesstaaten aber stellen allein unter sich 88 Wahlmänner – das ist fast ein Drittel der 270 Wahlmännerstimmen, die zur Wahl des Präsidenten nötig sind. Das heißt, der Stimmenanteil der „Hispanics“ wird möglicherweise wahlentscheidend.

Präsident Reagan verbrachte denn auch unlängst fast eine ganze Wahlkampfwoche lang unter den verschiedenen spanisch-orientierten ethnischen Zentren des Südens und Südwestens. Traditionell wählen 80 bis 90 Prozent dieser „Hispanics“ demokratisch – aber Ronald Reagan konnte in diese Phalanx einbrechen und 1980 ungefähr 25 Prozent ihrer Stimmen auf sich vereinen.

Um diese 25 Prozent muß er freilich sehr hängen. Entlang der mexikanischen Grenze ist ein spanischsprachiger Armutsgrübel entstanden. Streit mit dem Weißen Haus gab es auch lange um die zweisprachige Er-

ziehung – ein Konzept, dem die Reagan-Administration sich ursprünglich heftig widersetzt. Die spanischsprachige Minderheit fordert, Einwandererkindern den Übergang in das englischsprachige Milieu zu erleichtern, indem ihnen Unterricht vorübergehend in ihrer eigenen Sprache angeboten wird.

Rhetorische Umkehr

Generationen von Einwanderern haben, so lautet das Gegenargument in den USA, in den englischsprachigen Grundrouten Amerikas gefunden und dabei ihre Muttersprache dem Englischen untergeordnet. Waren sonst die USA zu einem einheitlich englischsprachigen Land geworden? Die Forderungen der spanischen Minderheit aber liefern darauf hinaus, Spanisch gleichrangig neben Englisch aufzubauen und die Assimilation dieser Einwanderer zu verhindern.

Trotz dieser gewichtigen Argumente hat Präsident Reagan sich zuletzt vage für zweisprachige Lernprogramme ausgesprochen – Wahlkampfakt läßt ihn zumindest in seiner Rhetorik diese Umkehr vollziehen, auch wenn damit noch keine Bundesmittel für dergleichen Programme lockerzumachen sind.

Die Frage nach dem Wählerverhalten der „Hispanics“ verläßt gegenüber dem immensen menschlichen und soziologischen Problem der nicht gebändigten illegalen Einwanderung aus dem Süden. Der Strom wird noch zu nehmen, wenn die politische Unruhe in Mittelamerika anhält. Hier geht es nicht nur um die Wahl oder Wiederwahl einzelner Politiker, sondern auch um die ethnische Balance in den USA.

Guerrilla in El Salvador steckt in der Defensive

Bei der Armee schwindet Interesse an Verhandlungen

WERNER THOMAS, San Salvador

Nach einer Pause von vielen Monaten explodieren wieder Bomben in der salvadorianischen Hauptstadt. Gewöhnlich gehen zwei oder drei Sprengstoffladungen pro Woche in die Luft, meist nachts. Der Oberleutnant Ricardo Cienfuegos, der Pressesprecher der Streitkräfte, spricht ironischerweise von einer „positiven Entwicklung“. Er erläutert: „Das sind Verzweiflungstaten. Sie müssen zum Terrorismus zurückkehren.“

Die Rebellen der marxistischen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) befinden sich heute in der wohl schwierigsten Situation seit dem Beginn des Bürgerkrieges vor dreieinhalb Jahren. Die Aussichten auf einen militärischen Sieg sind in weite Ferne gerückt. Selbst die amerikanischen Militärberater, die zu Jahresbeginn noch besorgt über die Entwicklung waren, äußern heute Optimismus. „Die Armee kann die Lage unter Kontrolle bekommen“, sagt einer der in der Schlüsselprovinz San Vicente stationierten Amerikaner, „das ist nur eine Frage der Zeit.“

Die schweren Rückschläge lassen der FMLN nach Ansicht vieler diplomatischer Beobachter nur noch eine Hoffnung offen: eine politische Lösung.

Am 6. April wird Melinda Anaya Montes, die Kommandante Ana Maria, in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua ermordet. Ebenfalls in Managua stirbt am 12. April Salvador Cayetano Carpio angeblich durch Selbstmord; mit 62 Jahren ist er der älteste und zugleich prominenteste salvadorianische Guerrilla-Führer. Die mutmaßlichen Hintergründe beider Todesfälle: ideologische und taktische Meinungsverschiedenheiten. Als Melinda-Mörder einst Rogelio Bazzaglio im Gefängnis, einst einer der engsten Vertrauten Cayetanos.

Ende April wird Verteidigungsminister General José Guillermo García durch General Carlos Eugenio Vides Casanova abgelöst. Vides läßt den Krieg nach Empfehlungen der Amerikaner führen: Nachtsätze, zivile Hilfsprogramme. Zum ersten Mal werden die Rebellen gejagt, und man

kümmert sich um die Probleme der Bevölkerung.

Ende Juli schickt US-Präsident Reagan Kriegsschiffe nach Mittelamerika, um den Druck auf Nicaragua zu verstärken. In Managua kursieren Gerüchte, daß die sandinistischen Kommandanten der FMLN-Führung nahelegen, unter allen Umständen die Verhandlungen anzusetzen. Sie müßten jetzt ihre eigene Revolution setzen und könnten vorerst keine Waffen mehr liefern und logistische Hilfe leisten. Die FMLN-Führung, die in Managua ihre Kommando-Zentrale unterhält, reagiert angelegentlich verärgert.

Die Rebellen haben sich auf ihre sicheren Stützpunkte im Norden El Salvadors entlang der Grenze zu Honduras zurückgezogen. So ist es zu erklären, daß man heute die gesamte Panamericana-Straße entlangfahren kann, ohne von einem Partisanenkommando gestoppt zu werden, das „Kriegssteuer“ kassiert. Ein Nicaraguaner mit guten Kontakten zur FMLN berichtet: „Die Kommandanten machen eine Bestandsaufnahme.“

Nach dem Tod des doktrinären Marxisten Cayetano Carpio, der selbst taktische Kompromisse mit dem Gegner ablehnte, scheint die gesamte FMLN-Spitze Verhandlungen zu unterstützen. Mit militärischen Fortschritten schwindet andererseits bei den salvadorianischen Streitkräften das Interesse an einer diplomatischen Lösung. Ein hoher Offizier versichert: „Wir werden dafür sorgen, daß diese Leute am Verhandlungstisch nicht das erreichen, was sie auf dem Schlachtfeld vergeblich gewinnen wollten.“ Selbst die Christdemokraten, die liberale Partei des Landes, möchte der FMLN nur das Angebot einer Teilnahme an den für Ende 1983 oder Anfang 1984 geplanten Wahlen unterbreiten.

In San Salvador glaubt kein diplomatischer Beobachter ernsthaft an eine Teilnahme der marxistischen Opposition an den Wahlen oder erfolgreiche Verhandlungen. Viele rechnen dagegen mit einem baldigen militärischen Knackpunkt der 4000 FMLN-Kämpfer, um die euphorische Stimmung der Streitkräfte zu trüben. (SAD)

Stur betreibt Glistrup den Sturz der Regierung

Dänemarks Steuerrebell riskiert Zukunft seiner Partei

R. GATERMANN, Kopenhagen

Der Gründer der Fortschrittspartei, Mogens Glistrup, wird am 31. August sein Arbeitszimmer im Parlamentschloß Christiansborg mit einer Zelle im Gefängnis Horsbørd tauschen. Ob der exzentrische Politiker damit auch seinen Einfluß auf die Partei und somit auf die dänische Politik verliert, wird sich am 9. September auf einer Sonder Sitzung des Folketinges zeigen, wenn die wenigen noch verbliebenen Glistrupen Vasallen in der Fortschrittspartei entweder auf Anordnung ihres Meisters die Mitterrechts-Koalition unter dem Konservativen Poul Schlüter stürzen oder die Interessen der Partei und des Landes über die Rachsucht Mogens Glistrups stellen.

Das Dilemma der Regierung ist, daß sie im Parlament über keine eigene Majorität verfügt. Um ihre Vorlagen durchzubringen, braucht sie neben den Stimmen der sozial-liberalen Radikale Venstrepartei auch die der Fortschrittspartei. Am 9. September, wenn die Parlamentarier aus der Sommerpause zurückgerufen werden, geht es um die Beschneidung des staatlichen Finanzausgleichs für die Gemeinden und Provinzregierungen. Ihm will die Fortschrittspartei nur zustimmen, wenn gleichzeitig der Freibetrag bei der Einkommensteuer angehoben wird. Im Regierungs-lager hofft man immer noch auf einen Kompromiß, von dem Glistrup allerdings nichts wissen will.

„Chaotische Zustände“

Nach der Verurteilung des Anfang der 70er Jahre erfolgreichsten dänischen Steueranwalts zu dreieinhalb Jahren Gefängnis wegen schwerer Steuervergehen wurden die Auseinandersetzungen in der Partei über die künftige Rolle ihres Gründers immer heftiger. Sie kulminierten vergangene Woche, als zwei ihrer 15 Abgeordneten, der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Erling Askjær Jørgensen, und Anker Tang Sørensen, der sich vor ein paar Jahren wegen „chaotischer Zustände“ der Partei dessen den Rücken kehrten, damit haben seit der Parlamentswahl 1981 drei Abgeordnete der Fort-

schriftspartei die Fraktion verlassen. Glistrup hat in der stürmischen Fraktionsstimmung zwei Dinge gefordert: einmal wollte er sein Stimmrecht in der Folketing-Gruppe behalten, obwohl er aufgrund des Urteils aus dem Parlament ausgeschlossen worden ist, und zum anderen forderte er, die Verhandlungsdelegation anzugehen, die mit der Regierung nach einem Kompromiß suchen soll. Nachdem Poul Schlüter jedoch von vornherein erklärt hatte, Glistrup nicht zu empfangen, beugte sich dieser schließlich dem Wort des Ministerpräsidenten. Andererseits setzte er sich mit acht zu sieben Stimmen, darunter seine eigene und die seines Ersatzmannes, in der Stimmrechtsfrage durch, was Verkehrsminister Arne Melchior zu dem Kommentar veranlaßte: „Dies ist ein Skandal und eine Mißachtung des Obersten Gerichtshofes.“

Im Gefängnis aktiv

Aber das stört Glistrup, der sich als Opfer eines politischen Komplotts darstellt, wenig. Wenn er am 31. August ins Gefängnis Horsbørd einzieht, will er nicht nur an seinem Buch weiterarbeiten, seine Klage gegen Dänemark beim Europäischen Gerichtshof vorbereiten und sein Archiv ordnen, sondern auch das künftige Parteiprogramm zu Papier bringen. Dies dürfte eine vergebliche Mühe sein, falls die Fortschrittspartei mit ihren Gegenstimmen am 9. September Poul Schlüter dazu zwingen sollte, Neuwahlen auszuschieben. Dann würde sie nämlich mit zu den großen Verlierern gehören.

Die Børre, Professor für politische Soziologie an der Universität Aarhus, sieht die Zukunft der Partei, die 1973 auf Anhieb die zweitgrößte Fraktion stellte, so: „Bei der nächsten Wahl wird die Fortschrittspartei als eine kleine sektiererische Partei dastehen, die von der Zwei-Prozent-Sperre bedroht wird.“ 1981 erreichte sie noch 8,9 Prozent. Und Parteivorsitzender Jacobson meinte nach der chaotischen Fraktionsstimmung: „Der Kongreß am 15./16. Oktober wird darüber entscheiden, ob die Fortschrittspartei künftig eine politische Partei oder eine religiöse Bewegung sein wird.“

Bonn Diplomaten müssen Gürtel enger schnallen

Kürzung der Zulagen geplant / Weniger Personal trotz gewachsener Aufgaben / Konsulat in Basel wird geschlossen

EVI KEIL, Bonn

Das Auswärtige Amt, bei Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg unter dem Haushaltsstiel „O-5“ geführt, sieht die bestehenden Haushaltsberatungen im September mit Sorge. Zum einen sollen die deutschen Diplomaten im Ausland weniger Geld erhalten. Ihnen droht die Kürzung der Auslandszulage, mit der die erhöhten Lebenshaltungskosten in fremden Ländern ausgeglichen wird. Der Rotstift des Finanzministers soll außerdem am Stellenplan ansetzen. Das Auswärtige Amt wird im In- und Ausland künftig nur noch über 6012 Personalstellen verfügen, das sind 134 Stellen weniger als 1974.

Wie man deutsche diplomatische

Präsenz im Ausland drastisch verringert, zeigt das Beispiel der Schließung des Konsulats in Basel. Die Schließung gilt als problematisch wegen der starken deutschen Industriepresenz in der Schweiz und der Investitionstätigkeit Schweizer Firmen in der Bundesrepublik. Auch das Konsulat im schwedischen Malmö soll demnächst geschlossen werden.

Die heute schon völlig unzureichende Personaldecke im Auswärtigen Amt steht im Widerspruch zu den Reformvorschlägen im Auswärtigen Amt, die Anfang der siebziger Jahre Botschafter Hans von Herwarth machte. Er forderte damals bereits eine Personalreserve von zehn Prozent, eine Art „personelle Feuer-

wehr“, um die zunehmenden Auslandsaufgaben überhaupt bewältigen zu können.

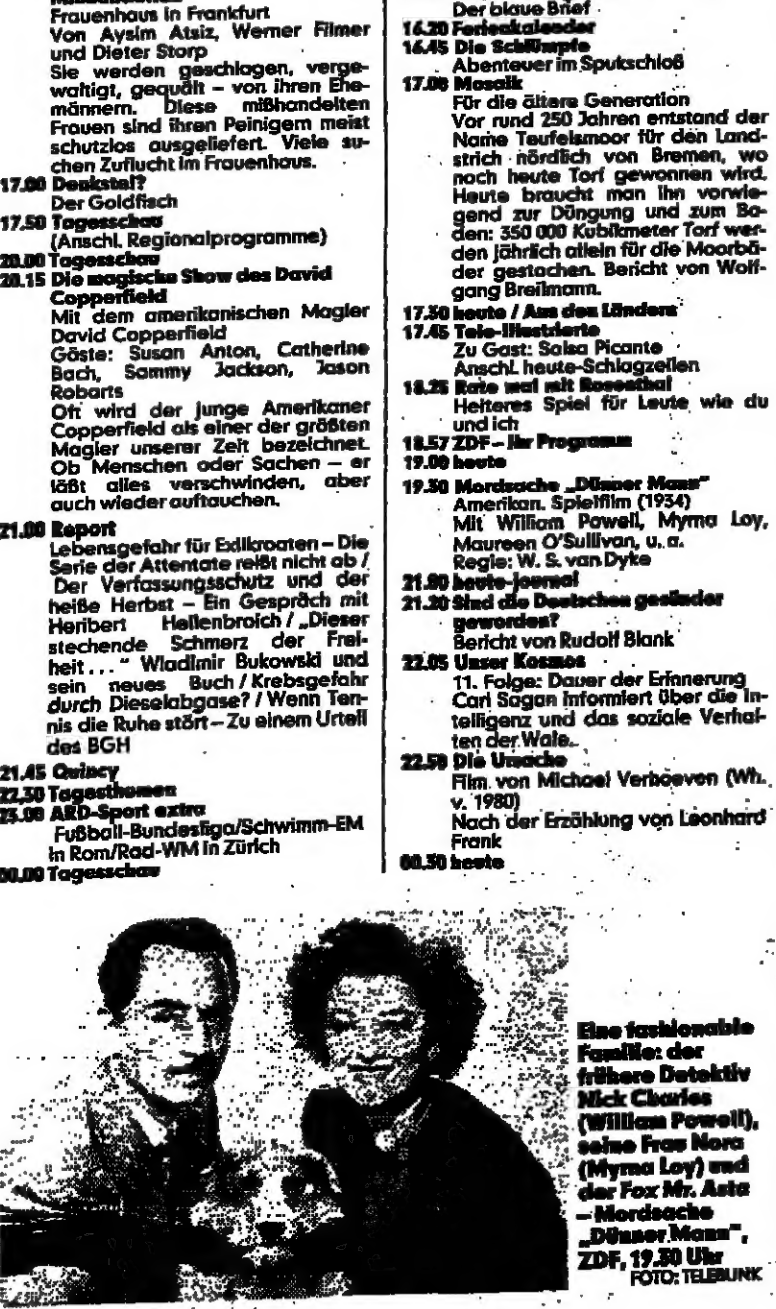
Die personelle Unterbesetzung und die drohende Kürzung der Bezüge stehen auch im Gegensatz zu den in den letzten zwei Jahrzehnten gewachsenen Aufgaben des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik. 1974 unterhielt Bonn zu 133 Staaten diplomatische Beziehungen. 1981 waren es bereits 156. Die Intensität dieser Beziehungen ist erheblich angestiegen. Dazu gehören die vielen bilateralen und multilateralen Konferenzen, der Nord-Süd-Dialog, die Erweiterung der EG von sechs auf zehn Mitgliedsstaaten und die Beitrittsverhandlungen von Spanien und Portu-

gal. In den Mittelpunkt der Arbeit trat in den deutschen Auslandsvertretungen in den letzten Jahren zunehmend die Wahrnehmung der deutschen Wirtschaftsinteressen. Die Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen einerseits und die Öffnung von Exportmärkten andererseits verlangen im Grunde eine intensive Präsenz der Bundesrepublik in allen Regionen der Welt.

Dies ist schon lange nicht mehr der Fall. 60 Auslandsvertretungen werden bei uns zur Zeit als „Ein-Mann-Botschaften“ geführt, in Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika. Der Botschafter, der Kanzler, die Sekretärin und allenfalls ein Fahrer halten den ganzen Betrieb aufrecht.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
10.00 Tagesschau, Tagesschau	11.10 Kontraste
10.25 Vom Webstuhl zur Weltmacht	11.25 Prosa
11.25 Sportes verschoben	11.50 Tagesschau
15.25 Der Mann in den Bergen	15.15 ZDF – Ihr Programm
Die Glückssucher	15.17 heute
16.10 Tagesschau	15.20 Heute
16.15 Inmitten: Die	15.25 Heute
Mitteldeutschen	15.30 Heute
Frauenhaus in Frankfurt	15.35 Heute
Von Ayslin Atz, Werner Filmer	15.40 Heute
und Dieter Stopp	15.45 Heute
Sie werden geschlagen, verge-	15.50 Heute
wagtigt, gequält – von ihren Er-	15.55 Heute
innern. Diese mißhandelten	16.00 Heute
Frauen sind ihren Peinigern meist	16.05 Heute
schutzlos ausgeliefert. Viele su-	16.10 Heute
chen Zuflucht im Frauenhaus.	16.15 Heute
17.00 Deutschland?	16.20 Heute
Der Goldschiff	16.25 Heute
17.50 Tagesschau	16.30 Heute
(Anschl. Regionalprogramme)	16.35 Heute
20.00 Tagesschau	16.40 Heute
20.15 Die magische Show des David	16.45 Heute
Copperfield	16.50 Heute
Mit dem amerikanischen Magier	16.55 Heute
David Copperfield	17.00 Heute
Gäste: Susan Anton, Catherine	17.05 Heute
Bach, Sammy Jackson, Jason	17.10 Heute
Roberts	17.15 Heute
OF wird der junge Amerikaner	17.20 Heute
Copperfield als einer der größten	17.25 Heute
Magier unserer Zeit bezeichnet.	17.30 Heute
Ob Menschen oder Sachen – er	17.35 Heute
läßt alles verschwinden, aber	17.40 Heute
auch wieder auftauchen.	17.45 Heute
21.00 Report	17.50 Heute
Lebensgefahr für Edliraoten – Die	17.55 Heute
Serie der Attentate reißt nicht ab /	18.00 Heute
Der Verfassungsschutz und der	18.05 Heute
heißte Herbst – Ein Gespräch mit	18.10 Heute
Herbert Hellensbroich / „Dieser	18.15 Heute
stechende Schmerz der Frei-	18.20 Heute
heit...“ Wladimir Bukowski und	18.25 Heute
sein neues Buch / Krebsgefahr	18.30 Heute
durch Dieselabgase? / Wenn Ter-	18.35 Heute
ris die Ruhe stört – Zu einem Urteil	18.40 Heute
des BGH	18.45 Heute
21.45 Quinz	18.50 Heute
22.00 Tagesschau	18.55 Heute
22.05 ARD-Sport extra	19.00 Heute
Fußball-Bundesliga/Schwimm-EM	19.05 Heute
in Rad-WM in Zürich	19.10 Heute
22.00 Tagesschau	19.15 Heute

III.	
WEST	18.00 Mewco (7)
	Zeichentrickserie für Kinder
	Die neue Wohnung
18.30 Sesselfuß	18.35 Sesselfuß
19.00 Aktuelle Stunde	19.05 Aktuelle Stunde
NORD/HESSEN	19.00 Nord und Hesse
19.05 Nord und Hesse	19.10 Nord und Hesse
19.15 Nord und Hesse	19.20 Nord und Hesse
19.25 Nord und Hesse	19.30 Nord und Hesse
19.35 Nord und Hesse	19.40 Nord und Hesse
19.45 Nord und Hesse	19.50 Nord und Hesse
19.55 Nord und Hesse	20.00 Nord und Hesse
20.05 Nord und Hesse	20.10 Nord und Hesse
20.15 Nord und Hesse	20.20 Nord und Hesse
20.25 Nord und Hesse	20.30 Nord und Hesse
20.35 Nord und Hesse	20.40 Nord und Hesse
20.45 Nord und Hesse	20.50 Nord und Hesse
20.55 Nord und Hesse	21.00 Nord und Hesse
21.05 Nord und Hesse	21.10 Nord und Hesse
21.15 Nord und Hesse	21.20 Nord und Hesse
21.25 Nord und Hesse	21.30 Nord und Hesse
21.35 Nord und Hesse	21.40 Nord und Hesse
21.45 Nord und Hesse	21.50 Nord und Hesse
21.55 Nord und Hesse	22.00 Nord und Hesse
22.05 Nord und Hesse	22.10 Nord und Hesse
22.15 Nord und Hesse	22.20 Nord und Hesse
22.25 Nord und Hesse	22.30 Nord und Hesse
22.35 Nord und Hesse	22.40 Nord und Hesse
22.45 Nord und Hesse	22.50 Nord und Hesse
22.55 Nord und Hesse	23.00 Nord und Hesse
23.05 Nord und Hesse	23.10 Nord und Hesse
23.15 Nord und Hesse	23.20 Nord und Hesse
23.25 Nord und Hesse	23.30 Nord und Hesse
23.35 Nord und Hesse	23.40 Nord und Hesse
23.45 Nord und Hesse	23.50 Nord und Hesse
23.55 Nord und Hesse	24.00 Nord und Hesse



Eine faszinierende
Familie: der
frühere Detektiv
Nick Charles
(William Powell),
seine Frau Nora
(Myrna Loy) und
der Fox-Mr. Asta
Herschbach
„Dünner Mann“,
ZDF, 19.30 Uhr
FOTO: TELERUNK

Bastian weist Kritik der Grünen zurück

hey, Bonn
Innerhalb der Bundestagsfraktion der Grünen herrscht Unmut über den Abgeordneten und ehemaligen General Bastian. Er hatte im Verteidigungsausschuss des Parlaments die Entwicklung eines neuen Panzerabwehrhubschraubers, dem PAH II, für die Bundeswehr zugestimmt. Gegenüber der WELT kritisierte gestern ein Vertreter der Grünen insbesondere, daß die Fraktion erst durch Presseberichte von dem Votum Bastians erfahren habe. Mit dem Vorgang will sich heute die Fraktion auf einer Sitzung in Bonn befassen.

Bastian selbst wies Vorwürfe als „unbegründet“ zurück, seine Zustimmung zum PAH II würde die sicherheitspolitischen Grundsätze der Grünen verletzen. Denn, so der Ex-General, Panzerabwehrhubschrauber seien für eine angreifbarkeitsverweigerung, „weder gedacht noch geeignet“. Vielmehr seien diese Maschinen für die von seiner Partei verlangte Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer eindeutig defensiv geprägten Heimatverteidigungsorganisation „besonders wichtig“. Wer diese Forderung „nicht zum bloßen Lippenbekenntnis abwerten“ wolle, müsse sich für die Verwendung von Panzerabwehrhubschraubern einsetzen.

Genscher beklagt Wende der SPD

hey, Bonn
Die SPD verwirft nach den Worten des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher jetzt eine Politik, die sie als Regierungspartei noch vor einem Jahr den Bürgern als Friedenspolitik empfohlen hat. Sie breche aus der früher einmal gemeinsam vertretenen Sicherheitspolitik aus. Genscher wies gestern auf die SPD-Forderung hin, nach der im Gegensatz zum NATO-Doppelbeschluss auch ohne ein Verhandlungsergebnis in Genf der vorgesehene Stationierungsbeginn verschoben werden soll. Dies sei ein „schwerer Schlag“ für die INF-Verhandlungen. Auf einer FDP-Präsidiumssitzung in Bremen kritisierte Genscher besonders den saarländischen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine (WELT v. 22.8.). Genscher beklagte, daß die SPD neuerdings Moskau Forderung nach Einbeziehung der britischen und französischen Raketen in die Genfer Verhandlungen unterstütze.

Reagan wird Reise nach Manila nicht absagen

Nach dem Mord an Aquino wächst die Kritik an Marcos

AFP/dpa/AP, Santa Barbara/Manila
Die Ermordung des philippinischen Oppositionspolitikers Benigno Aquino wird sich nicht auf die beabsichtigte Reise von US-Präsident Reagan im November nach Manila auswirken. Wie der Sprecher des Weißen Hauses, Pete Rousell im kalifornischen Santa Barbara sagte, wo Reagan bis Anfang September Urlaub macht, halte der US-Präsident an seiner beabsichtigten Reise fest. In- und ausländische Politiker, Kirchenführer und namhafte Juristen haben gestern vom Marcos-Regime in Manila eine beschleunigte Aufklärung des Mordes verlangt.

Der gegenwärtig in Thailand weilende Vorsitzende des US-Kongress-Unterausschusses für Ostasien, Stephan Solarz, rief Präsident Reagan, seinen geplanten Philippinen-Besuch abzusagen, falls sich irgendeine Komplizenschaft der Marcos-Regierung bei dem Attentat herausstellen sollte. Scharfe Kritik übte auch der frühere Vize-Präsident der USA, Walter Mondale, Mondale vertrat in Portland die Ansicht, die Ermordung Aquinos könne nur „das Argument bekräftigen, daß das Regime von Präsident Marcos repressiv und ein Polizeistaat ist“.

„Die Regierung hat's getan“

In philippinischen Oppositionskreisen wurde der Vorwurf erhoben, daß die Regierung die Ermordung Aquinos inszeniert habe. Viele Oppositionspolitiker hatten den Ermordeten als den am besten Geeigneten betrachtet, die 17jährige Herrschaft von Präsident Marcos zu beenden. „Die Regierung hat's getan“, rief gestern der Oppositionspolitiker Salvador Gonzales vor Hunderten von Anhängern Aquinos aus, die sich vor dem Haus des Ermordeten in Quezon City eingefunden hatten. Vielfach wurde in der Opposition gerätselt, wie es möglich sein könne, daß ein Fremder die Sicherheitsvorkehrungen auf dem Flughafen durchdringen konnte. Der ehemalige Senator José Diokno erklärte: „Dies war eine sorgfältig geplante Angelegenheit. Ich weiß nicht, ob das Militär seine Hand im Spiel hatte, die Regierung jedenfalls kann ihre Hände nicht in Unschuld waschen.“

Der Präsident des Oppositionsbündnisses der Vereinigten Nationa-

listischen Demokratischen Organisation (UNIDO), Salvador Laurel, erklärte, der Tod Aquinos werde die Opposition einigen. Diese werde nun mit noch größerer Entschlossenheit für die beiden Ziele kämpfen, für die Aquino nach dreijährigem Exil in seine Heimat zurückgekehrt sei: die Einigung der Opposition und die Wiederherstellung von Freiheit und Demokratie.

Noch nicht identifiziert

Vor gewalttätigen Reaktionen hat inzwischen der römisch-katholische Bischof von Manila, Jaime Kardinal Sin, gewarnt. „Wenn wir es zulassen, daß der Tod die Flammen der Gewalt und der Spaltung entfacht, dann wird Aquino vergebens gestorben sein.“ Er hoffe, daß Aquinos Tod den Philippinern dabei helfe, sich der zwingenden Notwendigkeit der Einheit und Freundschaft untereinander bewußt zu werden, sagte der Kardinal, der zu den stärksten Kritikern Marcos' zählt.

Die Leiche des philippinischen Oppositionspolitikers, der unmittelbar nach seiner Heimkehr aus dem Exil auf dem Flughafen erschossen worden war, ist gestern seiner Familie übergeben worden. Der Attentäter, der selbst von Soldaten getötet wurde, konnte nach Angaben von Regierungsbeamten bisher noch nicht identifiziert werden. Wie die Ermittlungsbehörden erklärten, hätten sie auch einen Tag nach dem Anschlag noch keinen Hinweis auf seine Identität. Präsident Ferdinand Marcos hatte die Ermordung seines politischen Widersachers verurteilt, zugleich aber „opportunistische Elemente“ vor der Verbreitung von Unordnung gewarnt.

Als erste Reaktion hat die philippinische Regierung der taiwanesischen Fluggesellschaft China Airlines, mit der Aquino angekommen war, gestern die Landerechte entzogen. Zur Begründung hieß es, die Gesellschaft habe Aquino ohne ordentliche Papiere mit einem falschen Paß reisen lassen. Die Regierung hatte dem Oppositionspolitiker die Verlängerung seines abgelaufenen Passes oder die Ausstellung vorläufiger Reisepapiere verweigert und angedroht, jeder Fluggesellschaft die Landerechte zu entziehen, die ihn ohne diese Dokumente einfließe.

Weltraum: Was Moskau bezweckt

Fortsetzung von Seite 1

Gemeint sind die NATO-Pläne zur Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa für den Fall, daß die Sowjetunion ihr SS-20-Potential nicht vollständig abbaut. Die Tatsache, daß die Sowjetunion im Bereich der Mittelstreckenraketen heute über ein Monopol verfügt, bleibt im Kommentar des „ND“ selbstverständlich unerwähnt.

Ähnlich stellt sich auch die Situation bei der militärischen Nutzung des Weltraums dar. Die Sowjetunion verfügt auf diesem Sektor gegenwärtig noch über ein Monopol. Sie ist die einzige Macht mit einem einsatzreifen System zur Zerstörung von Satelliten. Ein vergleichbares amerikanisches System befindet sich noch in der Erprobung. Erst letzten Juni bewilligte das US-Repräsentantenhaus rund 50 Millionen Mark für dessen Weiterentwicklung. Diese Arbeiten allerdings sind im Kongreß in Washington umstritten. Eine starke Gruppe von Parlamentariern plädiert dafür, die eigene Regierung solle zu erst über ein generelles Verbot solcher Waffen mit Moskau verhandeln. Es scheint, als ziele die Sowjetunion mit ihrer Initiative gegenüber den Vereinten Nationen genau auf diese „schwache Stelle“ der amerikanischen Auseinandersetzung.

Die sowjetische Anti-Satellitenwaffe wird wie ein künstlicher Satellit mit Hilfe einer Trägersrakete in eine Erdumlaufbahn getragen. Diese Bahn wird dann innerhalb von Stunden soweit korrigiert, daß der Killer-Satellit mit ausgestoßenen Schrapnells einen gegnerischen Satelliten zerstört. Das Manöver ist zeitaufwendig und gegenüber dem Gegner deshalb nicht zu verbergen. Auch kann die Sowjetunion mit dem bislang einsatzreifen System lediglich Satelliten auf Umlaufbahnen mit maximalem Radius von tausend Kilometer erreichen.

In der amerikanischen Erprobung ist ein anderes System. Nach den gültigen Planungen würde es 1987 einsatzreif sein. Ein Flugzeug vom Typ F 15 schießt in großer Höhe der Erdatmosphäre eine kleine Rakete in den Weltraum, auf der sich ein dem sowjetischen Schrapnell ähnlicher Sprengkopf befindet. Die Rakete lenkt ihn mit Wärmestrahlen ins Ziel. Im Herbst soll das Zielsuchgerät zum ersten Mal getestet werden.

Chancen für Frieden in Libanon verringern sich

Syrien will nicht einklinken / Neue Kämpfe im Schuf

PETER M. RANKE, Beirut
Politische Fehlschläge haben die Friedensaussichten für Libanon von neuem verringert. Die amerikanischen Bemühungen, syrischen Rechtsexperten in Damaskus das libanesisch-israelische Truppenabkommen „Punkt für Punkt“ zu erläutern und damit annehmbar zu machen, blieben ergebnislos. Auch die Vermittlungsversuche des Präsidenten Amin Gemayel mit seinen innenpolitischen Gegnern verliefen bislang ohne Erfolg.

Die Syrer erklärten dem US-Rechtsberater Davis Robinson in Damaskus, das Abkommen vom 17. Mai zwischen Beirut und Jerusalem beinhalte die Souveränität Libanons und sei für Syrien daher weiterhin unannehmbar. Syrische Pressestimmen sprechen davon, durch das Abkommen werde Libanon zu einer Kolonie Israels. Damit hat Syrien die heimliche Absicht des US-Sonderbotschafters McFarlane, über eine Diskussion des Abzugsvertrages zu einer Änderung einzelner Abmachungen im syrischen Sinne zu kommen, glatt zurückgewiesen.

Die Mission dreier Minister, die Präsident Gemayel am Sonntag in die nordlibanesischen Städte Tripoli zu seinen innenpolitischen Gegnern Kerame und Frangieh geschickt hatte, brachte keine Fortschritte. Die „nationale Rettungsfront“ erklärte, Gemayel müsse das Abkommen mit Israel annullieren und dürfe auch die Armee nicht in die Schuf-Berge entsenden, wenn die Israelis abziehen.

Truppenabzug verschoben

Auch der links und mit Syrien verbündete Drusenchef Dschumblatt zeigt sich weiterhin unnachgiebig. Ernen Vorschlag seiner Gegner, die christlichen Milizen, die Armee solle noch bei der Anwesenheit der israelischen Truppen in die Berge vorrücken, lehnte er ab. Er verlangt erst den Abzug aller christlichen Milizen, denen er vorwirft, ein Massaker unter den Drusen anrichten zu wollen.

Angesichts der Verschlechterung der Lage hat Israel den Abzug seiner Truppen zum Awali-Fluß in Südlibanon von neuem verschoben. „Ein Abzug steht nicht unmittelbar bevor“, erklärte ein Militärsprecher in Tel Aviv. Die Israelis warten, ob Präsident Gemayel noch eine Einigung

mit den Drusen unter Dschumblatt gelingt. Trotz jordanischer Vermittlungsversuche lehnt Dschumblatt eine Aussprache mit Präsident Gemayel bisher ab. Er wird in seiner Kompromißlosigkeit nicht nur von Syrien, sondern jetzt auch von Ägypten unterstützt, das sich voll auf die Seite der Syrer und auch der Saudis geschlagen hat.

Ägypten verlangt Zeitplan

Ägyptens Präsident Mubarak erklärte dem amerikanischen Unterhändler McFarlane am Sonntag, daß Israel zunächst einen Zeitplan für den endgültigen Truppenabzug vorlegen müsse. Als erstes müsse sich Israel aus Libanon zurückziehen, dann würden die Syrer schon überlegen, ob sie ebenfalls ihre Truppen zurückziehen. Bisher war Mubarak wie die USA für einen gleichzeitigen Abzug der Israelis und Syrer eingetreten.

Die Israelis wiederum zögern mit dem Truppenabzug aus Libanon, weil sie ihre Beziehungen zu den Drusen im Schuf gefährdet sehen. Sie müssen Rücksicht auf die Drusen im eigenen Lande nehmen und haben als Geste gegenüber den 14 000 Drusen auf den besetzten Golan-Höhen zugestanden, daß diese keinen Militärdienst zu leisten brauchen und auch keine israelische Staatsbürgerschaft annehmen müssen. (SAD)

* DW/JAP, Beirut

In den Schuf-Bergen nahe Beirut sind nach einer Waffenruhe während des Wochenendes gestern die Kämpfe zwischen den Milizen der Drusen und der Christen wieder aufgeflammt. Beide Seiten setzten Artillerie und Raketenwerfer ein. Die Polizei teilte mit, mindestens drei Menschen seien bei den Gefechten umgekommen. In mehreren von Christen bewohnten Vororten Beirut gingen ebenfalls Granaten und Raketen nieder.

Die mit dem beabsichtigten israelischen Teilrückzug in Libanon verbundenen Probleme standen gestern auch im Mittelpunkt des Gesprächs, das der amerikanische Nahost-Sonderbotschafter Robert McFarlane in Beirut mit Ministerpräsident Schafik Wazzan führte. Schafik war kurz zuvor aus Kairo gekommen, wo er mit ägyptischen Regierungsvertretern gesprochen hatte.

CSU lehnt Kontakte zur Volkskammer ab

AP/DW, Bonn

Aus grundsätzlichen Erwägungen hat sich die CSU gegen die von SPD-Oppositionschef Hans-Jochen Vogel vorgeschlagene Einrichtung formaler Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der „DDR“-Volkskammer gewandt.

Der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Wolfgang Bötch, sagte gestern in Bonn, offizielle Kontakte zwischen den deutschen Parlamenten kämen lediglich dem Legitimationsbedürfnis der „DDR“-Abgeordneten entgegen, die ein ernsthaftes politisches Mandat nicht hätten. Zudem verstoße der Tagungsort Ost-Berlin gegen das für ganz Berlin geltende Vier-Mächte-Statut.

Nach Auffassung von Bötch hat auch Bundesratspräsidentin Anemarie Renger (SPD) in ihrem jüngsten Versuch, Vogels Vorschlag zu begründen, diese grundsätzlichen Unterschiede übersehen. „Lausbare Forderungen in der Öffentlichkeit“ könnten deshalb nur als Versuch der SPD gewertet werden, nach ihrer gescheiterten Deutschland-Politik nunmehr Initiative um jeden Preis zu demonstrieren.

„Blockaden, aber keine Besetzungen“

hs, Hamburg

Blockaden von Bundeswehrniederlassungen, aber keine Besetzung oder Demonstration lautet das Konzept, mit dem der „Regionalausschub Nord“ seine „Aktionenwoche“ vom 15. bis 22. Oktober in Bremerhaven und Hamburg vorbereitete. In Bremerhaven soll am 15. Oktober die Carl-Schurz-Kaserne „total blockiert“ werden. Vertreter des Regionalausschusses erklärten gestern, daß von dem Ablauf dieser ersten „Blockade“-Veranstaltung Signale ausgehen würden für die am 22. Oktober geplanten bundesweiten Aktionen.

Ihre Teilnahme an einer Aktion gegen die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg hätten die SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Paterna und Günther Heymann zugesagt. Von der Leitung der Regionalkonferenz Nord wurde betont, die Diskussion über das taktische Vorgehen sei noch nicht abgeschlossen. Bisher haben sich offenbar die Vertreter der DKP gegenüber den auf Gewalt dringenden „Autonomen“ durchgesetzt.

HEINZ LÜDICKE

Steuerberater

* 3. 12. 1923 † 20. 8. 1983

Gott der Herr nahm meinen lieben Mann, unseren herzensguten Vater nach kurzer schwerer Krankheit aus einem schaffensfrohen Leben zu sich.

Wir haben ihm viel zu danken.
Lieselotte Lüdicke geb. Groth
Jürgen Lüdicke
Jochen Lüdicke
Erna Lüdicke geb. Niklas

4100 Duisburg 1, Werrastraße 20

Das Seelenamt wird am Donnerstag, dem 25. August 1983, um 11.30 Uhr in der Liebfrauenkirche in Duisburg-Stadtmitte, König-Heinrich-Platz, gehalten.

Die Beisetzung ist um 12.45 Uhr auf dem Waldfriedhof in Duisburg (Düsseldorfer Straße).

Es ist in seinem Sinne, anstelle zagedachter Blumen oder Kränze die Altenhilfe des Lionsclubs Duisburg zu unterstützen (Konto 345 4733 Deutsche Bank Duisburg).

Wir bitten, von Beileidsbezeugungen am Grabe abzusehen.

Am 18. 8. 1983 verstarb nach längerer schwerer Krankheit unsere Mitarbeiterin Frau

Charlotte Meyer

geboren am 5. 10. 1923

Frau Meyer war 13 Jahre in unserem Hause tätig. Wir schätzten sie als gewissenhafte und verantwortungsbewußte Mitarbeiterin und trauern um einen liebenswerten Menschen.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 23. 8. 1983, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof Gudsow/Krs. Hrgt. Lauenburg statt.

Für uns völlig unerwartet verstarb am 18. August 1983 im Alter von 56 Jahren unser Prokurist

Herr Ing. grad.

Helmut Hopp

Der Verstorbene gehörte unserem Unternehmen seit 1954 an und leitete mit großem persönlichen Einsatz die Hauptabteilung Entwicklung und Technische Beratung. In den langen Jahren seiner verantwortungsvollen Tätigkeit hat er mit seinem Wissen und Können die Entwicklung des Unternehmens entscheidend beeinflusst. Sowohl bei Geschäftspartnern als auch im eigenen Hause genoß Herr Hopp hohes Ansehen.

Wir verlieren einen Freund und Mitarbeiter. Sein Rat wird uns fehlen.

Geschäftsführung, Gesellschafter und Beirat,
Betriebsrat und Mitarbeiter
der

Martin Merkel GmbH + Co. KG

Hamburg, den 22. August 1983

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 26. 8. 1983, um 13.00 Uhr auf dem Hauptfriedhof Hamburg-Ojendorf, Halle 3.

VIELE REDEN VOM FRIEDEN. WIR ARBEITEN FÜR IHN.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Straße 2 · 3500 Kassel · Postcheckkonto Hannover 103360-304

mach mit ...



Aktion Saubere Landschaft e. V.
Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

Zinsen
6%
p.a.
für CC-Spareinlagen
ab DM 10.000,- mit
6-monatiger Kündigungsfrist.
CC-Bank
12 in Deutschland
Hauptvertrieb: 2050 Monchengraeb
Tel. 02141 40724 Postfach 654

Familienanzeigen und Nachrufe
können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.
Tel.: Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80 - 39 42 o. - 42 30
Berlin (0 30) 25 91 - 29 31
Kettwig (0 20 54) 5 18 und 5 24
Telex: Hamburg 02 17 001 77 as d
Berlin 01 84 611
Kettwig 08 579 104

Angst vor der Zukunft ist kein
guter Ratgeber, um die Zukunft
zu bewältigen.

Angst vernebelt den Blick. Ob es
die Angst um den Arbeitsplatz,
die Angst vor Aggression und Gewalt
ist oder die Angst vor Atomkraft,
vor der Technisierung und
Reglementierung unseres Daseins.
Die Zukunft ist voller Gefahren
und voller Chancen.
Wir müssen sie mit Mut
und Hoffnung ins Auge fassen.

Nur gemeinsam werden wir
die Zukunft gewinnen.

Dies ist nur eine von vielen Überlegungen aus unserer
Schrift „Nur gemeinsam werden wir die Zukunft
gewinnen“, die wir Ihnen auf Wunsch kostenlos zusenden.
Aktion Gemeinsam e.V., eine Vereinigung
unabhängiger Bürger, Schumannstraße 57, 5300 Bonn

Bundesbank am Scheideweg

ed. - Seit Tagen spricht man davon, daß der Zentralbankrat über eine Erhöhung der Leitzinsen, zumindest des Lombardsatzes, ernsthaft nachdenkt. Einige Währungsbeobachter machen sich Sorgen, weil die Geldmenge mit einer Steigerungsrate von rund neun Prozent über den "Zielkorridor" von vier bis sieben Prozent hinauswächst. Schon vor zwei Monaten hatte die Bundesbank gewarnt, eine zu starke monetäre Expansion könne nach aller Erfahrung nicht ohne Konsequenzen für die Stabilität bleiben.

Aber man muß sich fragen: Lauern tatsächlich Gefahren für den Geldwert, wenn sich die Konjunktur belebt? Die Chancen, daß die Unternehmerrate Preise durchsetzen können, erscheinen wegen unangestauter Kapazitäten und scharfen Wettbewerbs gering. Selbst in den konjunkturbegünstigten Branchen Bauwirtschaft und Autoindustrie zeichnet sich keine Erwärmung des Preisklimas ab.

Der Lohnkostenauftrieb hält sich in moderaten Grenzen. In der extrem langen Rezession ist stark rationalisierende Reaktionen erzielt worden. Es sind Produktivitätsfortschritte erzielt worden. Und wenn sich die Nachfrage belebt, erfreut sich die Wirtschaft einer Kostendegression, die für bessere Gewinne sorgt, ohne daß die Preise erhöht werden müßten. Damit ist die Situation günstiger als am Beginn früherer Aufschwünge. Der Zentral-

bankrat sollte sich also nicht nervös machen lassen und daran denken, daß höhere Zinsen eine - zumindest psychologische - Konjunkturbremse sein können. Auch wenn Orthodoxe meinen, bei einer "Mißachtung" der Geldmengenentwicklung stünde die Glaubwürdigkeit der Bundesbank auf dem Spiel.

Widerspruch

hg - „Es lohnt sich nicht mehr.“ Dies sei der häufigste Beweggrund für Einzelhändler, ihr Geschäft aufzugeben, haben jetzt etliche Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen herausgefunden; die Verdienstmöglichkeiten seien zu gering. Zweifellos hat ein kleiner Einzelhändler kaum je die Chance, ein reichlicher Mann zu werden. Und wenn er gar Lebensmittel verkauft, dann muß er auch noch ziemlich viel arbeiten: Früh um fünf am Großmarkt das frische Gemüse holen und abends nach Ladenschluß die Bücher führen. Da kommt am Ende nur ein magerer „Stundenlohn“ heraus. Trotzdem ist diese Antwort erstaunlich, denn was wird der Einzelhändler, der aufgibt, anschließend tun? Vom Ersparten leben? Dann aber müßte er sich doch lohnen haben. Oder zum Arbeitsamt gehen? Da sind die Chancen auch nicht besonders gut. Wissen wir nicht anders: seit aus dem Handwerk, das der Drang in die Selbstständigkeit um so stärker wird, je größer das Heer der Arbeitslosen ist? Für die Verbände des Handels mag es sich lohnen, diesem Widerspruch nachzugehen.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT / Der Markt der Industrieroboter wächst schnell

OECD warnt vor einer Überbewertung der Beschäftigungs-Probleme

HERBERT KLAR, Bonn

Die Einführung von Industrierobotern in den westlichen Industriestaaten wird sich in den kommenden Jahren weiter beschleunigen. Der verlässliche Produktivitätsfortschritt und das Bemühen um eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere in der Automobil-, Werkzeug- und elektronischen Industrie, wird eine steigende Nachfrage nach sich ziehen. Zu diesem Ergebnis kommt die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) in ihrer jüngsten Untersuchung des Marktes für Industrieroboter.

Den Unternehmen ermöglichen die Industrieroboter eine höhere Flexibilität in der Produktion, was besonders wichtig ist, um schnell auf Änderungen im Konsumentenverhalten reagieren zu können, heben die OECD-Experten hervor. Die Betonung bei der Produktionsphilosophie liegt nicht mehr auf Standardisierung und Fließbandtechniken sondern vielmehr auf Flexibilität. Investitionen in Industrieroboter werden nach Ansicht der OECD zunehmend attraktiver, denn sie werden sich in Zukunft, verglichen mit der menschlichen Arbeitskraft weiter verbilligen. Produkte mit einer kurzen Lebensdauer lassen sich mit ihrer Hilfe rationeller fertigen.

Im Jahr 1982 waren weltweit 31 000 programmierbare Roboter installiert. Davon allein 42 Prozent (13 000) in Japan, 20 Prozent (6250) in den USA, 20 Prozent (6250) in der Bundesrepublik. In Japan lag der Anteil an Industrierobotern bei 3,5 Prozent (1152), Frankreich mit drei Prozent

Zeitpunkt 230 000 bis 330 000 installiert sein werden.

Die Kosten für Basistypen von Industrierobotern sind in den letzten Jahren weiter gefallen. In Japan beispielsweise von 10,9 Millionen Yen in 1977 auf 8,5 Millionen Yen in 1981. Intelligenter und vielseitiger einsetzbare Roboter haben sich jedoch im selben Zeitraum von 8,7 auf 14 Millionen verteuert. Und auch in Zukunft, so die OECD-Experten, muß mit weiter steigenden Kosten gerechnet werden. Doch durch die verstärkte Anwendung der Sensortechnik und den Einbau von elektronischen Bauelementen anstelle von mechanischen Teilen, werden sich die Installationskosten von Industrierobotern gegenüber den Kosten für menschliche Arbeit günstig entwickeln, wird bekannt.

Auf die Beschäftigungslage wird sich die Einführung von Industrierobotern insgesamt nur relativ gering auswirken. Nach Berechnungen der OECD muß mit folgenden Arbeitsplatzverlusten gerechnet werden: In Japan und Schweden bis 1985 mit 1,5 Prozent, bis 1990 mit drei Prozent, in der Bundesrepublik und den USA bis 1985 mit 0,4 Prozent und bis 1990 mit 1,5 beziehungsweise einem Prozent. Ein Verzicht auf Industrieroboter würde wegen der damit verschlechterten internationalen Wettbewerbsfähigkeit auf mittlere Sicht einen noch größeren Arbeitsplatzverlust bedeuten.

BILDSCHIRM-ARBEIT

Die erste Skepsis wird meist schnell überwunden

KAREN SÖHLER, Bonn

Der Bildschirm-Arbeitsplatz ist nach wie vor ein stark umstrittenes Thema. Voll Scheu und Skepsis blicken viele dem Tag entgegen, an dem auch sie zur Gruppe der Anwender gehören. Lange wird er voraussichtlich nicht auf sich warten lassen. Denn nach einer Schätzung der Beratungsgesellschaft Diebold wächst der Markt für Informationstechnik bis 1990 um durchschnittlich 7,5 bis zehn Prozent. Zu eben diesem wachstumsfähigen Markt gehört mit einem Anteil von fünf Prozent auch der Bereich Bürotechnik.

Eine Umfrage des Emnid-Instituts, Bielefeld, (im Auftrag der IBM Deutschland) könnte beunruhigte Gemüter allerdings beschwichtigen. Laut Studie nämlich macht die anfängliche Ablehnung einer aufkeimenden Sympathie Platz, wenn der Neuling erstmal Bildschirm-Luft geschnuppert hat. Die Zahlen bezeugen es: Von 3071 „bildschirm-unberührten“ Personen entschieden sich noch 75 Prozent gegen den Bildschirm. Hingegen änderte sich das Ergebnis auffallend bei der Befragung von 1504 Bildschirm-Nutzern: Knapp 89 Prozent gaben der neuen Technik den Vorrang.

Trotz dieser positiven Einstellung der Anwender zeigen sich längst nicht alle voll zufrieden mit der Situation am Bildschirm. Verbesserungen sind durchaus erwünscht. Allerdings weniger am Bildschirm selbst. Nur bei 18 Prozent der Befragten beruht eine gewisse Unzufriedenheit auf

Mängeln am Bildschirm - wie Verstellbarkeit für den jeweiligen Bedarf, Schriftgröße, Funktionen und Programme, Helligkeit und Blendung. Mit erheblicher mehr Kritik belegt, 34 Prozent, wurden die räumlichen Verhältnisse: Licht, Lärm, Temperatur und Raumgröße.

Kritisch untersucht wurde ebenfalls die Zusammenarbeit zwischen Bildschirm-Arbeit und körperlichem Befinden. Immerhin 24 Prozent aller befragten Bildschirm-Nutzer nehmen körperliche Beschwerden wahr wie Augenbeschwerden, Vorkrampfungen oder Kopfschmerzen, die sie ursächlich auf die Arbeit am Bildschirm zurückführen. Allerdings, so ergab die Befragung von 1583 Befragten, leidet offenbar auch ohne Bildschirm grundsätzlich etwas ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung unter permanenten Krämpfen, hervorgerufen durch die Arbeit.

Das Institut glaubt dennoch, daß zwischen dem Auftreten körperlicher Unwohlens und der Arbeitsinhalten sowie insbesondere der Arbeitszeit pro Tag am Bildschirm eine Verbindung besteht. Die Studie kommt daher zu dem Schluß: Neben einer gut durchdachten Arbeitsorganisation und Arbeitsplatzgestaltung sorgen abwechslungsreiche Tätigkeiten, eine Begrenzung der Arbeitszeit am Bildschirm auf zwei bis drei Stunden pro Tag und eine flexible Pausenregelung um ehesten für Zufriedenheit beim künftigen Heer der Bildschirm-Nutzer.

Reformen zur Probe

Von PETER WEERTZ

Die Lage Polens ist unverändert kritisch. Auch der Besuch der Staatsdelegation aus Ost-Berlin und die Umschuldungskonferenz der westlichen Banken in Wien haben kaum dazu beigetragen, die ungelassensten Fragen zu klären. Sie haben eher die schwierige Lage, in der sich Polen befindet, deutlicher gemacht.

Ohnehin war von dem Besuch der Partei- und Staatsdelegation nicht viel zu erwarten. Politisch ging es eher darum, „Einheit und Geschlossenheit“ im Warschauer Pakt zu demonstrieren; wirtschaftlich gab es keine Hinweise dafür, mit welcher Hilfe Warschau rechnen kann.

Für den Weg aus der Krise braucht Polen, politisch wie wirtschaftlich, Zeit, viel Zeit, meinen westliche Experten nach wie vor. Solange die Polnische Vereinigte Arbeiter-Partei in der Bevölkerung nicht wieder Vertrauen findet, muß sich die Regierung auf die Arme stützen. Wie sich Polen wirtschaftlich entwickeln wird, ist aber ebenso ungewiß. Denn den eingeleiteten Reformen von oben fehlt es an Geschlossenheit und an der Unterstützung der Basis.

Ohne innenpolitische Stabilität wird es außerdem voraussichtlich nicht gelingen, bis zum Ende des Jahrzehnts zu einem ökonomischen Gleichgewicht zu gelangen. Dies aber ist das wirtschaftspolitische Ziel Warschaus.

Wie schwierig dies sein wird, haben die Verhandlungen in Wien gezeigt: Nur die Zugeständnisse der westlichen Banken haben verhindert, Polen als zahlungsunfähig zu erklären. Die rund 500 westlichen Gläubigerbanken sind bereit, auf einen Teil der Zinsen und die sofortige Rückzahlung der 1983 fälligen Kredite zu verzichten. Für 1983 ging es um 1,1 Milliarden Dollar Zinsen und 1,5 Milliarden Dollar Tilgungen. Zur Zeit ist Polen insgesamt mit etwa 25 Milliarden Dollar im Westen verschuldet.

Ob die Kredite jemals voll zurückgezahlt werden können, ist fraglich. Denn schon die fällige Tilgung von 1,5 Milliarden Dollar für dieses Jahr wird auf zehn Jahre gestreckt, allerdings mit fünf Freijahren. Überdies haben die Banken auf fünf Prozent der Kreditrückzahlung oder 75 Millionen Dollar ganz verzichtet. Ein zwar ungewöhnlicher Vorgang, aber die Banken wollen negative Folgen für die internationalen Finanzmärkte verhindern. Sie sind ohnedies mit den finanziellen Turbulenzen in Brasilien und Mexiko belastet. Freilich sind 14 der insgesamt 15 Milliarden

Dollar Kredite durch Regierungen garantiert.

Doch das Entgegenkommen der Banken geht noch weiter: Sie werden 65 Prozent der 1,1 Milliarden Dollar fälligen Zinsen als Kredit Polen wieder zur Verfügung stellen, um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu fördern. Diese Kredite bedingt Polen, um aus dem Westen Ersatzteile, Rohstoffe und dringend erforderliches Vormaterial zur Aufrechterhaltung der Produktion zu importieren.

Schon im Vorjahr haben die westlichen Banken ein derartiges Umschuldungsabkommen mit Polen vereinbart. In diesem Jahr waren freilich größere Zugeständnisse notwendig. Was aber wird in den nächsten Jahren? Die Polen hoffen auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung; Experten und Bankvertreter sind hier eher skeptisch. Sicher ist, daß Umschuldungsabkommen zeitlich nur begrenzt möglich sind.

Vor allem setzen die polnischen Planwirtschaftler auf eine Reform ihres Wirtschaftssystems. Doch auch dies ist, wenn überhaupt, nicht kurzfristig realisierbar. Offen ist zugleich, wieviel Spielraum hierzu vorhanden ist. Hinzu kommt, daß Polen aus den gescheiterten Reformversuchen der 70er Jahre ein keineswegs geringes Alibi zu tragen hat. Mit einem Kraftakt haben die Wirtschaftsplaner damals versucht, die Industrialisierung des Landes voranzutreiben.

Die am 1. Januar 1982 eingeführte Wirtschaftsreform bezeichnen selbst die polnischen Experten als „ein gewaltiges Unternehmen“, das das Preissystem verbessern, die Selbstständigkeit der Betriebe erhöhen und die organisatorische Struktur effizienter gestalten sollte. Natürlich war auch an eine Verbesserung der Arbeitsproduktivität sowie des Leistungs- und Steuerungssystems der Wirtschaft gedacht. Doch das Kriegsgelächter hat viele Reformansätze zusätzlich gebremst. Es sollte zwar eine „radikale Reform“ des ökonomischen Systems werden, doch sie ließ zu viele Entscheidungen offen.

Mit einem neuen Gewerkschaftsgesetz versuchte Warschau, ein Grundproblem zu lösen. Dieses Gesetz enthielt zwar das Streikrecht, es ist aber nur ein Gesetz „auf Probe“, denn erst Ende 1984 sollen wichtige Teile verwirklicht werden. Das Provisorium hat nicht nur hier Vorrang in der Wirtschaft Polens.

AUF EIN WORT



Peter Jung, Vorstandsvorsitzender der PHB Westfälische AG, Köln. FOTO: DIE WELT

Der Anstieg der Investitionsgüternachfrage aus den importierenden Ländern als Folge der Ölpreissenkung wird zunächst langsamer und schwächer eintreten, als der Rückgang der Nachfrage nach Industrieanlagen aus den Opec-Ländern als Folge eben dieser Ölpreissenkung. Ein Anstieg der Nachfrage nach Rohstoffen wird sich dann auch für Gewinn- und Umschlaganlagen positiv auswirken.

Weltenergiebedarf wächst weiter

dpa/VWD, Frankfurt

Auf der Erde werden jährlich knapp zehn Milliarden Tonnen Steinkohle (Stk) an Energie verbraucht. Experten rechnen bis zum Jahr 2000 mit einer Erhöhung dieses Energiebedarfs um 70 bis 100 Prozent, berichtet die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt. Der hohe erwartete Anstieg begründe sich vor allem mit dem Nachholbedarf der Entwicklungsländer, wo heute im Durchschnitt knapp 500 Kilogramm Stk je Einwohner und Jahr verbraucht werden, während es in Industriestaaten etwa 6000 Kilogramm sind. Einen gleichbleibenden Verbrauch vorausgesetzt, würden die Kohlevorräte mehr als 200 Jahre, das Erdöl rund 30 Jahre, das Erdgas rund 50 Jahre und das Uran 50 bis 60 Jahre reichen.

KERNENERGIE

Bonn hält Entsorgung für langfristig gesichert

HEINZ HECK, Bonn

„Das deutsche Entsorgungskonzept hat sich bewährt.“ Der von den Regierungschefs von Bund und Ländern am 22. September 1979 bei der Ratifizierung des Atomgesetzes in der Bundesrepublik eingeleiteten radioaktiven Stoffe, ihre Behandlung und die Maßnahmen zur geordneten Abfallbeseitigung, Behinderungen in der friedlichen Nutzung der Kernenergie werden von der Entsorgungsschritte her nicht gesehen. Denn der von der Elektrizitätswirtschaft geforderte Entsorgungsnachweis könne „auch in Zukunft sicher geführt werden“.

Das Kabinett hatte erst kürzlich die Genehmigung für Tiefbohrungen im Salzstock Gorleben gegeben, wo ein Endlager für nukleare Abfälle errichtet werden soll. Bei Verwirklichung dieses Projekts sowie eines weiteren in der ehemaligen Eisenerzgrube Konrad können bis zum Jahre 2000 alle bis dahin angefallenen Abfälle dort eingelagert werden.

KONJUNKTUR

Deutsche Bank beurteilt Wirtschaftslage positiv

HARALD POSNY, Düsseldorf

Das Konjunkturmodell in der Bundesrepublik hat sich nach Darstellung der Deutschen Bank zur Jahresmitte wieder etwas aufgehellt, nachdem der Erholungsprozess in den Frühjahrsmonaten vorübergehend ins Stocken geraten war. In der August-Ausgabe seines „Börsenbild und Anzeigen“ weist das Institut vor allem auf das, was auch nur leichte Wachstum bei Industrieproduktion und Neubestellungen sowie verbesserter Kapazitätsauslastung hin. Positiv wird auch vermerkt, daß die Teuerungsrate in der Lebenshaltung trotz Mehrwertsteuerrückgang zur Jahresmitte kaum gestiegen ist.

Die Konjunkturimpulse gehen jedoch weitgehend von der Inlandsnachfrage, insbesondere nach Verbrauchsgütern, aus. Die Konsumgüternachfrage dürfte im weiteren Verlauf des Jahres in etwas ruhigeren Bahnen verlaufen. Die Nachfrageentwicklung im Investitionsgüterbereich und die Auftragslage in der

Elektrizitätswirtschaft „entschlössen“ für die Verwirklichung dieses Konzepts einsetzen.

Der Bericht enthält erstmalig eine vollständige Darstellung aller bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik anfallenden radioaktiven Stoffe, ihre Behandlung und die Maßnahmen zur geordneten Abfallbeseitigung, Behinderungen in der friedlichen Nutzung der Kernenergie werden von der Entsorgungsschritte her nicht gesehen. Denn der von der Elektrizitätswirtschaft geforderte Entsorgungsnachweis könne „auch in Zukunft sicher geführt werden“.

Das Kabinett hatte erst kürzlich die Genehmigung für Tiefbohrungen im Salzstock Gorleben gegeben, wo ein Endlager für nukleare Abfälle errichtet werden soll. Bei Verwirklichung dieses Projekts sowie eines weiteren in der ehemaligen Eisenerzgrube Konrad können bis zum Jahre 2000 alle bis dahin angefallenen Abfälle dort eingelagert werden.

Bauwirtschaft signalisierten eine deutliche Belebung.

Im Gegensatz dazu vermag das Institut in der Auslandsnachfrage bisher keine verlässlichen Anzeichen für eine Wende zum Besseren zu erkennen. Wesentlich dürfte dafür sein, daß in Westeuropa als dem mit Abstand dominierenden Absatzmarkt deutscher Produkte bisher nur Großbritannien Anzeichen für eine Konjunkturbelebung aufweist.

Der Aufschwung in den USA strahlt bisher nur sehr schwach auf das deutsche USA-Geschäft aus. Wieweit sich die jüngsten Wechselkursveränderungen positiv auf den Export auswirken, ist nach Feststellung der Deutschen Bank noch schwer abzuschätzen. Die Ausfuhr preiselastischer, homogener Produkte dürfte davon profitieren. Allerdings sei zu berücksichtigen, daß ein Großteil der deutschen Exporte auf weniger preismempfindliche Investitionsgüter entfällt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Risikokapital: Bonn startet Modellversuch

Bonn (Hf) - Das Bonner Forschungsinstitut will die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Risikokapital verbessern. Wie Minister Riesenhuber auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Stavenhagen erklärte, dient der vor kurzem gestartete Modellversuch, „Technologieorientierte Unternehmensgründungen“ dem Zweck, Erfahrungen zu gewinnen und Verbesserungsvorschläge zu entwickeln. Im Rahmen dieses Versuchs wird es sogenannte „Venture Capital“-Gesellschaften ermöglichen, ohne regionale Begrenzung ihre Beteiligungsgesellschaften an jungen, technologieorientierten Unternehmen in der Projektförderung - also zum Beispiel Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, Finanzierung der Produktionseinrichtung und des Marketing - einzubringen. Riesenhuber verspricht sich davon, einen starken Impuls auf die Entwicklung dieses Marktes.

Importgüter verteuert

Jerusalem (VWD) - Mit einer massiven Preiserhöhung fast aller Importprodukte will die israelische Regierung versuchen, die gigantische Summe seiner Auslandsschuld in Höhe von 22 Milliarden US-Dollar zu vermindern. Wie Finanzminister Joram Aridor erklärte, sei mit dem Regierungsbeschluss über die Erhöhung der Kaufsteuern für die Importgüter um zehn Prozent ferner beabsichtigt, die Eigenproduktion und den Export zu vergrößern. Die Regierung hoffe mit dieser Maßnahme, die nur einen Schritt im Rahmen der geplanten Kürzung des Staatshaushalts bildet, auch zur Drosselung der inzwischen auf 125 Prozent gestiegenen Jahresinflation beizutragen.

Bürgschaft für Junior

Goslar (dos) - Eine Überbrückungsbürgschaft in Höhe von 0,5 Millionen Mark hat das Land Niedersachsen der in Schwierigkeiten geratenen Junior Fenster- und Fassadenbau GmbH, Goslar, gewährt. Das zur Uhl-Gruppe Ravensburg, gehörende Unternehmen, dem bereits 1981 eine 8-Millionen-Mark-Bürgschaft zugesagt worden war, wollte ursprünglich zwei Millionen Mark verbürgen haben. Der Verzicht der rund 300 Junior-Mitarbeiter auf Weihnachtsgeld und Urlaubsgeldzahlungen führte unter anderem dazu, daß Uhl dem Unternehmen 3,1 Millionen Mark zuführen kann.

Warum Einzelhändler aufgeben

Grund in %	Ursache
26	Alter, Krankheit
24	Fachwissen, Konkurrenz
17	Neu nachgelassen
15	Abwanderung der Kunden
14	Zu hohe Mieten
11	Neue Konkurrenz
7	Zu wenig Parkplätze

Jahr für Jahr schließen Tausende von Einzelhandelsgeschäften, überwiegend Klein- und Familienbetriebe. Vor allem wirtschaftliche Gründe geben dabei den Ausschlag, wie eine Untersuchung von 25 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zeigt. Quelle: GfK

Geringes Unfallrisiko

Bonn (Hf) - Die Arbeit in einem Kernkraftwerk ist genauso ungefährlich wie Schreibräuterei. Zu diesem Fazit kommt eine Analyse des Deutschen Atomforums in Bonn. Danach ist das berufliche bedingte Gesundheitsrisiko von Beschäftigten in Kernkraftwerken als in vergleichbaren konventionellen Industriezweigen. So ergab eine Auswertung des Unfallgeschehens in Wärmekraftwerken, daß dort, wo mit fossilen Energieträgern (zum Beispiel Kohle oder Öl) beheizt wird, die Unfallhäufigkeit mehr als doppelt so hoch liegt wie in Kernkraftwerken: 80 gegenüber 34 Unfällen im Jahr, bezogen auf 1000 Beschäftigte.

SPD-Vorschlag abgelehnt

Bonn (Hf) - Die SPD habe aus den Fehlern ihrer gescheiterten Finanz- und Beschäftigungspolitik nichts gelernt, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Manfred Carstens, zu dem von der SPD vorgeschlagenen Neun-Milliarden-Programm, das unter anderem mit einer Ergänzungsabgabe finanziert werden soll. „Nicht weitere Erhöhung der Abgabenlast, nicht neue Programmstrukturen zur Verwaltung und Zuteilung zinsverbilligter Kapitalmittel sind gefragt, sondern eine konsequente Politik, die eine allgemeine Senkung des Zinsniveaus ermöglicht“, erklärte Carstens.

Jetzt auf einen starken Partner setzen.



mietfinanz®

Investitionsfinanzier.

mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 011245, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

NIEDERSACHSEN

Innovationen mit Erfolg gefördert

dos, Hannover
Das vom Land Niedersachsen initiierte und finanziell geförderte Innovationsberatungssystem ist bei der mittelständischen Wirtschaft auf große Resonanz gestoßen. Nach Angaben der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel zeigt eine erste Zwischenbilanz, daß die Kontaktberatung intensiv in Anspruch genommen wird. Ziel des Programms ist es, das Defizit beim Technologietransfer in Niedersach-

Anzeige

Abonnieren Sie Realismus

Die WELT will aufzeigen, "was Sache ist". Und sie will in ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren deutlich machen, was die weltweiten Fakten und Tendenzen für uns bedeuten. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen sicheren Beurteilungsmaßstab für verantwortliches Handeln.

DIE WELT

Hinweise für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 14 Tagen (Absende-Datum gerechnet) schriftlich zu widerrufen bei:
DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.

Bestellchein
Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT (wöchentlich) zu dem Preis von DM 25,00 (Ausland 35,00, Luftpostzuschlag auf Anfrage, einseitig Versand- und Zustellkosten, sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen).

Name: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beruf: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen (Absende-Datum gerechnet) zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.

Unterschrift: _____

sen abzubauen. Das Land hat für die Dauer von fünf Jahren den Trägern des Beratungssystems - Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft - 6,5 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Ab 1988/89 sollen die Träger das Beratungssystem in "finanzieller Eigenverantwortung" fortführen. Das Land, so Frau Breuel, wolle mit der "zeitlich begrenzten Initiative" nur den Anstoß für eine effektive Technologisierung geben.

ERDÖL / Vorräte bleiben auf niedrigem Niveau

Preiserhöhung nicht in Sicht

WILHELM FURLER, London

Die großen internationalen Ölkonzerne zeigen keinerlei Interesse daran, ihre Vorräte wieder aufzustocken. In den vergangenen zweieinhalb Jahren sind sie um durchschnittlich etwa 650 000 Barrel pro Tag (ein Barrel = 159 Liter) auf das gegenwärtig niedrige Niveau abgebaut worden. Die kommerziellen Reserven der westlichen Ölländer reichen aus, den Verbrauch von 85 Tagen zu decken. Wie die Londoner Tageszeitung Financial Times erfahren haben will, ist die Ölindustrie mit diesem niedrigen Vorratsniveau völlig zufrieden - trotz des allmählich näher rückenden Winters und ungeachtet der Anzeichen für eine allmähliche Belebung der Weltwirtschaft.

Damit werden Hoffnungen der Organisation erdexplorierender Länder (Opec) untergraben, daß ein Wiederaufbau der Ölvorräte auf ein früher übliches Niveau die Nachfrage ausweiten und damit eine Erhöhung des im Frühjahr auf 17,5 Millionen Barrel pro Tag festgesetzten Opec-Produktionsniveaus rechtfertigen würde. Immer wieder haben Mitgliedsstaaten in den letzten Wochen ihre Produktionsquoten überschritten.

IKEA / Überführung in eine Stiftung bestätigt

Schritt auf den US-Markt

dpa/VVD, Stockholm
Der Gründer und Eigentümer der schwedischen Möbelhaus-Kette Ikea, Ingvar Kamprad, hat gestern bestätigt, daß er die ausländischen Aktivitäten seines Unternehmens in eine niederländische Stiftung einbringen will. In einem Interview der schwedischen Zeitung "Svenska Dagbladet" verneinte Kamprad jedoch Angaben vom Vortag, daß dieser Schritt etwas mit der Diskussion um die geplante Einführung von Arbeitnehmerfonds in Schweden zu tun hat.

Im Gehe um die Sicherung des Unternehmens nach seinem Tod, sagte Kamprad. Es solle vermieden werden, daß eventuelle Streitigkeiten unter seinen drei Söhnen den Zusammenhalt des Konzerns gefährden könnten. Schon heute besitzt eine niederländische Stiftung Teile der drei Holdinggesellschaften Inka Scandinavia, Inka Overseas und Inka Europa, die wiederum die regionalen Tochterunternehmen in Skandina-

KIENBAUM-UNTERNEHMENSBERATUNG / Erfolgreich auf einem neuen Markt der Führungsebene

„Manager ohne Aufgabe sind verschenktes Potential“

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat neben Rekordzahlen an Arbeitslosen und Unternehmenspleiten auch einen „Nebenkriegsschauplatz“ geboren. Vermutlich mehr als 10 000 deutsche Manager der mittleren und gehobenen Führungsebene, bis hin zu persönlich haftenden Gesellschaftern und ähnlichen Leuten der obersten Entscheidungsebene, wurden vorzeitig ins berufliche Ausgeschleudert. Fusionen, Pleiten, Unternehmens-Sparkurse um des nackten Überlebens willen - vielerlei hat diese Manager-Reservearmee seit anderthalb Jahren erheblich anschwellen lassen. Zumeist sind dies aber keine ums materielle besorgten Arbeitslosen. Aber ein Potential an Wissen, Erfahrung, Können und Leistungsbereitschaft, dessen Bruchteil sich eine auf Genesung erpichte Volkswirtschaft nicht leisten kann.

Gerhard Kienbaum (53), Gründer und Vorsitzender der Zentralgesellschaftsführung der gleichnamigen Unternehmensberatungsgesellschaft mit Stammsitz Garmisch-Partenkirchen, die zu den größten in Europa zählt, schildert mit solchen Sätzen im Gespräch mit der WELT die Angebotsseite eines neuen Marktes, in dem seine Gruppe intensiv Fuß zu fassen beginnt. Er nennt es „persönliche Veränderungshilfe für Chefs, Manager, Experten“ - kurzum für Manager, die zu früh ohne Aufgabe gestehen.

Damit hat die Kienbaum-Gruppe nach früheren „Verlegenheitsrufen“ 1983 gezielt angefangen. Und auf Anhieb hat sie mehr als ein halbes Hundert Ex-Manager „aus der obersten

Entscheidungsebene“ unter Kontrakt genommen. Allesamt aus Firmen mit mehr als 100 Mill. DM Jahresumsatz, und auch Vorstandsmitglieder von Milliardenunternehmen sind darunter.

Unter Kontrakt, das heißt natürlich auch für diesen Unternehmens- und Personalberater, daß er einen Weg finden mußte, das gesetzliche Vermittlungsmonopol der Bundesagentur für Arbeit zu respektieren und dennoch zu agieren. Für Kienbaum (und nicht nur für ihn) ein ärgerliches Monopol. Denn da gebe es nun einerseits die unüberlegbare Tatsache, „daß unsere Wirtschaft eine ernste Krise durchläuft und der Absatz für uns - und dies nicht erfolgreich tun kann ohne die Erfahrung solcher Manager und Chefs, die seit Jahrzehnten auf den Auslandsmärkten in der Wiedergewinnung deutscher Positionen tätig waren“.

Und andererseits sei es denn doch zumindest „höchst merkwürdig“, daß in Positionen, wo es um schnelle Reaktionen, wo es um das Erfassen von Veränderungselementen auf allen Märkten, in der Technologie, in der Organisation und anderem mehr geht, „daß ausgerechnet auf diesem Gebiet eine Monopolstellung des Staates gewissermaßen zur Scheitern-Zuteilung des gesamten Generaldirektors postuliert ist“.

Den Ausweg fand Kienbaum, indem er freigesetzte Manager in ein freies Mitarbeiterverhältnis mit seiner Gruppe anbietet, die ihrerseits Auftragnehmer von Unternehmen bleibt, die mit solchen Leuten die „Probleme momentan oder auch auf

längere Sicht zu lösen haben“. Besagte freien Mitarbeiter werden „zunächst nur in Teilzeitaufgaben“ eingesetzt. Im Grunde kein Novum in der Beraterbranche, für deren Dienstleistung ja die Teilzeitaufgabe charakteristisch ist.

Zu schweigen davon, daß die Kienbaum-Gruppe schon vor einem Jahrzehnt mit dem Aufbau eines heute 250 Mitglieder großen Kreises freier Mitarbeiter an „Spezialisten“ begann. Denn bei vielen weiterreichenden Projekten könne die Beratungsfirma nun einmal nicht genug Personalkapazität mit eigenen fest Angestellten vorhalten.

Das Neue an Kienbaums Konzept für die „vorzeitigen Senioren“ (das Gros seiner „Kontraktnehmer“ liegt bei 50-60jährigen Ex-Managern mit sinkender Altersgrenze) ist die nun systematisch und für erweiterte Tätigkeitsfelder betriebene „Rekrutierung“. Sie hat ihren ersten und entscheidenden Schwerpunkt darin, daß „vor Kontrakt“ der Ex-Manager eine gründliche Beurteilung durch einen „Vorgesetzten“ von Fachwissen bis zur Führungseigenschaft für ihn stanzvoll „Freiraum“ seiner Einsatzmöglichkeiten zu klären. Da war mancher, so konstatiert auch Kienbaum, von einem besseren Konjunkturauftrieb „in Verantwortlichkeiten hochgeköpft“, wofür die jenseits seines wahren Könnens liegen.

Keine Sorge hat der selbst in die (echte) Seniorengeneration eingetragene Berater Kienbaum über die Nachfrage der von ihm beackerten Märkte. Der Bedarf für solche Mitarbeiter sei zumal bei mittel-

ständischen Familienunternehmen riesengroß. So kenne er denn auch etwa aus seiner oberbergischen Heimat eine ganze Reihe von Firmen, die neuerdings in Schwierigkeiten geraten, weil die nächste Generation nur das Vermögen und nicht die Führungsqualität geerbt hatte.

Zurück zur Angebotsseite der Kienbaum-Aktion: Eine Tendenz zur Nutzung von Managerkapazitäten jenseits der Pensionistenschwelle (in Japan gang und gäbe und mit Teilzeitsjobs auch in den USA auf dem Vormarsch) will der Chef dieser Beratungsgruppe daraus noch nicht ableiten. Aber eins stellt er denn doch fest: Es sei ganz und gar keine einheitliche Auffassung unter den Beschäftigten unserer Wirtschaft, daß die Lebensarbeitszeit für jedermann verkürzt werden sollte.

Und passend dazu registriert er bei der potentiellen Klientel der Kienbaum-Aktion eine denkwürdige Gruppe: Manager in Amt und Würden, Anfang der 50er Jahre. Sie fragen an, ob diese Aktion nicht auch für sie etwas sei, um durch Wechsel aus ihrem bisherigen Firmenverbund in eine freizügigere Gestaltung der Arbeitsaufgaben den Zeitpunkt der abrupten Pensionierung „gleichender und weicher“ zu machen. Vornehmlich seien das Anführer, die in der Welt für ihr Unternehmen Erfahrungen sammeln. „Damit schließt sich Kienbaums Argumentationskreis beim Anhang: Die Wiedergewinnung geschwächerter Weltmarktpositionen als Zentrallaufgabe für einen Wiederaufschwung der Wirtschaft.“

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Einbußen bei Porzellan

Selb (VWD) - Die Porzellan-Hersteller in der Bundesrepublik melden für das erste Halbjahr einen Umsatzrückgang gegenüber den ersten sechs Monaten 1982 um 2,3 Prozent auf 525 Mill. DM. Wie der Verband der Keramischen Industrie mitteilte, war der Export mit nominalminimalem 8,4 Prozent auf 224 Mill. DM besonders stark betroffen. Der Inlandsumsatz stieg dagegen um 2,8 Prozent auf 301 Mill. DM. Die Produktion ging um drei Prozent auf rund 43 000 t zurück.

Harpener zufrieden

Dortmund (VWD) - Die Harpener AG rechnet aufgrund der bisherigen Entwicklung und der Einschätzung des Geschäftsverlaufs im zweiten Halbjahr für 1983 mit einem befriedigenden Gesamtergebnis. Das Unter-

nehmen, dessen Mehrheit bei der französischen Gaz et Lait liegt, erzielte im ersten sechs Monaten einen Konzernumsatz von 162,8 Mill. DM, 1,3 Prozent weniger als in der Vergleichsperiode 1982.

Hoher Mittelzufluß

München (sz) - Die starke Nachfrage nach Investmentpapieren brachte der Münchner Kapitalanlage AG (MKA) im ersten Halbjahr 1983 einen Nettokapitalzufluß von 10 Mill. DM. In der entsprechenden Vorjahreszeit waren dagegen 3,3 Mill. DM abgeflossen. Im Mittelpunkt der Käuferinteressen standen die drei Aktienfonds mit 7,9 Mill. DM Zufluß (Vorjahr: 5,5 Mill. DM Abfluß). Die größte Wertsteigerung seit Juli 1982 erzielte von ihnen der „Investors“-Fonds mit 44,2 Prozent vor „Analytik“ mit 39,7 und „Alfakapital“ mit 32,2 Prozent. Die beiden Ren-

tenfonds „Renik“ und „Remer“ kamen auf Wertsteigerungen von 14,4 bzw. 18,1 Prozent. Das gesamte von der MKA verwaltete Fondsvermögen stieg auf 255 Mill. DM gegenüber 171 Mill. DM per Ende Juni 1982 und 194 Mill. DM zum Jahresende.

Konkursantrag für Hensel

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Hensel Kreditbank GmbH, Darmstadt, ist am Ende. Für das 1957 gegründete Institut, gegen das die Bankenaufsicht in Berlin in der vergangenen Woche ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot erlassen hatte, wurde Konkursantrag gestellt. Der vom Bundesbankpräsident für das Kreditwesen ermittelte erforderliche Werterhöhungsbetrag könne nicht aufgebracht werden, hieß es. Damit ist diese relativ kleine, auf das Kreditbankgeschäft und Wechsel-

geschäft spezialisierte Geldinstitut überschuldet. Das Kreditvolumen betrug im vergangenen Jahr rund 42 Mill. DM, die Bilanzsumme etwa 90 Mill. DM.

Wieder 15 Prozent

Frankfurt (VWD) - Eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Dividende von 15 Prozent auf 56 Mill. DM Grundkapital können die Aktionäre der Main-Kraftwerke AG (MKEW), Frankfurt, für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. Juni) erwarten. Nach Unternehmensangaben wurde bei verlangsamtstem Kostenanstieg ein höherer Jahresüberschuss als im Vorjahr ausgewiesen. Dieser war 1982/83 um 2,6 Mill. auf 9,4 Mill. DM gestiegen. Der Umsatz stieg im Berichtsjahr - bedingt durch höhere Strompreise und verstärkte Gasabgabe - um 5,6 (14,2) Prozent auf 580 (548,9) Mill. DM.

„DDR“ / Produktivitätsabstand zur Bundesrepublik bei dreißig Prozent

Die Führung drückt jetzt auf das Tempo

CLAUS HÖCKER, Berlin

Wirtschaftliches Wachstum muß die „DDR“ in erster Linie durch Fortschreiten der betrieblichen Rationalisierung sichern. Um dies bei geringer Beschäftigungszunahme, fallender Investitionsquote und aus Kostengründen nicht mehr auszuweitender Rohstoffpreise zu bewerkstelligen, richten sich die Anstrengungen seit Anfang der achtziger Jahre auf eine als „konsequente Intensivierung“ beschriebene Produktivitätspolitik. Ihr Erfolg bestimmt mit über die soziale und politische Stabilität in der „DDR“.

Die Ergebnisse werden von westlichen Beobachtern differenziert beurteilt. Es heißt, die „Innovationsfähigkeit“ bestehe fort. Die Betriebe konzentrierten sich auf die maßgebende Erfüllung des Plans und gaben vielfach nur den wenig riskanten Neuerungen eine Chance. Die Gliederung in Großkombinate habe so viel Monopolmacht geschaffen, daß die vom Weltmarkt geschützten großen Einheiten den sozialistischen Abnehmer im Inland und im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ihre Bedingungen häufig durchsetzen könnten. Eine solche Absatzgarantie

fordere kaum das Rationalisierungs-tempo.

Die SED-Führung räumt ein, daß der Produktivitätsabstand zur Bundesrepublik etwa 30 Prozent beträgt. Zur Kennzeichnung der in allen Bereichen anstrengenden Modernisierungsanstrengungen führt sie aber den sinkenden Material- und Energieverbrauch ins Feld und verweist darauf, daß mehr als 23 000 „Roboter“ im Einsatz seien. Daß sie unter diesem Begriff jedoch Handhabungsautomaten im weitesten Sinn versteht, erhält ein Blick auf Japan. In den dortigen Betrieben sind heute 14 000 Roboter an der Arbeit und 1985 sollen es 32 000 sein.

Um das Tempo zu beschleunigen, verschärft die SED-Führung parallel zu Schwerpunktmaßnahmen wie in der Mikroelektronik den administrativen Druck. So tritt von 1984 an eine Lohnsummensteuer in Kraft, um einen zu großzügigen Umgang mit Arbeitskraft zu unterbinden - in der „DDR“ herrscht Überbeschäftigung, da bisher versucht wurde, Produktivitätsfortschritt mit einer Ausweitung des Arbeitskräftepotentials und nicht durch Rationalisierung zu erreichen. Auswirkungen

wird dies nach Auffassung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vor allem auf die Kostenstruktur der Industrie und des Bauwesens haben, da eine Abwälzung auf die Verbraucherpreise nicht zugelassen ist.

Zum Jahresbeginn soll dann auch dem Nettogewinn unter den betrieblichen Hauptkennziffern ein hoher Stellenwert eingeräumt werden. Der bisherige Vorrang der industriellen Warenproduktion soll abgebaut werden. Dahinter steht die Einsicht, daß eine hohe Produktion nichts nützt, wenn sie sich im Warenlager stapelt, anstatt mit Gewinn verkauft zu werden.

Nachhaltige Aufmerksamkeit widmet die SED-Führung nicht zuletzt der Arbeitsmotivation. Staats- und Parteichef Erich Honecker stellte fest, daß der „subjektive Faktor“ eine zunehmende Rolle bei der Aufgabenlösung spiele. Dabei geht es sowohl um finanzielle Anreize nach Leistungs-kriterien als auch um die Einhaltung der Schichtarbeit, in deren Durchsetzung das Politbüromitglied Günter Mittag eine „Aufgabe von volkswirtschaftlicher Bedeutung“ sieht. (dpa/VWD)

BAYER / Das Inlands- und Exportgeschäft hat sich im ersten Halbjahr belebt

Enorme Gewinnsteigerung ausgewiesen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Eine „deutlich bessere“ Dividende für 1983 hatte Vorstandsvorsitzender Prof. Herbert Grunewald den Aktionären der Bayer AG, Leverkusen, auf der Hauptversammlung im Juni in Aussicht gestellt. Sie hatten bei dieser mit 2,53 Mrd. DM Aktienkapital größten deutschen Publikumsgesellschaft für 1983 eine besonders drastische Dividendenkürzung auf 4 (7) DM schenken müssen. Im Einklang mit der Vorstandsprognose meldet nun Bayer für das erste Halbjahr 1983 Steigerungen im Gewinn vor Steuern bei der AG um 20,1 Prozent auf 507 (422) Mill. DM und im Welt-Gewinn um 19,1 Prozent auf 860 (722) Mill. DM. Das sind bei der AG bereits 69 Prozent und bei Bayer-Welt sogar 89 Prozent der vollen 1982er Jahresergebnisse.

Die Gewinnverbesserung wurde mit einer gegenüber dem noch guten ersten Halbjahr 1982 moderaten Stei-

gerung des Umsatzes erreicht. Er wuchs im Welt-Bereich um 1,5 Prozent auf 18,5 Mrd. DM, im AG-Bereich um 3,3 Prozent auf 7,48 Mrd. DM mit 63,5 (64,4) Prozent Exportanteil. Zumal der AG-Umsatz für das zweite Quartal 1983 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit mit einer auf 6,1 (1,4) Prozent gestiegenen Zuwachsrate deutliche Belebungstendenzen zeigt, wobei auch der Exportumsatz (nach 0,9 Prozent Vorjahres-Minus) nun mit 4,9 Prozent im Plus liegt.

Im Einklang damit berichtet der Vorstand für das AG-Geschäft im zweiten Quartal von einer Fortsetzung der Belebung im Inland und günstiger Exportentwicklung. Die Ergebnissverbesserung stamme hier aus Mengenanstieg mit Kostendegression, verbunden mit einer besseren Kapazitätsauslastung und außerdem aus „innerbetrieblichen Maßnahmen“. Die mit Letzterem angeordnete Sparpolitik zeigt auch der Rückgang

der AG-Belegschaft, die zur Jahresmitte mit 61 012 Personen um 2,1 Prozent kleiner als im Vorjahr war und im ersten Halbjahr mit 1,94 Mrd. DM einen erstmals seit langem konstant gebliebenen Aufwand erforderte.

An Sachinvestitionen sind 1983 nur noch 400 (653) Mill. DM bei der AG und 1,8 (2,06) Mrd. DM im Welt-Bereich geplant. Im Welt-Gewinn vor Steuern liegt Bayer auch im ersten Halbjahr 1983 deutlich höher als die beiden anderen Großchemie-Konzerne BASF und Hoechst. Der bei Bayer besonders drastische 1982er Absturz in Nettogewinn und Dividende resultierte aus hohen und steuerlich nicht mit anderenorts entstandenen Gewinnen verrechenbaren Aufwendungen der Strukturumgestaltung. Dieser Sonderumwand von „Alten hundert Mill. DM“ - so Prof. Grunewald in der letzten HV - fällt 1983 zugunsten des Ergebnisses fort.

ÖSTERREICH / Creditanstalt braucht Hilfe

Probleme mit Beteiligungen

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Schwere Zeiten macht derzeit die österreichische Industrie durch. Neben der stark defizitären Gruppe der verstaatlichten Industrie (100 000 Beschäftigte) steht jetzt auch der Industriezweig der mehrheitlich im Staatsbesitz befindlichen größten Bank des Landes, Creditanstalt-Bankverein (CA), vor großen finanziellen Problemen. In der Gruppe von 40 Unternehmen, an denen die Bank mit mehr als 25 Prozent beteiligt ist, wurden seit 1970 Verluste in der Gesamthöhe von fast 7 Milliarden Schilling größtenteils aus Bankerträgen abgedeckt, was bereits ein Mehrfaches des Grundkapitals der CA darstellt.

Der überwiegende Teil dieser Verluste stammt aus den Industriebeteiligungen, wenngleich auch die Hotel- und andere Dienstleistungsunternehmen wie etwa ein Reisebüro ebenfalls nicht immer kluglos gewirtschaftet haben. Der CA-Konzern mit der neben der verstaatlichten zweitgrößten Industriegruppe des Landes erzielte 1982 einen Umsatz von etwa 58 Mrd. Schilling bei 51 000 Beschäftigten. Dabei fielen Verluste von insgesamt 1,56 Milliarden Schilling an.

Im 1. Quartal 1983 verschlechterte sich die Situation in einigen Betrieben weiter. Betroffen sind insbesondere der Fahrzeugkonzern Steyr, der Gummi- und Kunststoffkonzern Semperit, die Glasfabrik Stöckl-Oberglas und der Papierhersteller Leykam mit einem Zellstoffwerk. Insgesamt ging der

Gruppenumsatz während der ersten drei Monate um rund 300 Millionen Schilling auf 12,8 Milliarden Schilling zurück; die Verluste lagen bereits über 700 Millionen Schilling; der Personalstand verringerte sich um 1500 Personen.

Nachdem die Gewinne der übrigen Betriebe bei weitem nicht ausreichen, um die anfallenden Verluste in den Problemkreisen abzuwehren, steht nun die Creditanstalt vor finanziellen Problemen, zu deren Lösung Generaldirektor Hannes Androsch, der ehemalige Finanzminister in der Regierung Kreisky, nun die Mithilfe des Staates angefordert hat. Dem selbst die Rekordgewinne der Bank im Vorjahr lassen es dem Management nun nicht mehr geraten erscheinen, die Fertigung unter allen Umständen zu halten, zumal eine inzwischen gesunkene Zinsspanne, ein konjunkturell bedingter träger Geschäftsverlauf bei gleichzeitig gestiegenen Risiken vor allem im Auslandsgeschäft die Erträge dieses Jahres zweifellos belasten werden.

Insbesondere Androsch sieht heute auf dem Standpunkt, daß unrentable Betriebe aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nur dann weiter gehalten werden sollten, wenn aus jener Seite entsprechende Zuschüsse erbracht werden, die aus politischen Gründen eine Werkschließung verhindern will - und das sind sowohl die Bundesregierung in Wien als auch die einzelnen Landesregierungen.

SOZIALHILFE / Institut „Finanzen und Steuern“

Vorschläge für Entlastungen

GISELA REINERS, Bonn

Das Institut „Finanzen und Steuern“ in Bonn schlägt vor, zur Entlastung der Sozialhilfe die verschiedenen Systeme der sozialen Sicherung herauszuheben und das Kindergeld neu zu ordnen. So könne die Sozialhilfe, die von den Kommunen zu bezahlen ist, von der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen hin verlagert werden. Mehrkosten für das Gesamtsystem seien vermeidbar, wenn sich die Maßnahmen auf wirklich Bedürftige konzentrierten. Als Volumen für die nötige Umstrukturierung sieht das Institut „mindestens“ die Hälfte der Ausgaben für Sozialhilfe von rund 15 Milliarden Mark an.

Seit 1965 habe sich das Leistungsumkommen in der Sozialhilfe mehr als verdreifacht, rechnet das Institut. Vor 1981 habe jeder 90. Einwohner der Bundesrepublik im Durchschnitt 7097 Mark Sozialhilfe erhalten. Die häufigsten Gründe dafür sei-

en Mängel in der Hinterbliebenenversorgung, beim Kinderlastenausgleich, der Arbeitslosenunterstützung und eine fehlende Sicherung des Pflegekostenrisikos. Rund ein Drittel der Empfänger sei 60 Jahre und älter, davon vier Fünftel Frauen.

Witwen sollten deshalb eine vom Einzelfall abhängige Mindestrente erhalten, wenn die Rente des verstorbenen Ehepartners für beide ausreicht hätte. Alleinstehenden Müttern könne durch eine Neuregelung des Kinderlastenausgleichs geholfen werden. Das Kindergeld müsse wieder durch Freibeträge ersetzt werden, verbunden mit absoluten Mindestbeträgen, gestaffelt nach Kinderzahl und Einkommenshöhe, eventuell ergänzt durch ein Erziehungsgeld.

Einen eigenständigen Kinderlastenausgleich sollte es auch für Arbeitslose geben. Durch Kinderzuschläge müsse die Haushaltsgröße der Unterstützungsempfänger berücksichtigt werden.

MIEDER- UND BADEBEKLEIDUNG

Die Hälfte geht in den Export

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nach dem mit einem Umsatzrückgang um knapp 11 Prozent auf 520 Mill. DM, etwa 19 Prozent weniger Beschäftigten (5500) in 49 (57) Betrieben nur schwachweg negativ zu charakterisierenden Geschäftsjahr 1982 verlangt die deutsche Mieder- und Badebekleidungsindustrie in den ersten 5 Monaten 1983 eine differenziertere Beurteilung.

Zwar nahm noch einmal die Zahl der Beschäftigten drastisch um 16,5 Prozent auf 4900 ab, doch der Umsatz sank nur noch um 1,6 Prozent auf 294 Mill. DM. Und während Produktion und Umsatz im 1. Quartal bei Miedern und Wäsche um ein bis zwei-stellige Prozentsätze sanken, verzeichneten Bade- und Strandbekleidung ein- und zweistellige Zuwachsraten.

Dies freilich war ausschließlich eine Folge von gestiegener Fertigung der Unternehmen im Ausland und weiter gestiegenen Ausfuhrn. Mit knapp 117 (113) Mill. DM Mieder- und Bademode-Export hat die deutsche Industrie im 1. Halbjahr 1983 einen Export-Anteil von 39 Prozent erreicht. Nicht ohne Stolz verweist die Geschäftsführerin des Mieder-Verbandes, Hildegard Panck, daß

keine andere Sparte der deutschen Bekleidungsindustrie über einen solchen hohen Exportanteil verfügt - und dies sogar ohne jede Subvention.

Zu den Hauptabnehmerländern gehören nicht nur traditionell die Niederlande, Österreich, Schweiz, Belgien und Frankreich, die Ostblockländer nehmen allein 24 Prozent ab. Dem Exportwachstum bis zur Jahresmitte von 4,2 Prozent auf 192 Mill. DM im letzten Jahr) stand bei den Einfuhren ein Plus von fast 11 Prozent auf 216 Mill. DM (1982 minus 2,6 Prozent auf 332 Mill. DM) gegenüber. Hier sind Italien, Frankreich und Österreich die Hauptzufuhrländer.

Auf der 10. Igda Dessous (4. bis 7.9. in Düsseldorf), der „reizvollsten“ und weitest konzentrierten Messe, werden 367 Anbieter, davon 60 Prozent aus dem Ausland vertreten sein. Knapp 20 000 qm Bruttofläche sind voll ausgebaut. Die über 1000 Kollektionen, zusätzliche Aussteller und größere Messestände haben erstmals zur Abwechslung von Messeerwartungen geführt. Frankreich stellt mit 62, Italien und die USA mit je 33 Ausstellern die größten Auslandsbeteiligungen.

OKAL / Produktion in Frankreich wird eingestellt

Absatzbelebung erkennbar

DOMINIK SCHMIDT, Lamsstein

Nach der dramatischen Verschlechterung im Geschäftsjahr 1982 erkennt die Okal-Gruppe, Lamsstein, nach eigenen Angaben mit einem Anteil von 25 Prozent Marktführer im Fertighaus-Bereich, wieder belebende Tendenzen. Wie es in einer Mitteilung heißt, erreichte der Auftragsbeleg im ersten Halbjahr 1983 mit 1800 (1400) Häusern im Wert von 323 (269) Mill. DM ein Plus von 15 Prozent. Dies sei die Folge der günstigen Finanzierungsbedingungen und der Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung. Auf Anfrage erklärte ein Sprecher des Unternehmens, die gestiegenen Aufträge würden sich allerdings noch nicht auf die Produktion und den Umsatz im laufenden Jahr auswirken.

Beide Kennziffern dürften nur leicht über dem Niveau von 1982 (rund 2400 Fertighäuser, 503 Mill. DM Umsatz) liegen, obwohl die Preise im Durchschnitt um 3,5 Prozent angeho-

ben wurden. Kräftig erhöht wurden die Investitionen, die 1982 bei 20 Mill. DM lagen und nunmehr rund 35 Mill. DM erreichen sollen. Dabei handelt es sich um Mittel, die ausschließlich im Unternehmen erwirtschaftet wurden. Der Schwerpunkt der Investitionen liegt auf der Errichtung neuer Musterhäuser. Zur Ertragslage werden keine Aussagen gemacht. Für 1982 hatte die Geschäftsführung von einem zwar verschlechterten, insgesamt aber „noch befriedigenden“ Ergebnis gesprochen.

Die katastrophale Entwicklung auf dem französischen Baustock hat jetzt zu dem Entschluß des Unternehmens geführt, die Produktion des Werkes Maisons Okal in Pétis/Elzass zum Jahresende 1983 einzustellen. In dem Betrieb werden derzeit noch rund 160 Mitarbeiter beschäftigt. Die Okal-Gruppe unterhält dann nur noch im Inland fünf Produktionsstätten.

Wenige herausragende Änderungen - Plus vor allem im Handel und im Energiebereich - Starker Wechsel im Management

Deutschlands „große 500“

Zum 8. Mal veröffentlicht DIE WELT die „Liste der 500 größten Unternehmen“ aus Industrie, Handel und Dienstleistung. Diese Liste, die ein Spiegelbild aller wirtschaftlichen Aktivitäten in der Bundesrepublik ist, dürfte in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit besondere Beachtung finden. In der Spitzengruppe der ersten 30, wieder angeführt von der Veba AG mit einem Umsatz von gut 50 Milliarden Mark, erscheinen diesmal auch BMW, Ford und Opel. In der Gesamtliste hat es, abgesehen von einigen Abweichungen von 50 Plätzen und

mehr, kaum größere Verschiebungen gegeben. Von den verschiedenen Branchen haben vor allem die Energieversorgungsunternehmen und der Lebensmittelhandel an Umsatz zugelegt. Im Bereich der Industrie gab es zum erstenmal seit Jahren spürbare Rückgänge. Der Listenplatz 500, für den 1976 ein Umsatz von 351 Millionen Mark ausgewiesen wurde, entspricht 1983 einem Umsatz von 617 Millionen. Im Bereich der letzten 50 sind auch diesmal wieder eine Reihe neuer Firmen Mitglieder des „Clubs der 500“ geworden, darunter das Düsseldorf

Maschinenbauunternehmen Jagenberg, eine Rheinmetall-Tochter, auf Platz 376 sowie Sharp Electronics, Hamburg, auf Rang 443. Gleichzeitig erscheinen aber auch einige langjährige Clubmitglieder nicht mehr, so die Firmen Korf, Kampfmeyer oder Wienerwald. Die nach wie vor nicht ausgewiesenen Umsätze von Aldi und anderen wurden auch diesmal nicht in die Liste aufgenommen. Im Managementbereich gab es 1982/83 zum Teil gravierende Veränderungen. In jedem zweiten Unternehmen wechselten Mitglieder des Aufsichtsrates und

in jedem dritten Vorstände oder Geschäftsführer. Dieser Wechsel ist nicht verwunderlich, denn bei einer Untersuchung der Geburtsdaten von Vorständen und Geschäftsführern hatte die Redaktion im vorigen Jahr festgestellt, daß 70 Prozent aller in diesen Gesellschaften tätigen Manager über 50 Jahre alt sind. Die Liste der „Großen 500“ umfaßt - geordnet nach ihren Umsätzen 1982 oder 1981/82 - alle Unternehmen aus den Bereichen Industrie, gekennzeichnet durch (I), Handel (H) und Dienstleistung (D), die selbständig bilanzieren.

Firma	Branche	Umsatz 1982	Umsatz 1981
1 (1) I Veba AG, Düsseldorf	Energie/Chemie	50 533,0	49 428,0
2 (4) I Siemens AG, München	Elektrotechnik	40 106,0 W (9)	34 581,0
3 (3) I Daimler-Benz AG, Stuttgart	Auto	38 905,0 K	36 661,0
4 (2) I Volkswagenwerk, Wolfsburg	Auto	37 434,0	37 878,0
5 (5) I Hoechst, Frankfurt	Chemie	34 986,0 W	34 435,0
6 (6) I BASF, Ludwigshafen	Chemie	34 844,0 W	34 227,0
7 (7) I Bayer, Leverkusen	Chemie	34 834,0 W	34 742,0
8 (8) I Thyssen AG, Duisburg	Stahl	30 610,0 W (9)	28 167,0
9 (10) I RWE, Essen	Energie	22 993,0 W (6)	20 451,0
10 (9) I Veba-Oel, Gelsenkirchen (zu 1)	Mineralöl/Chemie	21 877,0 K	21 332,0
11 (12) I Deutsche Shell, Hamburg	Mineralöl	20 268,0	19 738,0
12 (13) H Stinnes, Mülheim (zu 1)	Handel	19 446,0 W	19 230,0
13 (11) I Deutsche BP, Hamburg	Mineralöl	19 445,0	20 155,0
14 (14) I Esso, Hamburg	Mineralöl	18 901,0	18 718,0
15 (16) I GHI-Gruppe, Oberhausen	Maschinenbau	18 893,0 K (6)	18 718,0
16 (15) I Ruhrkohle, Essen	Bergbau	17 595,0	18 220,0
17 (10) I Krupp GmbH, Essen	Stahl	16 720,0 W	14 838,0
18 (17) I Mannesmann, Düsseldorf	Röhren/Maschinenbau	16 469,0 W	15 429,0
19 (21) H Thyssen Handelsunion, Düsseldorf (zu 8)	Handel	15 400,0 W (9)	13 504,0
20 (23) I Bosch, Stuttgart	Elektrotechnik	13 812,5 W	13 950,0
21 (24) D Ruhrgas, Essen	Energievers.	13 643,1	13 239,9
22 (20) H Aral, Bochum (zu 10)	Mineralöl	13 441,0	13 552,0
23 (19) I AEG-Telefunken, Frankfurt	Elektrotechnik	13 257,0 W	14 837,0
24 (34) I Opel, Rüsselsheim	Auto	12 735,0	10 094,0
25 (28) I Mobil Oil, Hamburg	Mineralöl	11 800,0	11 006,3
26 (31) I Ford, Köln	Auto	11 723,7	10 544,4
27 (25) I Salzgitter AG, Salzgitter	Stahl/Schiffbau	11 701,2 K	11 686,2
28 (38) I BMW, München	Auto	11 620,4 W	9 545,0
29 (32) I Preussag, Hannover	Metall/Energie	11 233,5 W	10 522,8
30 (26) H Krauss, Essen	Warenhäuser	10 948,0 K	11 631,0
31 (37) I Viag, Berlin/Bonn	Energie	10 822,0 K	9 650,0
32 (27) I Metallgesellschaft, Frankfurt	Metallwirtsch.	10 645,0 W (9)	11 311,0
33 (22) H Raab-Karcher, Essen (zu 1)	Handel	10 218,0*	12 994,0
34 (29) I Deutsche Texaco, Hamburg	Mineralöl	10 121,0	10 899,0
35 (35) I Wintershall, Kassel (zu 6)	Erdölförderung	9 955,0 K	10 008,0
36 (39) H Edeka Zentrale, Hamburg	Nahrungsmittel	9 770,0	9 520,0
37 (45) H Rewe-Zentrale, Köln	Nahrungsmittel	9 734,0	9 431,0
38 (33) H Klöckner & Co, Duisburg	Handel	9 725,0	10 141,0
39 (30) H Toepfer International, Hamburg	Getreide	9 653,0 (11)	10 708,0
40 (42) I MAN, Augsburg (zu 15)	Maschinenbau	9 622,0 W (6)	8 973,0
41 (44) H Coop AG, Frankfurt	Nahrungsmittel	9 574,7	8 458,0
42 (51) H Mahanaf-Gruppe, Hamburg	Mineralöl	9 383,0 W	7 576,0
43 (40) I Deutsche Unilever, Hamburg	Nahrungs-/Waschmittel	9 302,0 TK	9 299,0
44 (48) I IBM, Stuttgart	Büromaschinen	9 135,0	7 897,0
45 (43) I Flick Industrieverwaltung, Düsseldorf	Holding	9 029,0	8 630,0
46 (36) I Degussa, Frankfurt	Edelmetalle	8 887,0 W (9)	10 001,0
47 (41) H Schickler KG - Großverandl. Quelle - Fürth	Versandhandel	8 729,0 (15)*	9 919,0
48 (54) H RHG Leibbrand, Rosbach v. d. E.	Handel	8 446,0*	9 090,0
49 (47) I Henkel-Gruppe, Düsseldorf	Chemie	8 158,0 W	7 948,0
50 (50) H Kaufhof, Köln	Warenhäuser	7 628,0	7 665,0
51 (53) D Deutsche Lufthansa, Köln	Luftverkehr	7 579,0	7 073,0
52 (49) I Holzmann, Frankfurt	Bauindustrie	7 501,0 B	7 674,0
53 (46) I Hoechst-Werke, Dortmund	Stahl	7 437,0*	7 960,0
54 (52) H Otto Versand, Hamburg	Versandhandel	7 400,0 K (20)*	7 218,0
55 (58) I Klöckner-Werke, Duisburg	Stahl	7 324,9 W (9)	6 285,8
56 (55) D Preussenelektra, Hannover (zu 1)	Energie	7 091,1 K	6 459,8
57 (57) H Haniel, Duisburg	Handel	6 805,0 W	6 324,0
58 (55) H Gedelf-Gruppe, Köln	Handel	6 723,0 M	5 821,0
59 (59) I Reemtsma, Hamburg	Zigaretten	6 243,0 W	6 229,0
60 (63) I Saarbergwerke, Saarbrücken	Energie	6 165,1 K	5 856,8
61 (66) I Audi NSU, Ingolstadt (zu 4)	Auto	6 127,0	5 774,0
62 (67) I Allg. Deutsche Philips, Hamburg	Elektrotechnik	6 065,0 (4)*	5 662,0
63 (69) I Bertelsmann, Gütersloh	Verlag	6 038,0 W (6)	5 588,0
64 (62) I KHD-Gruppe, Levetzen (zu 7)	Maschinenbau	5 956,0 W	5 817,0
65 (80) I Agfa-Gevaert-Gruppe, Levetzen (zu 7)	Fototechnik	5 897,1 W	5 017,3
66 (64) H BayWa, München	Handel	5 859,3	5 823,6
67 (60) I Krupp Stahl AG, Bochum (zu 17)	Stahl	5 766,0	6 071,0
68 (61) I Chemische Werke Hüls, Marl	Chemie	5 691,7 K	5 977,7
69 (56) D Neue Heimat, Hamburg	Wohnungsbau	5 684,0*	6 414,0
70 (83) I MBB, München	Luft-/Raumfahrt	5 578,0	4 850,1
71 (72) H C & A, Düsseldorf	Warenhäuser	5 519,2	5 538,2
72 (78) I/Hinter, Hamburg	Beteiligungsverwaltung	5 509,0	5 194,0
73 (70) H Hertle-Gruppe, Frankfurt/Berlin	Warenhäuser	5 507,0	5 540,0
74 (77) D Schenker, Berlin/Frankfurt	Spedition	5 504,0 W	5 264,0
75 (75) I Mannesmann-Röhrenwerke, Röhren Düsseldorf (zu 18)	Röhren	5 440,0 W	5 401,0
76 (79) I Babcock, Oberhausen	Maschinenbau	5 406,0 (9)	5 024,0
77 (73) I Thyssen Industrie, Essen (zu 8)	Investitionsgüter	5 405,0 W (9)	5 444,0
78 (81) I Agiv, Frankfurt	Holding	5 385,0	4 917,0
79 (82) I VEW, Dortmund	Energie	5 314,0	4 915,0
80 (76) I Panavia Aircraft, München	Flugzeugbau	5 271,2	5 320,5
81 (74) I Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG, Wesseling (zu 118)	Öl/Chemie	5 066,0	5 443,0
82 (88) H Mannesmann-Handel, Düsseldorf (zu 18)	Handel	4 877,0 W	5 640,0
83 (132) I Kraftwerk Union, Mülheim (zu 2)	Kraftwerke	4 800,0 W (9)	2 300,0
84 (84) I BBC, Mannheim	Elektrotechnik	4 757,0 W	4 716,0
85 (71) I Hoechst, Essen	Bauindustrie	4 648,0 B	5 544,0
86 (89) H Schaper, Hannover	Nahrungsmittel	4 409,0* K (9)	3 868,0
87 (93) I Bilfinger + Berger, Mannheim	Bauindustrie	4 399,0 B	3 727,9
88 (87) I BAT, Hamburg	Zigaretten	4 377,0	4 182,0
89 (86) D Hapag-Lloyd, Hamburg/Bremen	Reederei	4 332,0	4 358,8
90 (90) I SEL, Stuttgart	Elektrotechnik	4 153,0	3 821,0

Firma	Branche	Umsatz 1982	Umsatz 1981
91 (96) H Ferrostaal, Essen (zu 15)	Handel	4 119,0 (6)	3 492,0
92 (118) D Bayernwerk, München	Energievers.	4 108,0 (9)	2 849,0
93 (88) D Kühne & Nagel-Gruppe, Bremen/Hamburg	Speziation	4 102,0 W	4 081,0
94 (91) H Selzer, Offenburg	Nahrungsmittel	4 100,0 M	3 803,0
95 (109) H Karl O. Helm, Hamburg	Chemikalien	4 007,0 W	3 124,0
96 (98) H Ruhrkohle Handel, Essen (zu 16)	Handel	3 922,0 W	3 454,0
97 (92) H Conoco, Hamburg	Mineralöl	3 879,0	3 789,0
98 (99) I Boehringer, Ingelheim	Chemie	3 815,0 W	3 360,0
99 (100) H Schering-Gruppe, Berlin	Chemie	3 811,0 K	3 350,0
100 (95) I TFA, Osnabrück	Handel	3 500,0 M	3 500,0
101 (94) H Otto Wolff, Köln	Eisenindustrie	3 457,0 K	3 639,0
102 (114) H Alfred Messa, Alzey	SB-Warenhäuser	3 410,0 W	3 045,0
103 (101) I PWA, Raubling	Papier	3 321,0 W	3 335,0
104 (117) I Mannesmann Demag, Duisburg (zu 18)	Maschinenbau	3 259,0 W	2 930,0
105 (104) I VAW, Bonn (zu 31)	Aluminium	3 257,0	3 186,0
106 (102) I Continental Gummiwerke, Hannover	Gummi	3 245,8 W	3 229,0
107 (97) I ELF Mineralöl, Düsseldorf	Mineralöl	3 229,3	3 470,2
108 (103) I Oetker-Gruppe, Bielefeld	Nahrungsmittel	3 220,7	3 207,8
109 (106) I Deutsche Nestlé-Gruppe, Frankfurt	Nahrungsmittel	3 208,9	3 124,0
110 (111) H Wilhelm Werhahn, Neuss	Handel	3 206,0	3 097,0
111 (112) H Centralgenossenschaft für Viehverwertung, Hannover	Vieh/Fleisch	3 175,0 K	3 092,0
112 (106) H Salzgitter Stahl, Düsseldorf (zu 127)	Stahlhandel	3 175,0 W	3 179,0
113 (119) I/Agip, München	Mineralöl	3 173,0	2 779,0
114 (110) I Dynamit Nobel, Troisdorf (zu 45)	Chemie	3 164,0 W	3 183,0
115 (101) I Rütgerswerke Frankfurt	Faerfest	3 109,0 K	3 118,0
116 (85) H Avia München	Mineralöl	3 078,0	4 581,0
117 (107) I Linde, Wiesbaden	Anlagenbau	3 045,0 W	3 125,0
118 (125) I Rheinische Braunkohlenwerke, Köln (zu 9)	Braunkohlenbergbau	3 044,0	2 653,0
119 (122) H Plus, Mülheim (Ruhr) (zu 137)	Nahrungsmittel	3 021,3 (6)	2 755,2
120 (143) I Heraeus, Hanau	NE-Metalle	3 018,0 W	2 406,0
121 (127) I Strabag-Bau, Köln	Bauindustrie	2 938,0 B	2 628,0
122 (123) H Allkauf-Gruppe, Mönchengladbach	SB-Warenhäuser	2 922,0* K	2 718,0
123 (120) I Grundig, Fürth	Elektrotechnik	2 863,0 W (5)	2 768,0
124 (116) I Alfred Saarstahl, Völklingen	Eisen/Stahl	2 850,0 W	2 990,0
125 (131) I Coca-Cola, Essen	Getränke	2 850,0 G	2 600,0
126 (132) I ZF Friedrichshafen	Antriebstechnik	2 849,0 W	2 590,0
127 (124) I Salzgitter Fein-Salz, Salzgitter (zu 27)	Eisen/Stahl	2 798,0 (9)	2 685,0
128 (115) I Deutsche Solvay-Gruppe, Solingen	Chemie/Bergbau	2 774,0 K	3 042,0
129 (135) I Carl Zeiss-Stiftung, Oberkochen	Feinmechanik	2 736,4 W (9)	2 543,3
130 (136) I Bosch-Siemens-Hausgeräte, München	Elektrotechnik	2 724,8	2 639,4
131 (128) I ITT Gesellschaft für Beteiligungen, Frankfurt	Holding	2 710,9	2 620,0
132 (121) I Brinkmann, Bremen	Tabak	2 703,7 (3)	2 764,4
133 (157) H Continho, Caro & Co Firmengruppe, Hamburg	Eisen/Stahl	2 687,0 W	2 301,0
134 (153) I Kabelmetal, Osnabrück (zu 15)	Kabel	2 637,0 W (6)	2 290,0
135 (130) I PolyGram, Hamburg	Musik	2 609,0	2 812,0
136 (137) H Tania, Hamburg	Nahrungsmittel	2 600,0	2 500,0
137 (150) H Tengelmann, Mülheim	Nahrungsmittel	2 585,4 (6)	2 345,1
138 (133) I Feldmühle, Düsseldorf (zu 48)	Papier	2 568,0 W	2 556,0
139 (159) I Liebherr-Holding, Biberach	Maschinenbau	2 565,0 W	2 159,0
140 (162) D NWK, Hamburg (zu 56)	Energievers.	2 557,0 (9)	2 144,0
141 (139) I Philip Morris, München	Tabak	2 539,0	2 479,1
142 (141) I IBB-Holding, Mainz	Maschinenbau	2 514,0	2 403,0
143 (138) I Thyssen Edelstahlwerke, Krefeld (zu 8)	Edelstahl	2 506,0 (9)	2 499,0
144 (134) H Für Sie, Köln	SB-Handel	2 500,0 M	2 554,0
145 (136) H Horden, Düsseldorf	Warenhäuser	2 498,5	2 522,3
146 (147) I E. Merck, Darmstadt	Chemie/Pharma	2 493,4 W	1 580,4
147 (113) I Steag, Essen (zu 16)	Energie	2 456,0 W	2 051,0
148 (148) I Freudenberg, Weinheim	Gummi/Kunststoff	2 451,0 W (6)	2 359,0
149 (156) H Kaiser's Kaffee, Viersen	Nahrungsmittel	2 440,0 (6)	2 221,0
150 (151) H TUI, Hannover	Touristik	2 438,0 (10)	2 334,0
151 (142) I FAG, Schweinfurt	Metallverarb.	2 410,0 W	2 460,0
152 (146) I Iveco-Magirus, Ulm	Fahrzeugbau	2 415,0	2 384,0
153 (164) I EC Erdölchemie, Köln	Petrochemie	2 413,0 (3)	2 095,0
154 (141) I Rheinmetall, Berlin/Düsseldorf	Maschinenbau	2 411,0 K	2 461,0
155 (149) I Chevron Erdöl Deutschland, Frankfurt	Mineralöl	2 396,0	2 350,0
156 (169) D Stadwerke München	Energievers.	2 397,0	1 062,0
157 (154) I Beka, Wuppertal	Chemiefasern	2 305,5	2 287,7
158 (161) D Contigra, Düsseldorf	Energievers.	2 309,0 K	2 150,0
159 (183) I Nixdorf Computer, Paderborn	Datenverarb.	2 287,0 W	1 934,0
160 (165) I Springer Verlag, Berlin	Verlag	2 262,0 W	2 094,0
161 (170) D HEW, Hamburg	Energievers.	2 260,0	2 058,0
162 (174) D Energieversorgung Schwaben, Stuttgart	Energievers.	2 256,1	2 045,8
163 (184) H Südfleisch, München	Schlachtung	2 246,0	1 828,0
164 (166) H Possehl-Gruppe, Lübeck	Handel	2 231,0	2 066,0
165 (160) H Raiffeisen-Haupt-Genossenschaft, Hannover	Agarhandel	2 212,0	2 155,0
166 (145) I Esso-Chemie, Köln (zu 14)	Chemie	2 183,9	2 386,2
167 (175) I Beiersdorf, Hamburg	Chemie	2 171,0 W	2 043,0
168 (189) I MTU, München	Luft/Raumfahrt	2 136,0 K	1 845,2
169 (163) I Michelin, Karlsruhe	Chemie/Gummi	2 130,6	2 135,2
170 (168) I Dycerhoff & Widmann, München	Bauindustrie	2 113,0 B	2 062,0
171 (173) D Badenwerk, Karlsruhe	Energievers.	2 106,0	2 047,0
172 (155) H Deutsche Raiffeisen-Warenzentrale, Frankfurt	Handel	2 095,0 (8)	2 221,0
173 (177) D DER, Frankfurt	Touristik	2 083,4 W	1 997,5
174 (140) I Norddeutsche Affinerie, Hamburg	NE-Metallhütte	2 081,0 (9)	2 471,0
175 (187) H Andreas-Noris Zahn, Frankfurt	Pharmazie	2 075,1	1 061,1
176 (176) I Veba Kraftwerke Ruhr, Gelsenkirchen (zu 1)	Energie	2 063,0	2 008,0
177 (179) H Deutsche SB-Kauf, Bochum	Nahrungsmittel	2 052,0	1 966,0
178 (246) H Deutscher Supermarkt, Düsseldorf	Nahrungsmittel	2 044,3 W	1 378,4
179 (172) I AG Dillinger Hütte	Stahl	2 006,8	2 048,9
180 (183) I Deutsche ICI, Frankfurt	Chemie	2 006,0 W	1 873,0

	Firma	Branche	Umsatz 1982	Umsatz 1981
181 (186) I	Du Pont de Nemours, Düsseldorf	Chemie	2.000,0	1.922,0
182 (178) I	Wacker-Chemie, München	Chemie	1.998,0 W	1.974,0
183 (171) I	Rheinische Oelwerke, Wesseling (zu 6)	Petrochemie	1.992,0 W	2.049,0
184 (204) H	W. & O. Bergmann, Düsseldorf	Metalle	1.991,0	1.655,0
185 (129) I	Lurgi-Gesellschaften, Frankfurt (zu 32)	Anlagenbau	1.989,0 W (9)	2.618,0
186 (181) I	Fichtel & Sachs-Gruppe, München	Fahrzeugteile	1.984,7 W	1.951,0
187 (194) H	Wintershall Mineralöl, Düsseldorf (zu 35)	Mineralöl	1.970,1*	1.746,2
188 (180) I	Triumph-Adler-Gruppe, Nürnberg (zu 4)	Büro-/Daten-technik	1.964,0 K	1.954,0
189 (240) H	Raiffeisen Viehzentrale, Hamburg	Vieh/Fleisch	1.950,0 G	1.409,0
190 (185) H	aha, Essen	Bekleidung	1.935,0 M	1.927,0
191 (185) H	Deutsche Fina, Frankfurt	Mineralöl	1.933,0 W	1.745,2
192 (221) I	Philips Kommunikations Industrie AG (vorm. Felten & Guilleaume, Köln), Nürnberg (zu 62)	Elektrotechnik	1.922,0 W *	1.508,0
193 (182) I	Eschweiler Bergwerks-verein, Herzogenrath	Steinkohlenbergbau	1.919,0	1.943,0
194 (187) H	Lekkerkerk, Frechen	Handel	1.914,9 W	1.912,8
195 (208) D	Bewag, Berlin	Energievers.	1.903,0 (6)	1.629,0
196 (192) H	Landwirtschaftliche Fleischzentrale Hannover (zu 111)	Fleisch	1.861,6	1.780,9
197 (205) D	EWG, Oldenburg	Energievers.	1.876,4	1.651,8
198 (190) H	Nürnberger Bund, Essen	Einkaufsgut.	1.868,0	1.845,0
199 (158) H	Deutsche Total, Düsseldorf	Mineralöl	1.853,3 W	2.199,4
200 (199) I	VDO Schindling, Frankfurt	Automobilbau	1.852,1 W	1.701,0
201 (218) H	Bernhard Rothfuss, Hamburg	Kaffee	1.823,6	1.529,6
202 (203) D	Thyssenag, Duisburg	Fertigas	1.822,9	1.860,1
203 (207) I	OMAG Karlsruhe	Mineralöl	1.812,1 W	1.832,3
204 (213) I	Diehl, Nürnberg	Metal/Halbz.	1.797,0 W	1.590,0
205 (211) I	Reynolds Tobacco, Köln	Zigaretten	1.787,0	1.604,0
206 (188) I	Tchibo, Hamburg	Kaffee/Tee	1.787,0 W	1.703,5
207 (191) I	Benteler-Gruppe, Paderborn	Stahlverarb.	1.754,0 K	1.781,0
208 (197) H	Woodworth, Frankfurt	Warenhäuser	1.746,5	1.720,7
209 (183) H	Europa Möbel, Bonn	Möbelhandel	1.720,0 M	1.770,0
210 (202) I	Melitta-Gruppe, Minden	Haushaltsart.	1.720,0 W	1.686,0
211 (275) D	Garmersgröb Sied.-Deutschland, Stuttgart	Energievers.	1.698,8 (9)	1.297,0
212 (212) I	Telefonbau-u. Normalzeit, Frankfurt	Elektrotechnik	1.689,0 W	1.604,0
213 (208) H	Deutsches Milchkontor, Hamburg	Milchprodukte	1.687,3 W	1.123,9
214 (200) H	Regent-Möbel Gelenkskirchen	Handel	1.670,0 M	1.700,0
215 (236) D	Erdgas-Verkaufs-Gesellschaft, Münster	Energievers.	1.669,6	1.484,0
216 (206) I	Morbach, Aachen	Schokoladen	1.661,0 W	1.680,0
217 (196) I	Deutsche Marathon Petroleum, München	Mineralöl	1.656,0	1.730,0
218 (230) D	Rhenag, Köln (zu 9)	Energievers.	1.654,0	1.458,0
219 (215) I	Miele & Cie, Gütersloh	Elektrotechnik	1.645,0 W (6)	1.589,0
220 (201) H	Arko, Saarbrücken	Handel	1.638,0 W	1.698,0
221 (226) H	Raiffeisen Hauptgenossenschaft, Kiel	Agrarhandel	1.619,0 W	1.483,0
222 (230) I	Süddeutsche Zucker, Mannheim	Zucker	1.618,0 (2)*	1.518,0
223 (209) I	Varta, Bad Homburg	Elektrotechnik	1.615,2 W	1.627,9
224 (217) I	Uni-Cardan, Lohmar	Gelenkwellenbau	1.615,0 TK	1.481,0
225 (216) I	Messer-Griesheim, Frankfurt (zu 5)	Maschinenbau	1.602,0 W	1.568,0
226 (285) I	Procter & Gamble, Schwalbach	Chemie	1.581,6 (6)	1.305,4
227 (277) I	Dormier, Friedrichshafen	Reinigungs-/Waschmittel	1.574,0	1.230,0
228 (219) H	Kaufing, Düsseldorf	Luft-/Raumfahrt	1.571,0	1.524,0
229 (242) H	Kaufing, Dortmund	Einbaufugen	1.571,0	1.691,0
230 (239) I	Teyss, Frankfurt (zu 131)	Nahrungsmittel	1.543,0	1.401,0
		Maschinenbau	1.536,0 W	1.413,0
231 (236) D	Stuttgarter Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft	Energievers.	1.530,1	1.424,4
232 (312) I	Braunschweigische Kohlenbergwerke, Helmstedt	Bergbau/Energie	1.523,1	1.114,7
233 (234) I	Schmalbach-Lubeca, Braunschweig	Verpackungen	1.517,7 TK	1.489,2
234 (244) I	Escom Bremen, München	Maschinenbau	1.512,0 W	1.378,0
235 (224) I	Rasselstein, Neuwied	Stahl	1.505,0 (9)	1.424,0
236 (250) H/D	Georgewerkstatt Brügge, Hannover	Erdöl/Erdgas	1.504,5	1.308,2
237 (241) I	Wella, Darmstadt	Kosmetik	1.503,0 W	1.402,0
238 (309) H	Rewe, Dortmund	Nahrungsmittel	1.502,0	1.153,0
239 (233) H	Scipio, Bremen	Handel	1.500,0	1.441,6
240 (237) I	Osram, München (zu 2)	Elektrotechnik	1.499,0 W (9)	1.424,0
241 (297) I	Porsche, Stuttgart	Auto	1.488,0 W (7)	1.185,0
242 (252) H	Lidl & Schwarz, Neckarsulm	Nahrungsmittel	1.486,0	1.339,0
243 (273) I	Blohm + Voss, Hamburg (zu 8)	Schiffbau	1.473,0	1.244,0
244 (228) I	BASF Farben & Fasern, Hamburg (zu 6)	Chemie	1.472,0 W	1.414,0
245 (294) D	Schlesweg, Rendsburg (zu 56)	Energievers.	1.467,3	1.280,0
246 (232) I	Vereinigte Papierwerke, Nürnberg	Papier	1.466,1*W(1)*	1.447,3
247 (250) H	Westfleisch, Münster	Vieh/Fleisch	1.465,0	1.243,0
248 (251) I	Blaupunkt, Heideheim (zu 20)	Elektrotechnik	1.461,5	1.340,6
249 (257) D	Stollwerke, Köln	Energievers.	1.460,5	1.310,7
250 (258) I	Alcan Aluminiumwerke, Frankfurt	Aluminium	1.458,0 TK	1.310,9
251 (235) H	Nordwest Eisen- und Metallwaren, Hagen	Eisenwaren	1.457,0	1.439,0
252 (228) I	Budrus AG, Wetzlar (zu 45)	Gießerei	1.456,8	1.471,2
253 (261) I/ET	Transit Mineralöl Handelsgesellschaft, Beltmannweiler	Mineralöl	1.450,0 K	1.302,0
254 (231) H	Neckermann, Frankfurt (zu 30)	Versandhandel	1.440,0	1.456,0
255 (243) H	W.L.Z. Raiffeisen, Stuttgart	Handel	1.439,2	1.382,4
256 (332) D	Energieversorgung Ostbayern, Regensburg	Energievers.	1.434,5 (9)	1.055,8
257 (256) H	Ferd. Schüls, Mannheim	Arzneimittel	1.423,1	1.312,1
258 (249) D	Rhenus-WTAG, Dortmund (zu 12)	Spedition	1.418,6	1.365,0

Firma	Branche	Umsatz 1982	Umsatz 1981
259 (262) H Weltfunk, Mainz	Unterhaltungselektronik-Handel	1.410,0 M	1.300,0
260 (217) H Hoesch Export, Dortmund (zu 53)		1.400,0	1.540,0
261 (253) H Mahag-Gruppe, München	Kfz-Handel	1.379,8 W	1.331,5
262 (255) H Deutscher Kraftverkehr, Ernst Grimme, Düsseldorf	Mineralöl	1.379,0	1.323,0
263 (229) I SKF Kugellager, Schweinfurt	Maschinenbau	1.375,0 TK	1.461,0
264 (269) H Westf. Centralgenossenschaft, Münster	Agrarhandel	1.374,0	1.275,0
265 (313) I Zöblin, Stuttgart	Bauindustrie	1.368,0 B	1.113,0
266 (210) H Trade Arbed, Köln	Walzstahl	1.355,0	1.624,0
267 (222) I Kali und Salz, Kassel (zu 6)	Kali/Streusalz	1.349,0	1.502,0
268 (223) I Kali-Chemie, Hannover (zu 128)	Chemie	1.339,8 W	1.489,0
269 (316) I Hellit + Woerner, München	Bauindustrie	1.339,0 B	1.097,0
270 (351) H Unternehmenskreis Deutsche Babcock Handel, Oberhausen (zu 76)	Walzstahl	1.327,9 (9)	961,0
271 (246) I Bahlens, Hannover	Nahrungsmittel	1.325,0 W	1.374,0
272 (300) I Bayerische, München	Leitungsbau	1.324,6	1.056,8
273 (286) H Mittel-Europa, Düsseldorf	Ex-Import	1.318,0 (5)	1.160,0
274 (287) I Allgäuer Alpenmilch-Gruppe, München (zu 109)	Nahrungsmittel	1.302,5 TK	1.281,6
275 (282) I Röhm, Darmstadt	Chemie	1.298,0 W	1.216,0
276 (266) I Badische Tabakmanufaktur Roth-Händle, Lahr	Tabak	1.295,3	1.287,2
277 (280) I Schott Glaswerke, Mainz (zu 120)	Glas	1.292,0 W (9)	1.220,0
278 (271) I Gruner + Jahr, Hamburg (zu 63)	Verlag	1.290,0 (6)	1.255,9
279 (295) D Saar-Ferogas, Saarbrücken (zu 60)	Energievers.	1.290,0	1.173,0
280 (307) I Dow Chemical, Stade	Chemie	1.289,7	1.124,0
281 (274) H Edelsa Minden/Hannover	Nahrungsmittel	1.284,5	1.240,9
282 (371) H Kraus & Mafel, München (zu 252)	Maschinenbau	1.279,0	905,0
283 (263) I Grünzweig + Hartmann, Ludwigshafen	Dämmstoffe	1.278,0 K	1.297,0
284 (247) H Rheinbraun Verkaufsgesellschaft, Köln (zu 118)	Handel	1.276,0 W (6)	1.368,0
285 (303) D GEW, Köln (zu 249)	Energievers.	1.273,0	1.133,0
286 (319) I Böhling-Packard, Böhlingen	Elektrotechnik	1.273,0 (10)	1.088,0
287 (294) I Molkerei-Zentrale Süd, Nürnberg	Nahrungsmittel	1.268,0 W	1.175,0
288 (292) I „Nordsee“, Bremerhaven (zu 43)	Fisch	1.268,0 K	1.176,0
289 (301) D Technische Werke der Stadt Stuttgart (zu 231)	Energievers.	1.267,0	1.150,0
290 (260) I Boehringer Mannheim	Chemie	1.264,1 W	1.305,4
291 (325) I Krupp MaK Maschinenbau, Kiel (zu 17)	Dieselmotoren	1.262,0	1.070,0
292 (278) I Altana, Bad Homburg	Pharma	1.258,8 W	1.224,8
293 (291) I Wieland-Werke, Ulm	NE-Halbzeug	1.253,0 K (9)	1.178,0
294 (280) I Eduscho, Bremen	Kaffee/Tee	1.250,0 G	1.200,0
295 (248) H Carl Später, Düsseldorf	Handel	1.248,0	1.361,8
296 (281) I Bergmann Elektricitäts-Werke, Berlin	Elektroindustrie	1.239,0	1.218,0
297 (349) D Isar-Amperwerke, München	Energievers.	1.238,0 (6)	984,4
298 (289) I Maizena, Hamburg	Nahrungsmittel	1.233,4 (9)	1.184,6
299 (294) I Villeroy & Boch, Mettlach	Feinkeramik	1.224,4 W	1.226,4
300 (302) I Hag GF, Bremen	Kaffee/Tee	1.223,0 K	1.142,0
301 (293) I Holtzbrinck-Gruppe, Stuttgart	Verlag	1.223,0 W (6)	1.175,0
302 (306) I Heitkamp, Herne	Bauindustrie	1.220,0 B	1.126,0
303 (309) D Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover	Energievers.	1.208,3	1.122,1
304 (284) I VAW Leichtmetall, Bonn (zu 105)	Aluminium	1.206,0	1.209,0
305 (276) I Mannesmann Rexroth, Lohr (zu 18)	Hydraulik	1.207,0 W	1.231,0
306 (268) I Voith-Gruppe, Heidenheim	Maschinenbau	1.205,0 W (9)	1.280,0
307 (305) I Kraft, Lendenberg	Nahrungsmittel	1.200,0	1.128,0
308 (304) I DUB, Dortmund	Getränke	1.185,0	1.128,0
309 (355) I PWB-Gruppe, Köln	Anlagenbau	1.179,5 W	960,9
310 (317) I Mannesmann Anlagenbau, Düsseldorf (zu 18)	Anlagenbau	1.170,0 W	1.066,0
311 (299) I C. Delfmann, Bentheim	Energie	1.160,4 K	1.158,9
312 (279) I Mahle-Konzern, Stuttgart	Kfz-Zubehör	1.160,0 K	1.220,0
313 (214) H Deutsche Conti-Handels-Gesellschaft, Hamburg	Handel	1.154,0 W	1.570,0
314 (318) I Carl Freudenberg, Weinheim (zu 148)	Gummi/Kunststoff	1.150,0	1.088,0
315 (287) D NUR Touristik, Frankfurt (zu 30)	Touristik	1.150,0 (10)	1.198,0
316 (327) D Hastra, Hannover (zu 56)	Energievers.	1.148,5	1.065,0
317 (331) H Einkaufsbüro Deutscher Eisenwarenhändler, Wuppertal	Eisenwaren	1.141,0*	1.056,0
318 (374) I Weyer & Freytag, Frankfurt (zu 78)	Bauindustrie	1.138,0 B	890,0
319 (265) H Deutsche Renault, Brühl	Kfz-Import	1.137,0	1.291,0
320 (336) D EAM, Kassel	Energievers.	1.131,4	1.032,7
321 (270) I O & K, Dortmund	Maschinenbau	1.130,0 W	1.287,0
322 (389) H BIEB, Hannover	Erdföl/Erdfas	1.129,5	913,7
323 (340) H Mitsubishi International, Düsseldorf	Handel	1.129,2 (3)	1.019,6
324 (357) I Maximilianshütte, Sulzbach-Rosenberg (zu 58)	Eisen/Stahl	1.123,0 W (9)	955,0
325 (288) D Hamburg Süd	Reederei	1.118,0 W	1.194,0
326 (321) I Triumph-International-Gruppe, München	Textil	1.118,0 W	1.078,0
327 (310) I Olympia, Wilhelmshaven (zu 23)	Büromaschinen	1.114,0 W	1.121,0
328 (283) H Eisen u. Metall, Gelsenkirchen	Stahl/Schrott	1.112,6	1.212,0
329 (353) H AVA, Bielefeld	NE-Metalle	1.104,0	971,0
330 (343) D Stadtwerke Hannover	Energievers.	1.081,0	998,0
331 (322) I AEG-Telefunken Kabelwerke, Rheinfelt (zu 23)	Kabel	1.072,0 K	1.075,0
332 (315) H Bayerische Lagerver- sorgung, München	Handel	1.070,0	1.097,5
333 (326) H Fiat Automobile AG, Heilbronn	Kfz-Import	1.068,0	1.068,0
334 (359) H Interfunk, Ditzingen	Elektrotechnik	1.064,0 M (3)	952,0
335 (320) H Ratio-Gruppe, Münster	SB-Handel	1.060,3	1.078,0
336 (399) H Hessel-Holding, Hagen	Handel	1.058,0 W	815,0
337 (347) I Saarland Raffinerie, Völklingen (zu 60)	Mineralöl	1.057,0 W	991,0
338 (328) D Städt. Werke Nürnberg	Energievers.	1.057,0	1.059,0
339 (324) I Signi Elektrographit, Meitingen	Graphit	1.053,6	1.070,5
340 (329) I Vorwerk, Wuppertal	Elektrotechnik	1.048,0 W	1.057,0
341 (337) I Heidelberger Druck- maschinen (zu 9)	Maschinenbau	1.047,0	1.030,0
342 (314) H Fried. Baur, Burghausen	Versandhandel	1.039,0 W	1.038,0
343 (290) I SKW Trostberg	Chemie	1.038,8 W	1.181,7
344 (341) I Readylink, Ratingen	Baumzuleifer	1.038,0	1.018,6
345 (328) H Deminor, Essen (zu 10)	Erdföl/Erdfas	1.028,3	1.071,2

Firma	Branche	Umsatz 1982	Umsatz 1981
346 (352) H „Coloniale“, München	Nahrungsmittel	1.027,3 M	975,0
347 (346) H Raiffeisen Haupt- genossenschaft, Frankfurt	Agrarhandel	1.027,0	984,0
348 (362) D Stadtwerke Düsseldorf	Energievers.	1.026,8	928,2
349 (381) D MVV, Mannheim	Energievers.	1.023,0 (9)	872,0
350 (339) H Koch & Sohn, Langenfeld	Nahrungsmittel	1.020,0	1.020,0
351 (386) I Schmolz & Bickenbach, Düsseldorf	Stahl	1.020,0 W	920,0
352 (272) I Howaldtwerke, Kiel/Hamburg (zu 27)	Schiffbau	1.007,0 W (9)	1.250,0
353 (370) D Neckarwerke Elektrizitäts- versorgung, Esslingen	Energievers.	1.006,0	918,0
354 (363) D Stadtwerke Bremen	Energievers.	1.004,0	922,0
355 (342) I Haindl Papier, Augsburg	Papier	1.003,0	999,0
356 (344) I Eckes, Nieder-Olm	Getränke	999,0 W	997,0
357 (354) I Salamander, Kornwestheim	Schuhe/Leder	991,8 K	969,1
358 (380) D Hamburger Gaswerke	Energievers.	987,0	873,0
359 (373) D Westfälische Ferogas, Dortmund	Energievers.	986,0	891,0
360 (345) I Braun, Kronberg	Elektrotechnik	984,0 W (9)	989,0
361 (356) I Herberts, Wuppertal (zu 57)	Chemie	977,2 W	956,0
362 (334) I Vereinigte Glaswerke, Aschen	Glas	971,8 K	1.036,9
363 (311) I Rührchemie, Oberhausen	Chemie	971,4	1.116,3
364 (378) H Globus Handels-Gruppe, St. Wendel	SB-Warenhäuser	965,0* (6)	878,0
365 (402) I Wegmann & Co., Kassel	Waggonbau	952,4	599,8
366 (365) I Behringwerke, Marburg (zu 5)	Pharma	950,0 W	920,0
367 (391) I Westfälische Metall-Industrie KG Hueck, Lippstadt	Kfz-Elektrik	945,2 (5)	837,9
368 (382) I Ciba-Geigy, Wehr	Chemie	935,3	870,3
369 (372) H Nord-West-Ring, Frankfurt	Schuh-Einkaufs-Genossenschaft	933,0 M	897,0
370 (338) I Dieder, Wiesbaden	Anlagenbau	931,0 W	1.029,0
371 (385) H Gehe AG, Stuttgart (zu 57)	Handel	929,0	884,0
372 (389) I Dyckerhoff Zement- werke, Wiesbaden	Zement	921,9	848,4
373 (379) I Karl Schmidt, Neckarsulm (zu 32)	Kfz-Zulieferer	916,0 W (9)	875,0
374 (376) I Heim. Bauer Verlag, Hamburg	Verlag	912,0	885,0
375 (396) D Stadtwerke Frankfurt	Energievers.	908,5	816,2
376 (377) I Jagenberg, Düsseldorf (zu 154)	Maschinenbau	902,8 W	567,7
377 (377) I Gerresheimer Glas, Düsseldorf	Verpackungen	899,0 (11)	885,0
378 (390) I Kässbohrer Fahrzeug- werke, Ulm	Fahrzeugind.	893,0	844,0
379 (416) I Kienzle Apparate, Villingen (zu 18)	Datensysteme	893,0 K (8)	768,0
380 (364) I Klein, Schanzlin & Becker, Frankenthal	Maschinenbau	891,0	922,0
381 (368) H Rheinische Waren- zentrale, Köln	Agrarhandel	884,8	915,0
382 (428) I Faun-Verlag, Lauf a. d. Pegnitz	Fahrzeugbau	882,0 W	740,0
383 (384) I Class oHG, Harzwinkel	Landmaschinen	876,0 W (8)	867,0
384 (361) D KG Gebr. Röbling, Mannheim	Beteiligungs- verwaltung	875,0	943,0
385 (387) I Aluminium-Walzwerke, Singen	NE-Metalle	861,0	860,0
386 (392) I Magz, Singen (zu 109)	Nahrungsmittel	858,2	834,0
387 (401) I Burda, Offenbach	Druck/Verlag	858,0	808,0
388 (385) I Flachglas, Gelsenkirchen	Flachglas	854,0	863,0
389 (384) H Raiffeisen-Zentralgenossenschaft, Karlsruhe	Handel	852,7	820,0
390 (350) I International Harvester, Neuss	Maschinenbau	852,6 (10)	984,2
391 (296) I Pelikan, Hannover	Bürochemie	852,0 W	1.166,0
392 (335) H Ruhr-Stückstoff, Bochum (zu 60)	Handel	851,2	1.035,0
393 (423) D Lech-Elektrizitäts- werke, Augsburg	Energievers.	846,0 (6)	760,0
394 (424) I Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg, Karlsruhe	Maschinenbau	846,4 W	749,5
395 (448) D VTG Vereinigte Trans- portmittel, Hamburg (zu 29)	Transportwesen	844,0 W	759,0
396 (375) H Töpel Verlag, Hamburg	Im-/Export	843,0 (7)	889,0
397 (388) I Dunlop, Hanau	Gummi/Kunststoff	841,0 TK	857,2
398 (358) I VDM, Frankfurt (zu 32)	NE-Metalle	839,0 (9)	955,0
399 (403) I Erdölraffinerie Ingolstadt	Mineralöl	837,0	802,0
400 (387) I Kodak, Stuttgart	Fototechnik	836,9 (10)	919,1
401 (410) I Pfeiffer & Langen, Köln	Zucker	836,0	773,3
402 (412) I 3M Deutschland, Neuss	Multi-Produkte	834,0 (10)	767,0
403 (401) I Krupp Polysius, Beckum (zu 17)	Maschinenbau	830,0 W	655,0
404 (413) D Falckwerke, Ludwigshafen	Energievers.	830,0	767,0
405 (420) H Kaiser + Kellermann, Kirchhundem	Nahrungsmittel	826,0	755,0
406 (425) I Heidelberger Zement, Pegulan, Frankenthal (zu 72)	Baustoffe	818,0	749,9
407 (427) I Pegulan, Frankenthal (zu 72)	Kunststoff	816,1	742,2
408 (404) I Oelmühle, Hamburg	Ölmühlen	807,9	796,4
409 (396) D Ewag, Nürnberg (zu 338)	Energievers.	807,1	818,5
410 (419) D Flughafen Frankfurt/Main AG	Flughafen- Betreiber	806,3	755,8
411 (415) I Erdoel-Raffinerie Neustadt	Mineralöl	806,0	785,0
412 (345) H Otto Wolff Handelsge- sellschaft, Köln (zu 101)	Handel	799,8	996,4
413 (407) I Casella, Frankfurt (zu 5)	Chemie	799,7 W	777,5
414 (397) I Otto Fuchs Metallwerke, Meinerzhagen	NE-Metalle	793,5	816,2
415 (426) H Spar Zentrale Hamburg	Nahrungsmittel	793,2 M	748,8
416 (451) H Molkerei Zentrale Süd- west, Karlsruhe	Handel	789,7	672,5
417 (414) H Südlich, München	Viehhandel	787,0	767,0
418 (406) I Nestlé Erzeugnisse, Frankfurt (zu 109)	Nahrungsmittel	782,3	791,2
419 (489) I SMS Schloemann Siemens, Düsseldorf	Maschinenbau	780,0 (6)	602,0
420 (440) D Main-Gaswerke, Frankfurt	Energievers.	722,1 K	696,8
421 (433) I Schwarzkopf, Hamburg	Kosmetik	767,0 W	728,0
422 (417) D Rank Xerox, Düsseldorf	Büromaschinen	766,5 (10)	762,9
423 (421) D Hapag-Lloyd, Reisebüro, Bremen (zu 88)	Touristik	765,0	754,0
424 (441) I Süddeutsche Kühlturbine, Stuttgart	Kfz-Zubehör	764,5	695,3
425 (430) I G. M. Pfaff, Kaiserslautern	Nähmaschinen	763,0	736,0
426 (463) D Energie- und Wasser- werke Rhein-Neckar, Mannheim	Energievers.	759,2 (9)	646,3
427 (436) I Südmilch, Stuttgart	Nahrungsmittel	758,8	712,8
428 (360) I Hermann C. Starck, Berlin	Chemie	757,0 W	949,0
429 (446) I MAN-Roland, Offenbach (zu 40)	Druckmaschinen	755,0 W (6)	689,0
430 (435) H Honda Deutschland, Offenbach	Kfz-Import	752,0	724,0

Firma	Branche	Umsatz 1982	Umsatz 1981
431 (438) I Pepsi-Cola, Offenbach	Getränke	750,0 G	704,0
432 (497) I Gebr. Sulzer Holding, Filderstadt	Energietechnik	746,3 TK	592,2
433 (402) I Andreas Stihl, Waiblingen	Werkzeuge	743,0 W	803,0
434 (383) H Peugeot Automobile	Kfz-Import	742,2	868,2
435 (464) I Deutsches Saarbrücken	Chemie	741,0 W	644,0
436 (431) I Benckiser, Ludwigshafen	Futtermittel	738,0	733,0
437 (442) D Wuppertaler Stadtwerke	Energievers.	738,0	693,0
438 (432) I Walter Thost-Boswau	Bauindustrie	736,0 B	729,0
439 (494) H Butter-u. Eier-Zentrale Nordmark, Hamburg	Meierei	734,0	597,0
440 (434) I Th. Goldschmidt, Essen	Chemie	729,0 W	727,0
441 (457) I Bunawerke Hüls, Marl	Chemie	728,8	662,5
442 (445) I Klöckner-Moeller-Gruppe, Bonn	Elektrotechnik	727,4 (4)	689,1
443 (450) I Sharp Electronics (Europe), Hamburg	Im-/Export	726,6 (3)	492,1
444 (429) I Nordmende, Bremen	Elektrotechnik	725,0 G	738,6
445 (388) H Hahn & Kolb, Stuttgart	Handel	723,0	826,0
446 (422) I DLW, Bietigheim	Bodenbeläge	721,4	750,0
447 (487) I Lohmann & Co, Cuxhaven	Tierzucht/ Apparatebau	720,1 (6)	603,3
448 (395) I Uhde, Dortmund (zu 5)	Anlagenbau	720,0 W	819,0
449 (497) I MD Verwaltungsgesell- schaft, München	Papier	712,0 W	633,0
450 (451) I Kaver Fend, Marktoberdorf	Maschinenbau	709,0 W	567,0
451 (458) D Vereinigte Saar-Elektri- zitäts-AG, Saarbrücken	Energievers.	708,0	665,0
452 (455) H Nordfleisch, Hamburg (zu 189)	Vesand- schlachthof	707,0	667,0
453 (450) I Werner & Pfleiderer, Stuttgart	Maschinenbau	703,9 W	680,1
454 (451) I AG „Weser“, Bremen (zu 17)	Schiffbau	703,7	584,0
455 (470) I Diag, Berlin	Engineering	702,6	631,8
456 (405) H Biesterfeld, Hamburg	Chemie	700,0 W	793,0
457 (447) I Phoenix, Hamburg (zu 7)	Kautschuk	698,0 W	683,0
458 (496) I Leybold-Heraeus, Köln	Maschinenbau	695,0 W	594,0
459 (465) D Großkraftwerk Franken, Nürnberg (zu 92)	Energievers.	694,0	644,0
460 (439) I Hoffmann-La Roche, Grenzach	Pharma	693,0	701,0
461 (453) I Dürr GmbH, Stuttgart	Metall	690,7 W	669,1
462 (462) I Milupa, Friedrichsdorf (zu 252)	Nahrungsmittel	688,0 W	674,0
463 (460) I Kathrein, Pöng	Nahrungsmittel	682,9	655,5
464 (408) I Saba, VS-Villingen	Unterhaltungselektronik	682,1	777,5
465 (409) H Hoesch Handel AG, Dortmund (zu 53)	Handel	681,0	775,0
466 (444) H Buderus-Handel, Wetzlar (zu 252)	Heizungs-/ Klimatechnik	680,7	690,5
467 (449) H Raiffeisen-Warenzentrale Hessenland, Kassel	Handel	680,0	681,0
468 (471) H Lagerland, München	Handel	675,0 M	631,0
469 (411) I DSD Dillinger Stahlbau, Saarouis	Stahlbau	674,0	773,0

Glückliches Österreich?

R.R. - „Und ich diese, diese, diese im Sauseschritt und bring die Liebe mit von meinem Himmelstempel“ und auf Erden geht die fast allegorische Figur des Hasses quälend ein. Die Duseplatte „Codo“ ist jedenfalls in den Rundfunksendern und Hitparaden wie eine Rakete gestartet, inzwischen auch über eine halbe Million Mal verkauft worden.

Die beiden Autoren Fredi Tauchen und Jose Prokopetz, die diese Ballade von der „Überwindung des Hassschirms“ zusammen mit der Ex-Ideal-Sängerin Anette Humpe aus Singen, firmieren als „D.O.F.“, nicht zu verwechseln mit „D.A.F.“, der „Deutsch-Amerikanische-Freundschaft“, bedeutet es doch „Deutsch-Österreichisches Feingefühl“. Aus Wien kommen denn auch die Duseplattler mit ihrem „Jedermann“-Verschnitt aus der Welt der Comics und Science fiction.

Aus der Neuen Deutschen Welle wird mehr und mehr eine österreichische Welle. Denn der Export-Schlager des Genres, die Falco-LP „Einzelhaft“, die sich sogar in der US-Bestsellerliste von „Billboard“ platzieren konnte und in ihrer englischen Version drüben längst zum Disco-Repertoire zählt, trägt auch den Stempel „Made in Austria“. Selbst in Frankreich verkaufte sich Falcos „Kommissar“ über 500 000 Mal.

Tu felix Austria. Es hat den deutschen Nachkriegs-Schlagermarkt mit Peter Alexander, Freddy Quinn und Udo Jürgens beschickt, die Liedermacherszene mit Horton, Hirsch, Ambros, Cornelius und Danzer. Die Arbeitsleistung in den deutschsprachigen Ländern scheint also immer zu funktionieren: Für die Musik ist Österreich zuständig. Mozart und Beethoven, Brahms und Bruckner, sie alle gingen nach Wien, wenn sie nicht wie Schubert und Haydn ohnehin da zu Haus waren. Ob daran die NDW-Gruppe Ideal gedacht hat, als sie nun beim österreichischen Platten-Zweig GIG anheuerte?

Salzburger Festspiele

Gilbert und Sullivan auf spanisch

Meinungsverschiedenheiten gab es keine. Der bulgarische Pianist Alexis Weissenberg und Seiji Ozawa, Bostoner Orchesterchef, hatten schließlich das dritte Klavierkonzert von Prokofjew auch schon für die Platte mitgenommen und musiziert. Und doch kamen sie bei ihrem diesjährigen Salzburger Festspielkonzert nicht so recht zusammen. Weissenberg verzichtete auf jede metallene Schärfe, die hier unbedingt vonnöten gewesen wäre. Man begegnete Flichtigkeiten und, was bei Weissenberg in letzter Zeit zunehmend irritiert, einer Menge Routine, die in eine neutral einnehmende Dynamik verpackt war.

Daß Seiji Ozawa Beethovens 7. Sinfonie aufs Programm setzte, befremdete zunächst. Schließlich hat der Japaner bei Beethoven bisweilen Probleme: seine Platteinstrumente, die der dritten und fünften Sinfonie klünden davon in reichem Maß. Doch diesmal durfte Ozawa Triumph feiern. Nach kurzen Anlaufschwierigkeiten trieb er die glänzenden aufgetragenen Wiener Philharmoniker in ein symphonisches Feuer ohnegleichen. Beethovens Siebte erklang wie aus dem Geiste Toscaninis: rhythmisch unerföhlich, bis in die kleinsten Details ausgelotet, jedoch bei aller Brillanz stets von romantischem Atem durchdrungen.

Abends zuvor war für den von einer Wesppe begleiteten Claudio Arrau Ivo Pogorelich eingespargen, um einmal mehr seinen Klavierabend mit Werken von Haydn (Sonate As-Dur), Ravel (Gaspard de la Nuit) und Prokofjew (Sonate Nr. 6) vorzuführen. Hieß der kinderleichte Sieger an diesem Salzburger Konzertwochenende Seiji Ozawa, so war indessen Publikumsmagnet Nr. 1, wie könnte es auch anders sein, Plácido Domingo.

Und das, obwohl er nur Arien und Duette aus spanischen Zarzuelas vortrug. Assistent von der Sopranistin Pilar Lorengar, die inzwischen stimmlich leider nicht mehr allzuviel zu bieten hat, und dem ORF-Symphoniorchester unter Garcia Navarro.

Eine Zarzuela, das ist, auf den einfachsten Nenner gebracht, das spanische Pendant zu den satirischen Operetten von Gilbert und Sullivan. Die Namen der Komponisten - Chapí, Serrano, Giménez, Torroba - sind bei uns weitgehend unbekannt. Ob Plácido Domingo sie mit diesem Auftritt nun bekannter gemacht hat, bleibt abzuwarten.

Schöner (und lauter) kann es derzeit ohnehin keiner. Eine Tenor-Gala, die Ovationen auslöste - auch wenn Alfredo Kraus den Tonfall dieser Musik (auf Platte) einst erheblich typischer getroffen hat als der hier ungehört. Italienisch verströmte Domingo.

VOLKER BOSER

Ohne Anmaßung - Eine kanadische Autorin über die Literatur ihrer Heimat

Jenseits der Taschenratten

Seit sie 1978 den „Seal First Novel Award“ gewann, zählt die 29-jährige Aritha van Herk, Autorin des folgenden Aufsatzes, zu den führenden Schriftstellerinnen Kanadas. Zur Zeit lehrt sie in Kiel kanadische Literatur.

Ich reise viel in der Welt herum. Auf manchen Flügen, wenn der Film nichts taugt und ich schlafen will, hört der Mann neben mir nicht zu reden auf und erzählt mir, wie viele Computer-Mikrochips er verkauft und wie billig er sein Haus gekriegt hat und wie großartig sein neues Auto ist und wie brillant seine Kinder sind und wie die Konferenz war, an der er gerade teilgenommen hat. Ich bin immer zu höflich, ihm zu sagen, er solle endlich still sein - aber wenn er mich dann aufgekratzt fragt: „Und was machen Sie?“, reißt mich der Teufel.

Ich schaue ihm blank ins Auge und sage: „Ich schreibe.“ Das versetzt ihn gewöhnlich in große Erregung. „Tatsächlich?“ Und er hüpft fast auf seinem Sitz. „Für wen schreiben Sie?“ Obwohl ich seine nächste Frage schon genau kenne, macht es mir eine Art Selbstquälerei Spaß, ihn anzuführen: „Für wen?“ - „Ja“, sagt er, „Für welche Zeitung?“

Er ist glücklich. Er denkt, er sitzt neben einer Journalistin, neben jemandem, der ihren Finger am Puls aller Unruhen hat. Ich sage ihm die Wahrheit: „Ich bin keine Journalistin. Ich bin eine kanadische Schriftstellerin.“

Das verunsichert ihn, aber nachdem er mir schon zwei Stunden lang in den Ohren gelegen hat, ist er schließlich genug fortzufahren: „O ja - was schreiben Sie?“ Ich sage ruhig: „Ich schreibe Romane.“

„Wie denn? Nennen Sie mir ein Beispiel.“ Wie denn! Ich habe meine Geduldsschraube erreicht, aber ich bin gezwungen, mich über meine kanadischen Kollegen zu definieren. „Wie etwa?“ - und ich wähle unseren wohl ältesten und berühmtesten Autor - „wie Hugh MacLennan.“ Er blinzelt. „Wer?“ - „Oder“, das ist die Inspiration, „Margaret Atwood.“

Von der habe ich gehört. Ist das nicht die komische alte Dame von Toronto mit dem struppigen Haar? Aber, fügt er unsicher hinzu, „ich weiß nicht, daß Sie Schriftstellerin ist. Ich dachte, Sie ist Sängerin.“

Ich informiere ihn, daß sie weltberühmt ist. Er wischt es mit der Hand beiseite. „Und wie heißen Sie? Habe

ich Ihren Namen schon einmal gehört.“ Ich gebe ihm Auskunft, doch er hat natürlich keine Ahnung. „Wie heißen Ihre Bücher?“ Ich antworte: „Alle meine Schweine“ und „Makkenzie Koch“ - und ebenso gut hätte ich Pfennige ins Meer werfen können.

Trotzdem, er ist seltsam zufrieden. „Wie wäre es, wenn ich Ihnen meine Adresse gebe, und Sie schicken sie mir?“ Ich soll mich offenbar geehrt fühlen, daß jemand mich lesen will. Ich sage ihm, daß ich zu Hause kein Buchlager führe und auch keine Exemplare bekomme, was ihn überascht. Er glaubt, Schriftsteller kriegen soviel Bücher, wie sie wollen. Als nächstes fragt er, ob sie in öffentlichen Bibliotheken vorhanden sind. Als ich ja sage, sagt er: „Gut, dann schicke ich meine Frau.“

An diesem Punkt habe ich bereits die Phase der Verzweiflung überwunden und antizipiere mich. „Ja“, murmle ich, „die kanadische Literatur ist liberal.“

Wenn ich den Lesern erzähle, daß ich hier in Deutschland an der Universität Kiel als Gastprofessorin kanadische Literatur lehre, ist die erste Reaktion oft: „Gibt es denn eine unterschiedliche kanadische Literatur?“ Sie sind erstaunt, wenn ich ihnen versichere, daß es sie in der Tat gibt, daß sie lebendig und gesund ist und daß sie heftig darum kämpft, in der Welt anerkannt zu werden. Schließlich glauben sie mir, doch dann kommt die prekäre Frage: „Was ist kanadische Literatur?“

Kanada: Das sind vier Millionen Quadratkilometer Landschaft, nichts als Meilen über Meilen von Nichts. Oder, wie Voltaire es ausdrückte: ein paar getrocknete Äcker Schnee. Dem steht das romantische Image von Kanada, das wir uns glauben machen, über das die Literatur sich mit Schnee, Indianern, Holzschlägern, Pionieren, der Prärie, den Bergen, den Eskimos, Cowboys, Büffeln, den Niagara-Fällen, den Taschenratten und Bären beschränken mußte. Das alles existiert natürlich, aber unsere Schriftsteller haben längst die Schneeverwehungen, die Rattenlöcher und die großen Seen verlassen. Sie unternehmen Ausflüge in die Welt, und aufmerksame Leser bemerken es inzwischen. Weil wir keine lange und kompli-

zierte Literaturgeschichte haben, ist es uns gelungen, die Anmaßungen zu vermeiden, die notwendigerweise einer solchen Vergangenheit entspringen. Wir nutzen mit Gewinn den Kern unserer europäischen und amerikanischen Tradition und wahren trotzdem unseren unverwechselbaren Stil, unsere eigene behandelnde Persönlichkeit.

Gegenwärtig gibt es kaum „Trends“ in der anglo-kanadischen Literatur, aber ich möchte doch auf einige Besonderheiten hinweisen: Wir haben die oft strapazierte Frage abgelehnt, wer wir nicht sind. Es stimmt, wir sind weder Amerikaner noch Briten noch Franzosen, aber damit hört die Frage nicht auf. Kanada nimmt die nördliche Hälfte des nordamerikanischen Kontinents ein, es ist das zweitgrößte Land der Welt. Kanadische Literatur besteht simpel daraus, was Künstler schreiben, die in Kanada leben. Obwohl wir weder unter Krieg noch Unterdrückung gelitten haben, obwohl wir uns als Nation gerade selbst mißbilligen: das Bewußtsein der Würde und Legitimität unserer Gegenwart und Vergangenheit ist ein unsere Literatur und macht sie lebendig.

Meine Position in der Literatur meines Landes ist typisch für alle meine Kollegen. Ich bin (hoffentlich) ein universeller Regionalist, beeinflusst von meinem Lebensraum, meiner Herkunft, meinem Metier, aber ich will meine Region in die Universalgeschichte einbringen. Sicherlich haben mich Literaturen anderer Länder beeinflusst, doch ich bin ebenso beeinflusst von der kanadischen Tradition, von Margaret Atwood, Margaret Laurence, Robertson Davies, Alice Munro, Robert Kroetsch, Rudy Wiebe, Marian Engel, Timothy Findley. Sie sind Weltbürger, aber im wahren Sinn des Wortes.

Man fragt mich oft: „Wird es ein kanadischer Autor den Nobelpreis für Literatur gewinnen? Und wenn, wann?“ Ich persönlich habe meine eigene Ansicht zu dieser prominenten Auszeichnung. Ich hoffe, daß kein kanadischer Schriftsteller sie erhält. Es würde uns ehrbar, gewöhnlich, normal machen. Ich liebe meine Literatur so, wie sie ist: eigenwillig und undefinierbar und quixotisch und tief gleichgültig gegenüber den Kulturmaklern der Welt. Wenn wir ankommen, gehen wir zugrunde.

ARITHA VAN HERK

Stieftöchter der Emanzipation (VII): Die Dichterin M. v. Ebner-Eschenbach

Gespaltene Treue bis in den Tod

Ihre literarische Laufbahn begann sie damit, daß sie in der Sprache ihrer Gouvernante Gedichte - also französische Gedichte - verfaßte, bis ihr eines Tages ein älterer Vetter ebenfalls in Gedichtform - riet, als „deutsche Maid“ zukünftig nicht mehr in fremder, sondern in der eigenen, deutschen Sprache zu schreiben. Der Ratschlag des Vetters entzündete die Zehnjährige, denn sie entnahm ihm, daß ihr der heimlich Verheiratete das Recht zugestanden, überhaupt zu dichten und sich damit einer Tätigkeit zu widmen, die in ihren Kreisen als suspekt und vor allem als unpassend für ein junges Mädchen galt. Gehorsam reichte sie von nun an Herz auf Schmerz statt glorie auf victorie und blieb dem beratenden Vetter ihr Leben lang dankbar, so dankbar, daß sie ihn später heiratete und eine lange, gute, wenn auch durch Kinderlosigkeit verschattete Ehe mit ihm führte.

Der Vetter hieß Moritz von Ebner-Eschenbach. Als die Ebner ist sie in die österreichische und damit deutsche Literatur eingegangen.

Die kleine Marie, geborene Baroness, später Comtesse, Dubeky aus Zdišlavitz in Mähren hatte nicht nur ein gutes, sie hatte ein großes, glühendes Herz. Am Abend ihres Erstkommunionstages wollte sie sich aus dem Fenster ihres Schlosses stürzen, um so engelrein und sündentfrei, wie sie sich fühlte, in die Ewigkeit einzugehen. Als Fünfjährige fiel sie den Gutsverwalter mit ihren Kinderfäustchen an, als sie ihn einen Landarbeiter mißhandeln sah. In Wien ging ihr beim Besuch des Burgtheaters eine neue Welt auf: Vor Ehrfurcht schauderte sie und hörte die Shakespeare und Schiller - und beschloß sogleich, selbst Dramatikerin zu werden und ebenso Großartiges hervorzubringen.

Immer wollte sie das Höchste, Beste, das Ungemeine - und war trotz dem zugleich bereit, sich kritischen und sich eines Besseren belehren zu lassen. Jahrzehntlang rang sie mit der dramatischen Form. In der Tat glückte es ihr, mit all ihren Stücken auf die Bühne zu kommen. Prompt wurde sie als „Häutstrumpf“ verschrien, in aristokratischen Zirkeln als „Gehirntrompete“ bespöttelt. Das kümmerte sie wenig. Schlimmer war es schon, daß auch die Karriere ihres Mannes darunter zu leiden begann; am schlimmsten aber, daß ihre Stille an der eigenen Unzulänglichkeit scheiterte.

Allmählich begann sie sich einen Namen zu machen mit kleinen ironischen Geschichten, in denen sie die Skurrilität ihrer Standesgenossen mit mildem Spott bedachte. Dann aber wandte sie sich dem großen tragenden Thema ihres Lebens zu, der

sozialen Frage auf dem Land, dem Armen in seinem Kampf um das tägliche Brot, dem einfachen Menschen in seiner Sprachlosigkeit, dem einmal straffällig gewordenen in seinem verzweiften Kampf um die Rückkehr in die menschliche Gesellschaft.

Unaufrichtig lag sie ihren Standesgenossen in den Ohren, ihre alten Vorrechte über Pächter und Hinterlassenen abzubauen und Menschlichkeit walten zu lassen. Sie erinnerte an die Sünden der Vorfahren, als die Gutsräu den Leibeigenen zu Tode führen lassen durfte (Er löst die Hand küssen) als sich der Gutsräu noch die barbarische Sitte des ius primae noctis herausnahm (Der Erstgeborene). Ihre moralische Sensibilität ahnte das Herrnhutten (Später Rache für längere Verjährung (Unstuhl) bar). Sie wollte Frieden stiften zwischen Schloß und Hütte und nicht daran fest, daß dieser Friede noch durch persönliche Anstrengung, durch die ständige Tat des einzelnen gesetzt werden könnte.

Am Fortbestand der sozialen Hierarchie und des Staates, der alten österreichisch-ungarischen Monarchie, hegte sie freilich keine Zweifel. Gewiß war sie eine Emanzipierte, aber keine, die ihre Emanzipation militänt durchgesetzt oder ertritten verweigert hätte. Sie wollte immer nur eine selbstbestimmte sein. Mit der Anreicherung ihres Wissens durch Wissen, mit der Auslieferung ihrer Person und ihres Werkes im Sinn vorurteilloser Menschlichkeit hat sie auf ihre Weise einen hohen Grad der Freiheit und Überlegenheit erreicht. Möchte sie auch im Bereich des Politischen wenig Spürsinn entwickeln,

im Bereich des Subjektiv-Menschlichen entwickelte sie einzigartige Einsicht und Scharfsicht.

Ebners Aphorismen sprechen die unbequemsten Wahrheiten knapp und treffender aus: Niemand will leiden, doch jeder will gelitten haben. Dem Hungerigen ist leichter geholfen als dem Überstättigen. - Die Sitte ist schon gerichtet, zu deren Gunsten wir kein Argument vorzubringen wissen als das ihr Allgemeinwohl. - Selbst der bescheidenste Mensch hält mehr von sich, als sein bester Freund von ihm hält. - So mancher meint ein gutes Herz zu haben und hat nur schwache Nerven. - Eine geachtete Frau hat Millionen geborener Feinde: alle dummen Männer.

Von allen Werken der Ebner-Eschenbach aber hat mich ihre Kindheits- und Jugendgeschichte am stärksten berührt, denn in diesem Buch, so glaube ich zu erkennen, hat sich das Grundmuster nicht nur ihres Lebens, sondern auch ihres Gesamtwerks am deutlichsten abgebildet. Aus ihm ist abzulesen, wie tief ihr soziales Engagement in ihrer Biographie eingewurzelt war und aus welchen vorwiegend Quellen es seine Kraft und Unermüdblichkeit bezog.

Die kleine Marie, 1830 geboren, hatte schon in ihren ersten Lebensjahren ihre Mutter verloren. So wurde sie von mährischen Diensthofen, hama-kischen Anzinnen und Kammerfrauen erzogen. Diese, oft selbst um ihr eigenes fröhliches Los betrogen, bauten rings um das Kind eine warme, von Zärtlichkeit, aber auch von abergläubischen Schauern erfüllte Mutterwelt auf. Da murmelte es von Märchen, da sumimte es von Liedern, da mochte sich der Keim mitschaffender Phantasie in die Seele des Kindes eingesenken haben.

Daneben gab es freilich noch eine andere, ganz andere Welt, eine kühle, fordernde Atmosphäre, den Salon, wo man dem strengen Vater, der reservierten Großmutter zu Knicks und Hindernissen präsentiert wurde. Hier herrschten die Allüren der Nobilität, der Forderungen standesgemäßer Bildung. Auch ihnen wollte die junge Marie genügen. Zwischen diesen Polen verbrachte sie ihr ganzes Leben: Von sich selbst (und von ihrer reichen) verlangte sie Selbstbeherrschung, Großmut, Haltung. Ihr Herz aber blieb bei den einfachen Menschen, bei ihren Nöten, es blieb im warmen Mutterboden slawischer Gefühlseligkeit verhaftet.

Es blieb ein Leben lang Krambambuli - der edle Jagdhund, der erst dem Wildbide, dann dem Förster gehört und die gespaltene Treue bis in den Tod hinein bezahlt.

GERTRUD FUSSENBERGER



Einzigartige Scharfsicht für das Menschliche: Marie von Ebner-Eschenbach

FOTO: DIE WELT



Die Kunst der Stilisierung: Stele von Senw (14. Jh. v. Chr.), aus der neuen ägyptologischen Sammlung im New Yorker Metropolitan Museum

FOTO: METROPOLITAN MUSEUM

Neu im Metropolitan: Die ägyptische Sammlung

Der Neffe mit der Axt

Das New Yorker Metropolitan Museum, das sich in seinen Kurz-Ausstellungen gern schritt und theatralisch gibt (man denke an „King Tut“ und „Schätze aus dem Vatikan“), zeigt seit Mitte Juni seine komplett installierte ägyptische Sammlung von mehr als 40 000 Objekten - Ergebnis 25jähriger Planung und Arbeit.

Doch wer hier dramatische Spotlights oder eine Technicolor-Inszenierung im Las-Vegas-Stil erwartet hatte, der wird enttäuscht: Die 32 in Etagenform angelegten Galerien sind zwar spektakulär, was die Qualität der Sammlung angeht, doch erinnern vor allem die brandneuen Galerien 6 bis 15 eher an eine verschwenderisch ausgestattete Edel-Universität als an Inszenierungen im Stil von „King Tut“. Materialien wie Stein, Holz und Leinwand bilden einen Hintergrund, vor dem die dunklen, beleuchteten und platzierten Objekte ganz natürlich und würdevoll wirken.

Versuchungen, etwa das „Drama der Ausgrabung“ oder den „Geist des alten Ägypten“ interpretierend darzustellen, ist das Museum nicht ergeben - ganz im Gegenteil. Denn nichts flüchtiger als die ägyptische Kultur, die Monarchie so sehr, wie den Geist einer fiktiven Realität, die sich nur allmählich in eine solche Sammlung hineinschleichen kann.

Höhepunkte der Ausstellung sind neben der riesigen Schmucksammlung der drei Gattinnen des Pharos Thutmosis III. die Hatshepsut-Skulpturen, 26 teils monumentale Statuen aus dem Grabtempel der Königin, auf denen sie teils als Mann, teils als Frau und einmal auch als Sphinx dargestellt ist. Ferner zahlreiche Skulpturen und Porträts aus der Regierungszeit des Pharos Amenhotep III. So illustriert viele der Abbilder wirken gerade die Pharaonen sind oft steife, riesige Götterfiguren, deren winzige Gattinnen eine andere Dimension zu

bewohnen scheinen - so realistisch kann der ägyptische Bildhauer doch arbeiten, wenn er Angehörige des Volkes darzustellen hat: ein gefesselter Gefangener z.B. kniet mit schmerzverzerrtem Gesichtszug auf dem Boden.

Zahlreiche Haushaltsobjekte, die ebenfalls in den Grabkammern gefunden wurden, ebenso wie die kleinen tönernen „Zimmer“, in denen ägyptischer Alltag mit Brotbacken, Schlachten etc. dargestellt ist, ermöglichen einen intimen Einblick ins tägliche Leben der Ägypter.

Eine Statue von der Schönheit und Anmut der Nofretete hat das Metropolitan nicht aufzuweisen, doch gibt es ein Fragment, das es an Sinnlichkeit, gepaart mit zeitloser Schönheit, vielleicht mit Nofretete aufnehmen kann: ein kaum 14 cm hoher Jaspis-Kopf der Königin Ty, oberhalb des Mundes schräg und beinahe kubistisch-modern abgesplittet - einer jener seltenen Glücksfälle, wo die Zerstörung dem Kunstwerk eine zusätzliche Dimension verleihen konnte. Dies war nicht überall der Fall: Eine der großen Statuen der Hatshepsut wurde wenige Jahre nach ihrem Tode aus noch ungeklärten Gründen von ihrem Neffen Thutmosis III. mit einer Axt attackiert und trug bis vor kurzem die brutalen Merkmale der Aggression mit der Waffe - heute sind sie von der Restaurierung teilweise ausgeblendet.

Als das Metropolitan Museum 1906 seine ägyptische Abteilung eröffnete, waren europäische Museen wie London, Paris und Berlin schon mit eindrucksvollen ägyptischen Sammlungen bestückt. Hier konkurrieren zu grollen, wäre Unsinn gewesen, so daß sich das Museum zu eigenen Ausgrabungen entschloß. Zwischen 1906 und 1936 unterhielt das Museum fünf Ausgrabungsstätten, wo ca. 80 Prozent der heute hier gezeigten Objekte gefunden wurden.

VERA GRAAF

Ein Bernhardiner dreht durch: Der Film „Cujo“

Die Bisse der Bestie

Das muß schon eine ekelhafte Situation sein: tage- und nachts in einem Auto sitzen, das nicht anspringt, mit einer halbtoten Thermostasche und dem kleinen Knaben Tad, der immer schreit: „Ich will zu meinem Daddy!“ Und nicht heraus können, denn draußen wütet, knurrt und schäumt der wahnsinnig gewordene Horror-Bernhardiner Cujo. Dazu kam es so: Cujo ließ einem Kaninchen nach, das schlug einige Haken und verschwand in einer Höhle. Cujo steckte den dicken Kopf ins Loch und klaffte, Fledermaus, die hier wohnten, flogen schwirrend auf, eine bis Cujo in die Nase. Dieser Biß hat zur Folge, daß der zutrauliche, treue, gutmütige Hund zur blutrünstig tollwütigen Bestie wird.

Cujo zerfleischt erst den Nachbarn Gary, dann seinen eigenen Herrn und etwas später einen Sheriff - wobei er nach getanem Werk stets freundlich mit dem Schweiß zu wedeln pflegt. Den Rest des Films (Regie: Lewis Teague) verbringt er damit, daß er das Auto belagert, das Frau Donna Trenton (Dee Wallace, die Mutter aus „E.T.“) zum Reparieren bringen wollte. Da die Werkstatt äußerst einsam liegt, dauert es drei Tage, bis die Trentons seine Familie finden - zu spät freilich: Donna hat Cujo - mit einem Baseballschläger und dem Revolver des toten Sheriffs - schon erlegt.

Es ist erstaunlich und für den Hundfreund hochinteressant, was so ein Bernhardiner alles kann: Türen eintreten, mit dem Kopf gegen ein Auto rennen, vom Wagendach aus durch die Windschutzscheibe gefahren, Fenster zerschlagen, Männer totbeissen, Frauen zu Boden werfen - und man hört es gern, daß Cujo - von drei Hunden, einem in ein Fell genähten

Stuntman und einem ausgestopften Kameraden dargestellt - viel Freude an den Dreharbeiten hatte. Die Handlung um die Hundsbelagerung herum ist in weit überdurchschnittlichem Maße dürrig: Frau Donna, mit schönem Kind und sympathischem Ehemann (Daniel Hugh Kelly), schließt mit dem Schreiner, dann tut ihr leid, aber ihr Mann kommt drauf, und der Schreiner, der nicht von ihr lassen will, macht den Trentons das halbe Haus kaputt.

Hund Cujo spielt den bösen Bernhardiner bravissimo, und die Belagerungsszenen (die gut den halben Film ausmachen) sind beklemmend auch für den, der nicht im Auto, sondern im Kino sitzt. Aber leider stehen einem irrsinnigen Hund - verglichen mit menschlichen Killern - doch nur verhältnismäßig wenige Mordmethoden zur Verfügung. Was tut Cujo also? - Er liegt düsteren Blicks, verdrehten Fells, mit Speichel und Blut vorm Maul, herum. Wenn das Telefon klingelt oder Frau Donna die Autotüre öffnen will, fletscht er die Zähne, erhebt sich bedrohlich grollend und greift das Fahrzeug an. Und da Mutter und Kind im Wagen sitzen und ihn nicht verlassen können, bleiben auch ihre Möglichkeiten stark beschränkt. Für spannende Aktionsvarianten ist im kleinen Automobil kein Platz. Als am Ende die Trentons erscheinen, ist seine Frau, bis auf einen Oberschenkelbiß, gesund, Sohn Tad aber an Erschöpfung gestorben - wenigstens in Stephen Kings Romanvorlage. Im Film wird das nicht so deutlich: da kann man hoffen, daß der nette Junge (Danny Pintauro) aus seiner Ohnmacht wieder erwachen wird.

LUDWIG MERKLE

JOURNAL

Internationaler Bibliothekenkongress

dpa, München
Der 49. Kongress des Internationalen Verbandes der bibliothekarischen Vereine und Institutionen (IFLA) ist im Herkulesaal der Münchner Residenz vor mehr als tausend Teilnehmern eröffnet worden. Thema der bis zum 27. August dauernden Tagung und Generalversammlung des auf allen Kontinenten vertretenen Verbandes sind die „Bibliotheken in einer technisierten Welt“. Die Bibliothekare brauchen mehr Wissen darüber, mit welchem Medium der Benutzervon Bibliotheken am besten bedient werden könne, sagte IFLA-Präsidentin Else Granheim (Oslo) in ihrer Begrüßungsansprache. Neue Technologien würden zweifellos den Trend verstärken, daß sich die Bibliothekare mehr um den Benutzer kümmern, gleichzeitig aber auch neue Urheberprobleme mit sich bringen. 250 Veranstaltungen befassen sich bis zum Samstag mit der Technik in der Bibliothek, in der zunehmend audiovisuelle Medien und Magnetbänder eine Rolle spielen.

Neuer Verlag in der Schweiz

dpa, Zürich
Die langjährige Cheftoktorin und seit einem Jahr Verlagsleiterin beim Benziger Verlag in Zürich, Renate Nagel, ist dort ausgeschieden und gründet einen eigenen Verlag unter dem Namen „Nagel und Künch“, ebenfalls mit Sitz in Zürich. Dieser wird seine Tätigkeit am 1. Oktober aufnehmen und vorwiegend ein literarisches Programm für Erwachsene herausbringen. Ein kleines Kinderbuch-Programm soll angegliedert werden. Frau Nagel hat nachdrücklich Informationen bestritten, sie habe sich im „Krach“ vom Benziger Verlag getrennt. Die „Basler Zeitung“, die vor einer Woche eine entsprechende Darstellung veröffentlicht hatte, brachte ihrerseits eine längere Berichtigung, in der es heißt, sowohl Renate Nagel wie der Benziger Verlag legten Wert auf die Feststellung, daß von „Krach und Scheidung“ keine Rede sein kann.

Zweite Auflage eines „DDR“-Romans gestoppt

JBB, Bonn
Christoph Heins Novelle „Der fremde Freund“, 1982 im Ostberliner Aufbauverlag erschienen, wird in der zweiten Auflage nicht ausgeliefert und wird somit für „DDR“-Leser zum verbotenen Text. Die Westausgabe ist in diesen Tagen unter dem Titel „Drachenblut“ im Luchterhand-Verlag, Darmstadt, erschienen. Christoph Heins, der mit einer Ärztin verheiratet ist, schildert in seinem Prosastück die Midlife-Crisis einer 40jährigen Ärztin, deren Freund von gewalttätigen Jugendjahren erschlagen wird.

Polnische Studenten an sowjetischen Hochschulen

rst, Wilna
An 98 Hochschulen und Instituten in 17 Städten der Sowjetunion studieren zur Zeit 1966 junge Polen. Diese Zahl nannte in einem Gespräch mit der in der litauischen Sprache erscheinenden Zeitschrift „Czerwony Sztandar“ Botschaftsrat Zbigniew Kmita von der polnischen Botschaft in Moskau. Die meisten Polen studieren technische Fächer (48 Prozent), 19 Prozent Landwirtschaft und 17 Prozent humanistische Fächer. Die höchste Zahl der polnischen Studenten ist an der Lomonossow-Universität in Moskau imatrikuliert. Außerdem studieren junge Polen an der Militärhochschule in Moskau, der Hochschule für Kriegsmarine in Leningrad und der Hochschule für Gebirgstuppen in Baku.

Wettbewerb für junge Architekten

dpa, Paris
Die Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, Unesco, hat einen internationalen Wettbewerb für Architekten unter 35 Jahren ausgeschrieben. Interessenten können bis zum 30. April 1984 den nationalen Unesco-Kommissionen vollständige Entwürfe für „Wohnsiedlungen der Zukunft“ einreichen. Die Architekten sollen dabei die sozio-kulturellen Bedürfnisse der Menschen und die neuesten technischen Möglichkeiten berücksichtigen.

René Wellek 80

Seinen 80. Geburtstag feierte der amerikanische Literaturwissenschaftler René Wellek. Wellek wurde in Wien geboren, verbrachte seine Jugend in Prag, wo er nach ersten Fellowships in Amerika, von 1931 bis 1935 eine Privatdozentur für Anglistik innehatte. 1939 übersiedelte er endgültig nach Amerika; nach dem Krieg erhielt er einen Ruf als Slavist und Komparatist an die Yale-Universität. 1949 erschien die gemeinsame mit Austin Warren verfasste „Theorie der Literatur“, ein grundlegendes Werk über die moderne Komparatistik. Seit seiner Emeritierung im Jahre 1972 hat er als Gastprofessor zahlreiche Aufgaben wahrgenommen.

DW.

Chirurgen wagen sich mit dem Skalpell an ein Tabu

Von JOCHEN AUMILLER

Während heute so ziemlich alle Organe verpflanzt werden, scheitern die Transplantationschirurgen lange vor dem Gehirn zurück. Schwedische und amerikanische Experimentatoren haben inzwischen aber auch dieses Tabu gebrochen. Zumindest im Tierversuch sieht es so aus, als könnten durch die Einpflanzung von Hirngewebe schwere Defekte des Zentralnervensystems und chronische Hirnkrankheiten gebessert, wenn nicht sogar geheilt werden.

Schon vor Jahren habe der amerikanische Neurochirurg Robert White wegen seiner Hirnverpflanzungen bei Affen Aufsehen, aber auch scharfe Kritik auf sich gezogen. Dabei konnte er zumindest einen Teil der Verpflanzungen durch Transplantate von Hirngewebe aus dem Gehirn eines Affen in das Gehirn eines Menschen übertragen. Die Schnittstelle zum Rückenmark blieb aber die unüber-

windbare Barriere. Die operierten Affen waren am ganzen Körper gelähmt, eine Verknüpfung der Nervenleitungsbahnen mit ihrer Kommandozone kam nicht zustande. Die Affen behielten, was die Mediziner eine hohe Querschnittslähmung nennen. Unfälle, die eine schwere Querschnittslähmung oder einen Riss des Rückenmarks dicht unterhalb der Schädelbasis erlitten, müssen sich mit solchen bis heute irreparablen Schäden abfinden.

Die Forscher hoffen, diese biologische Schallmauer durchbrechen zu können. Kräftigt dazu werden sie durch Hirnverpflanzungen an Ratten. Dabei verwenden sie Hirnteile von noch ungebohrenen, fetalen Tieren. Es zeigte sich, daß in einigen Fällen die abgetrennten Nervenfasern wieder Kontakt zu ihrer Befehlzentrale aufnahmen. Ganz wesentlich beteiligt ist an dieser Regeneration ein Eiweiß-

stoff, der sogenannte Nervenwachstumsfaktor.

Den Forscheroptimismus schürte besonders Donald Stein von der Clark Universität in Worcester/USA. Er berichtete kürzlich in der angesehenen amerikanischen Wissenschaftszeitschrift „Science“ über seine erfolgreichen Rattenversuche. Er zerstörte zunächst 21 Tieren einen großen Teil des sogenannten Frontallhirns, das vor allem für die räumliche Koordination zuständig ist. Die Tiere hatten daraufhin in bestimmten Versuchsanordnungen große Schwierigkeiten, sich räumlich zu orientieren. Gängige Experimente erzielten die Ratten dazu, sich abwechselnd nach links und nach rechts zu drehen, um den Ausgang eines künstlichen Labyrinth finden zu können. Schaffen sie es, werden sie belohnt, in diesem Fall mit einem Schlick Wasser. Normalerweise lösen Ratten dieses Problem nach zweieinhalb Tagen. Mit defektem Frontallhirn brauchen sie aller-

dings 18 Tage, bis der Groschen gefallen ist.

Stein wartete mit dem operativen Eingriff eine Woche. So lange sollten die Tiere Zeit haben, sich von der Zerstörung des Frontallhirns zu erholen und insbesondere möglichst viel von dem „heilenden Eiweiß“ dem Nervenwachstumsfaktor, zu produzieren. Dann pflanzte er seinen Versuchstieren eine stecknadelkopfgroße „Portion“ Frontallhirn in ihren kleinen Schädel, die er zuvor Rattenembryos entnommen hatte. Er entschied sich für den Hirnteil der noch Ungeborenen, weil sie besonders große Mengen an Nervenwachstumsfaktor enthalten. Ergebnis dieses ausgeklügelten Eingriffs: Die operierten Ratten brauchten für die Lernübung etwa sechshalb Tage. Wenn sie auch noch deutlich schlechter als gesunde Ratten abschnitten, so zeigten die operierten Tiere eindeutige Fortschritte. Später wies Stein noch nach, daß das eingepflanzte Frontallhirn

Kontakt zu den vorhandenen Hirnstrukturen aufgenommen hat, es ist eingewachsen. Steins Schlussfolgerung: Das Hirn ist viel regenerationsfähiger, als wir bisher geglaubt haben.

Besondere praktische Bedeutung haben die Studien des Neurowissenschaftlers William Freed vom Saint Elizabeth's Hospital in Washington D.C. Er pflanzte Ratten fetale Hirnteile ein, die in einer Hirnkrankheit litten, ähnlich der auch vom Menschen bekannten Schüttellähmung (Parkinsonsche Erkrankung). Man weiß, daß eine Hauptursache dieses gar nicht so seltenen Leidens in der Mangelproduktion eines speziellen Eiweißstoffes liegt, dem sogenannten Dopamin. Diesen Dopaminmangel, so hofft man, könnten die unverbrauchten Fetalzellen ausgleichen. Erste Tierversuche weisen jedenfalls darauf hin. Einige Forscher sind sogar so zversichert, daß sie prophe-

zien, mit dieser Methode die Parkinsonsche Krankheit beim Menschen innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre heilen zu können. Aber auch für andere, bislang kaum beherrschbare Hirnkrankungen sehen sie Chancen.

Entsprechende Versuche am Menschen stoßen freilich noch auf heftigen Widerstand. Aus ethischen Gründen will man in den USA von solchen Experimenten nichts wissen: Menschliche Hirnzellen aus Föten, so die Kritiker, dürfen zu solchen Versuchen nicht verwendet werden. Die Partei der Befürworter argumentiert kürzlich bei einem Expertentreffen, das vom nationalen Gesundheitsinstitut (National Health Institute) einberufen wurde, es handele sich um vielversprechende Bemühungen, die dazu führen könnten, daß chronische Hirnkrankheiten heilbar werden. Das letzte Wort darüber ist aber noch nicht gesprochen.

NRW meldet 119 000 Schüler weniger als '82

dpa, Düsseldorf

Rund 119 000 Schüler weniger als im Vorjahr werden im neuen Schuljahr 1983/84 die allgemeinbildenden Schulen des bevölkerungsreichsten Landes Nordrhein-Westfalen besuchen. Wie Kultusminister Jürgen Giensohn gestern - am ersten Schultag - in Düsseldorf erklärte, sind das nach der Vorstatistik etwa fünf Prozent weniger als 1982. Nur die Gesamtschulen, die erneut hohe Bewerberzahlen registrierten, haben noch Zuwachsraten. Der erhebliche Schülerrückgang, dessen genaues Ausmaß erst die endgültige Statistik im Herbst zeigen wird, ist nach Angaben des Kultusministers mit 7,7 Prozent bei den Hauptschulen am höchsten. Die Gymnasien rechnen mit 6,4 Prozent in der Sekundarstufe I (fünftes bis zehntes Schuljahr) und 1,3 Prozent in der Sekundarstufe II (elftes bis dreizehntes Schuljahr), rund 4,8 Prozent weniger Schüler werden die Realschulen haben. Lediglich in den Grundschulen werde sich der Rückgang mit weniger als vier Prozent „abflachen“. 1976, im Jahr mit der höchsten Schülerzahl, besuchten in Nordrhein-Westfalen rund 3,4 Millionen Kinder und Jugendliche die Schulen des Landes. Dieses Jahr werden es rund 2,9 Millionen sein. Den „Tiefpunkt“ erwartet Giensohn 1991 mit rund 2,5 Millionen Schülern.

Im neuen Schuljahr wird es nach Giensohns Angaben in den Grund- und Hauptschulen „praktisch keine Klasse mehr geben, in der mehr als 35 Schüler unterrichtet werden“. Angesichts der „angespannten Haushaltslage“ müßten allerdings die Schüler-Lehrer-Relationen, wie in den beiden Jahren davor, „unverändert bleiben“.

Tod in der Nordsee

AP, Wangeroege

Beim Absturz eines Sportflugzeugs vom Typ Cessna sind am Sonntagabend zwei Piloten nahe Wangeroege beide Insassen der Maschine ums Leben gekommen.

Mordverdacht

dpa, Hamburg

Unter dem Verdacht, in der „DDR“ einen Menschen beraubt und ermordet zu haben, ist in Hamburg der 23jährige „DDR“-Flüchtling Frank Weißgerber verhaftet worden. Weißgerber war Anfang des Jahres bei seiner Flucht durch die Selbstschußanlage auf „DDR“-Gebiet erheblich verletzt worden. Ein Auslieferungssuchen des Generalstaatsanwalts der „DDR“ liegt vor.

Floßer ertrunken

dpa, London

Der 35 Jahre alte Günter Miesel aus Freiburg im Breisgau, der mit einem selbstgebauten Floß über den östlichen Atlantik nach Portugal segeln wollte, ist vermutlich ertrunken. Nach Angaben des französischen Atlantik-Überwachungsnetzwerks wurde ein Floß aus sechs großen Fässern mit dem Tagebuch Miesels gefunden. Von dem Abenteurer selbst gab es keine Spur.

Dreijährige gerettet

rtt, Grenoble

In den französischen Alpen ist am Sonntagabend ein dreijähriges Mädchen gerettet worden, das 43 Stunden neben seinem toten Großvater gelegen hatte. Der Mann war während eines Gewittersturms mit seiner Enkelin einen 200 Meter hohen Felshang hinabgestürzt und dabei ums Leben gekommen.

Bei Absturz getötet

rtt, Stanwood

Bei einem Flugzeugabsturz im US-Bundesstaat Washington sind elf Fallschirmspringer ums Leben gekommen. 15 Kameraden konnten sich mit einem Sprung aus der abstürzenden Maschine in Sicherheit bringen.

Herzempfangerin gestorben

dpa, München

Die 45jährige Patientin, der vor zehn Tagen im Münchner Universitätsklinikum Großhadern ein neues Herz eingepflanzt worden war, ist gestern morgen gestorben. Nach Auskunft der Ärzte war es bereits am zweiten Tag nach der Transplantation zu einem fortschreitenden Organversagen gekommen.

Zugunglück bei Dublin

dpa, Dublin

Bei dem Zugunglück am späten Sonntagabend nahe Dublin sind mindestens sieben Menschen ums Leben gekommen. Ein Personenzug war auf einen anderen auf der Strecke stehenden zweiten Personenzug aufgefahren.

ZU GUTER LETZT

Leichter als die 167 000 Tonnen Schienenmaterial lassen sich die 40 Jahre alten, rostigen und von „Sprühdosen-Kinematik“ verschlissenen Wagen der New Yorker U-Bahn auswechseln. In den nächsten vier Jahren soll ein Drittel des Wagenparks der IRT-Linie, einer Nord-Süd-Verbindung, erneuert werden - 325 Waggons wurden in Japan, 825 in Kanada bestellt. Die neuen Wagen sind klimatisiert. Der Lack nimmt weder auf noch innen Graffiti an. Anders als die oft klemmenden automatischen Türen der alten Züge öffnen sich die Türen der neuen Wagen schnell und leise, wenn der Zug auf Stationen hält. Bereits im Oktober 1983 soll der erste Zehn-Wagen-Zug aus Japan durch das Tunnelnetz unter den Straßen von Manhattan rollen.

FOTO: MANFRED ROWOLD

Tausende von Lastwagen verschwinden in den dunklen Kanälen der Mafia

Wegen zunehmender Überfälle auf T. I. R.-Transporte in Italien fordern Fahrer Gefahreuzulage

KLAUS RÜHLER, Rom

Die italienische Mafia umfaßt viele lukrative Branchen. Neben dem ertragreichen Drogengeschäft gehören Raubüberfälle auf ausländische Lastzüge, die T. I. R.-Lkw, zu den wichtigsten Einnahmequellen. In Italien wird der Warentransport zu 80 Prozent auf dem Straßenweg abgewickelt. T. I. R.-Lastzüge aus halb Europa befördern wertvolle Importwaren quer durch das Land. Nur zu oft erreichen sie allerdings ihr Ziel nie. Täglich verschwinden jenseits von Brenner und Gotthard 10 bis 20 Warentransporte spurlos. Im vergangenen Jahr sind rund 6000 meist ausländische Lastwagen samt Ladung Opfer der T. I. R.-Mafia geworden. Nur in zehn Prozent der Fälle konnten die Täter gestellt werden, tauchte die gestohlene Ware wieder auf.

Selbst Lkw-Besitzer sind mit im Geschäft

Die T. I. R.-Gangs bedienen sich ungezählter Helfer und Helfershelfer. Nicht selten die Fahrer selbst, die aus Angst oder Habgier mitmachen und dabei ein „Mitfahrerhonorar“ kassieren. Die italienischen Versicherungsgesellschaften, das heißt die

Hauptleidtragenden des organisierten Straßenraubs, sind sogar überzeugt davon, daß manche Lkw-Besitzer an dem Geschäft beteiligt sind und neben der Entschädigung auch noch eine Prämie kassieren. Schließlich soll es auch Zollbeamte geben, die durch wertvolle Informationen über die Ladung von Lastwagen die Mafia unterstützen.

Mindestens acht verschiedene Banden sind auf italienischen Boden im einträglichen T. I. R.-Geschäft. Begehrte Beute sind vor allem Farbfernsehergeräte, Elektrogeräte, Pharmazeutika, Pelze, Konfektion, Schuhe, Nahrungsmittel jeder Art. Die gestohlenen Waren werden dank perfekter Organisation in Windeseile in eigenen Lagerräumen versteckt und dann über hundert Kanäle zu günstigen Preisen in den Handel gebracht. Wichtigste Umschlagplätze sind Mailand und Neapel. Über die Umsätze der T. I. R.-Mafia liegen keine Angaben vor. Aber sie belaufen sich sicherlich auf viele Millionen Mark im Jahr.

Die Lkw-Fahrer im T. I. R.-Verkehr leben derweil in Angst und Schrecken. Der neapolitanischen Tageszeitung „Il Mattino“ gegenüber erklärte der 52jährige Fahrer Giovanni Esposito: „Am liebsten würde ich die Ar-

beit an den Nagel hängen. Wir sind der mächtigen Lkw-Mafia schutzlos ausgeliefert. An irgendeiner Tank- oder Raststätte fällt uns in die Hände. Und wenn du dich wehrst, wirst du verprügelt oder umgelegt. Du bleibst nur übrig, den Diebstahl bei der Polizei anzuzeigen.“

Breite Unterstützung in ganz Europa

Die ständigen Anschläge auf die „Brumms“ haben die ausländischen Lkw-Fahrer veranlaßt, energische Maßnahmen zum eigenen Schutz und der befürdeten Ware zu fordern. Dies um so mehr, als in letzter Zeit verschiedene Fahrer bei Überfällen getötet wurden. Ein Vorschlag der dänischen T. I. R.-Fahrer sieht einen Risikozuschlag von 2000 Kronen (etwa 600 Mark) pro Italientransport vor. Auf Regierungsebene wird von dänischer Seite ein besserer Schutz der Wagen und ihrer Fahrer durch die italienische Polizei verlangt - vor allem bewachte Lkw-Parkeinhalte in ganz Italien. Der Vorstand der dänischen Lkw-Fahrergewerkschaft fand Beifall nicht nur bei allen Arbeitskollegen der anderen europäischen Länder, sondern auch in Italien selbst.

LEUTE HEUTE

Komischer Nachbar

Der amerikanische Regisseur Mel Brooks, Spezialist für Kino-Komik, hat jetzt mit seinem jüngsten Einfall seine Nachbarn in Santa Monica auf die Palme gebracht. Dort baut er sich an einer stillen lindenumsäumten Villenstraße eine überdimensionierte Bleibe mit grell glänzender Stuckfassade und schrägem Kupferdach. Meinte ein Nachbar: „Da hätte ich ja gleich neben einer häßlichen Fabrik bauen können.“

Blonde Verwechslung

Als die 19 Jahre alte Sophie Birdwood gestern von den Bahamas nach London zurückkehrte, konnte sie auf vielen Titelseiten lesen, daß sie das Wochenende mit Prinz Andrew auf Schloss Balmoral verbracht habe. Die Blondine war sichtlich erbittert und der Buckingham-Palast sah sich gegen alle Übung genötigt, mitzuteilen, wer die Blondine auf Balmoral war: Carolyn Herbert (21), Tochter von Lord Forrester - und keineswegs als Gast des Prinzen, sondern auf Einladung der Queen höchstselbst.

Streit um „Null-Grenze“

Österreichs Autofahrer sollen absolut abstinenz sein

KURT POLLAK, Wien

Vom Alkohol „leben“ derzeit Österreichs Politiker, seitdem der sozialistische Verkehrsminister Karl Lauscher in der Vorwoche angekündigt hat: „Ich bin für die 0,0-Promillegrenze bei Kraftfahrzeugen.“ Der Minister plant, angesichts der steigenden Zahl von Verkehrsunfällen, an denen betrunkenen Autofahrer beteiligt sind, eine „0,0-Forderung“ im Herbst als Gesetzesvorlage einzubringen.

Im klassischen Weintrinkerland Österreich hatte diese Absichtserklärung prompt ein gewaltiges Echo. Nicht nur die Weinproduzenten laufen Sturm, auch für Politiker aller Couleure wurde der Blutalkoholgehalt zum Diskussions-„Brennstoff“. Selbst Fraktionskollegen Minister Lauscher lehnen dessen rigorose Anti-Alkohol-Vorstellungen ab.

Als Sprecher der größten Autofahrerorganisation Österreichs, dem OAMFC, erklärte Walter Prskawetz: „Mangelnde Überwachung kann nicht durch Herabsetzung der Strafbarkeit wettgemacht werden. Wenn sich der Minister die 0,0-Promillegrenze in den meisten Ostblock-

staaten zum Vorbild nimmt, dann sollte ihm bekannt sein, daß diese Maßnahme nur bei der Erleichterung der Rechtsprechung in diesen Ländern dient, jedoch keineswegs der Abschreckung.“

Zur endgültigen „Beruhigung“ der österreichischen stillen und lautstarken Zecher hat sich schließlich ein Experte, der Gerichtsmediziner Professor Josef Herlich zu Wort gemeldet, der als „Blutalkohol-Papst“ von Österreichs Autofahrern gefürchtet wird. Professor Herlich spricht sich aus mehreren Gründen entschieden gegen die 0,0-Grenze aus: Bei den Blutalkoholtests gebe es immer noch eine Fehlermarge von 0,02 bis 0,01 Promille. Zudem verfüge jeder Mensch über einen „körpereigenen“ Alkoholanteil im Blut, der besonders nach dem Genuß von Obst meißer werde. Herlich: „Nach einer exzessiven Pfaffenmahlzeit kann der Zucker im Obst den Blutalkoholwert auf 0,1 Promille anheben. Berücksichtigt man nun auch die mögliche Fehlerquote, käme bei einem alkoholisierten Obsthiebhaber unter Umständen ein Wert von 0,3 Promille heraus.“

100 Millionen warten jeden Abend auf Willis

Meistgehörter Rundfunkmann ist ein Jazz-Moderator

WERNER THOMAS, Washington

Das Büro neben dem Studio ist klein, fensterlos und total überfüllt mit Tausenden von Schallplatten und Tonbändern. Der schlanke, grauhaarige Herr wirkt sehr, sehr geistig. Ganz anders, wenn er etwa über die Beifallsstürme bei seinen Auslandsreisen reden muß. Bei Fragen nach seinem Privatleben hüllt er sich in Schweigen.

Willis Conover kultiviert die Bescheidenheit, die einen frapierenden Kontrast bildet zu einer phänomenalen Karriere und Popularität. Der Jazz-Moderator der „Voice of America“ in Washington hat es zum meistgehörten Rundfunkmann der Welt gebracht. Etwa 100 Millionen Menschen in mehr als 80 Ländern lauschen täglich seinem einstündigen Programm. Aus Neu-Guinea



Im Ostblock fast wie ein Heiliger verehrt: Willis Conover

FOTO: DIE WELT

schrieb ein Fan: „Ihre Show ist jeden Abend der einzige Lichtblick in meinem monotonen Dasein.“

Den größten und dankbarsten Hörerkreis hat der 62jährige jedoch in den Ostblock-Staaten. Dort wird er fast wie ein Heiliger verehrt. Unzählige junge Russen, Polen und Tschechoslowaken lernen durch seine Sendungen die englische Sprache. Millionen weniger Sprachbegabte in der Conover-Gemeinde beherrschen zumindest die Begrüßung: „Good evening, this is Willis Conover.“ Mit diesen Worten beginnt er die legendäre „Voice of America jazz hour“.

Im Juli vergangenen Jahres begleitete Conover den Pianisten Chick Corea und den Vibraphonisten Gary Burton auf einer Reise durch die Sowjetunion. Vor den Konzerten ging Conover auf die Bühne, um sich vorzustellen. Er sagte nur: „Good evening“, da tobte das Publikum.

Willis Conover weiß seit 1959, welchen Einfluss sein Programm in Ost-Europa hat. Damals reiste er zum ersten Mal nach Polen und wurde auf dem Flughafen in Warschau von einer jubelnden Menge begrüßt.

„Der Jazz“, erläutert Conover, „wird in solchen Ländern am meisten geschätzt, wo er am schwersten zugänglich ist.“ Es handle sich meist um Länder mit totalitären Systemen, und das sei kein Wunder. Conover: „Jazz symbolisiert die Freiheit. Jazz verkündet die Vitalität unseres Lebens. Für andere Menschen repräsentiert Jazz ein Stück Freiheit, die sie sonst nicht kosten dürfen.“

Conover interessiert sich für alles, was unter dem Namen Jazz läuft. Passiert registriert er die neuen Elemente, die plötzlich von überall kommen - auch aus Deutschland. „Augeblich“, sagt er, und kramt unter einem riesigen Plattenberg eine Klaus-Weiß-Platte hervor. „Ich schätze diesen Mann, der kam aus.“ Der Erwähnung wert sind ihm auch Volker Kriegel und „natürlich“ Albert Mangelsdorff.

Der Jazz-Papst spricht nur ungern über seine Vorlieben. „Man soll nicht bewerten“, erklärt er. „Es kommt immer auf die jeweilige Stimmung an.“ Soviel möchte er gestehen: „Dizze Gillespie mag der größte lebende Jazz-Musiker sein. Die Musik von Ellington inspiriert mich persönlich am meisten.“ Die ersten Takte von Duke Ellingtons „Take the A-Train“ lauten nach wie vor das Conover-Programm ein.

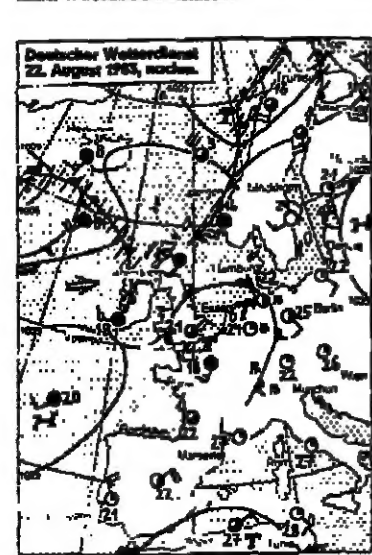
Willis Conover, in Buffalo (US-Bundesstaat New York) geboren, versorgte seit Januar 1955 die Welt mit Jazz. Er war zuvor Jazz-Moderator eines kommerziellen Radiosenders gewesen. In den vierziger Jahren verhalf er schwarzen Musikern zu Engagements in „weißen“ Clubs und half so auf seine Weise, die Rassenschranken niederzureißen.

Sein Rundfunkprogramm wurde zunächst nur probeweise gesendet. Jazz genoss nicht den besten Ruf. Die schräge Musik wurde mit einem lokalen Lebenswandel assoziiert. Der Text übertrug alle Erwartungen. „Voice of America jazz hour“ avancierte innerhalb weniger Monate zur weltweit populärsten Sendung des Regierungssenders. Sie ist es bis heute geblieben. William Gavin, einst ein hoher Beamter der „United States Information Agency“, der die Stimme Amerikas untersteht, bezeichnet Conover als „eines unserer wichtigsten außenpolitischen Instrumente“. Ihm sei es zu verdanken, daß Millionen Ausländer auch die Nachrichten- und Informationsmeldungen hören.

Conover selbst ist ein eher „unpolitischer Mensch“. Er sitzt seit mehr als 28 Jahren in dem kleinen Studio an der Independence Avenue in Washington gegenüber dem faszinierenden Luft- und Raumfahrtmuseum. Kuriöserweise kennt in Washington kaum jemand einen der international bekanntesten Amerikaner. (SAD)

WETTER: Schwülwarm

Wetterlage: Bei geringen Luftdruckgegensätzen über Mitteleuropa bleibt feucht-warme Luft für Deutschland wetterbestimmend.



Deutscher Wetterdienst
22. August 1983, mittags
Hoch: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Nied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Temperatur: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Wind: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Niederschlag: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftdruck: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftfeuchtigkeit: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sichtweite: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Wolken: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Nebel: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Schnee: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Regen: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Gewitter: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sonnenstunden: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Windgeschwindigkeit: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Temperaturunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftdruckunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftfeuchtigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sichtweitenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Wolkenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Nebelunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Schneehöheunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Regenmengeunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Gewitterhäufigkeit: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sonnenstundenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Windgeschwindigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Temperaturunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftdruckunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftfeuchtigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sichtweitenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Wolkenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Nebelunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Schneehöheunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Regenmengeunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Gewitterhäufigkeit: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sonnenstundenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Windgeschwindigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Temperaturunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftdruckunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftfeuchtigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sichtweitenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Wolkenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Nebelunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Schneehöheunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Regenmengeunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Gewitterhäufigkeit: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sonnenstundenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Windgeschwindigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Temperaturunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftdruckunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftfeuchtigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sichtweitenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Wolkenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Nebelunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Schneehöheunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Regenmengeunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Gewitterhäufigkeit: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sonnenstundenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Windgeschwindigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Temperaturunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftdruckunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftfeuchtigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sichtweitenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Wolkenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Nebelunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Schneehöheunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Regenmengeunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Gewitterhäufigkeit: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sonnenstundenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Windgeschwindigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Temperaturunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftdruckunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftfeuchtigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sichtweitenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Wolkenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Nebelunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Schneehöheunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Regenmengeunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Gewitterhäufigkeit: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sonnenstundenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Windgeschwindigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Temperaturunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftdruckunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftfeuchtigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sichtweitenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Wolkenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Nebelunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Schneehöheunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Regenmengeunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Gewitterhäufigkeit: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sonnenstundenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Windgeschwindigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Temperaturunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftdruckunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftfeuchtigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sichtweitenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Wolkenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Nebelunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Schneehöheunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Regenmengeunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Gewitterhäufigkeit: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sonnenstundenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Windgeschwindigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Temperaturunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftdruckunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftfeuchtigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sichtweitenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Wolkenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Nebelunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Schneehöheunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Regenmengeunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Gewitterhäufigkeit: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sonnenstundenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Windgeschwindigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Temperaturunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftdruckunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Luftfeuchtigkeitsunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Sichtweitenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Wolkenunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Nebelunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Schneehöheunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Regenmengeunterschied: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 hPa
Gewitterhäufigkeit: 1025 hPa, 1025 hPa, 1025 h